

SCHLUSSBERICHT

Entwicklungschancen und -hemmnisse einer suffizienzorientierten Stadtentwicklung (EHSS)



GEFÖRDERT VOM

Schlussbericht gemäß Anlage 2 zu Nr. 3.2 BNBest-BMBF 98 für das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben Entwicklungschancen und -hemmnisse einer suffizienzorientierten Stadtentwicklung (EHSS)

BMBF-Fördermaßnahme: Zukunftsstadt (im Rahmen der sozial-ökologischen Forschung)

Förderkennzeichen: 01UR1704 A+B

Laufzeit des Vorhabens: 01.11.2017 – 31.01.2021

Berichtszeitraum: 01.11.2017 – 31.01.2021

Antragsteller*innen/Zuwendungsempfänger*innen:

Dr. Michaela Christ (Verbundkoordination)

Dr. Bernd Sommer

Norbert Elias Center for Transformation Design & Research (NEC)

Europa-Universität Flensburg

Auf dem Campus 1

24943 Flensburg

Telefon: 0461.805.2871 (Christ) 0461.805.2239 (Sommer)

E-Mail: michaela.christ@uni-flensburg.de /// bernd.sommer@uni-flensburg.de

Stadt Flensburg

Bürgermeister Henning Brüggemann

Rathaus

24931 Flensburg

Telefon: 0461.85.2211

E-Mail: Brueggemann.Henning@flensburg.de

Das diesem Bericht zugrundeliegende Vorhaben wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 01UR1704 A+B gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor*innen.

Autor*innen:

Dr. Maike Böcker, Henning Brüggemann, Dr. Michaela Christ, Franziska Humpert, Alexandra Knak, Jonas Lage, Dr. Bernd Sommer

Zitiervorschlag:

Böcker, Maike; Brüggemann, Henning; Christ, Michaela; Humpert, Franziska; Knak, Alexandra; Lage, Jonas; Sommer, Bernd (2021): Schlussbericht für das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben Entwicklungschancen und -hemmnisse einer suffizienzorientierten Stadtentwicklung (EHSS). Flensburg.

Inhalt

I. Kurzdarstellung	4
1. Aufgabenstellung	4
2. Voraussetzungen, unter denen das Vorhaben durchgeführt wurde	5
3. Planung und Ablauf des Vorhabens	6
4. Wissenschaftlicher und technischer Stand, an den angeknüpft wurde	9
5. Zusammenarbeit mit anderen Stellen	11
II. Eingehende Darstellung	12
1. Verwendung der Zuwendung und Ergebnisse im Einzelnen	12
Arbeitspaket 1: Rahmenbedingungen einer suffizienzorientierten Stadtentwicklung	12
Arbeitspaket 2: Bestandsaufnahme suffizienzorientierter Stadtentwicklungsprojekte	19
Arbeitspaket 3: Das EHSS-Reallabor „Suffizienz-orientierte Entwicklung Hafen-Ost“	26
2. Wichtigste Positionen des zahlenmäßigen Nachweises	37
3. Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Arbeit	37
4. Voraussichtlicher Nutzen, insbesondere Verwertbarkeit der Ergebnisse im Sinne des Verwertungsplans	38
5. Während der Durchführung des Vorhabens bekannt gewordener Fortschritt auf dem Gebiet des Vorhabens bei anderen Stellen	41
6. Erfolgte oder geplante Veröffentlichungen der Ergebnisse	43
Literatur- und Quellenverzeichnis	50
Verzeichnis der Anlagen	57
III. Berichtsblatt (Kurzfassung dt.)	59
IV. Document Control Sheet (Kurzfassung engl.)	61

I. Kurzdarstellung

1. Aufgabenstellung

Städte sind Räume, in denen sich sozial-ökologische Probleme verdichten. Stichwortartig seien hier ihr hoher Energieverbrauch, enorme Treibhausgasemissionen oder hohe Flächeninanspruchnahme genannt sowie Wohnungsnot, Gentrifizierung oder andere Auswirkungen zunehmender sozialer Ungleichheit, auch in Bezug auf Umweltgerechtigkeitsaspekte. Städte sind zudem in hohem Maß verletzlich gegenüber den Folgen des Klimawandels. Extremwetterereignisse wie Hitzewellen oder Starkregen stellen die Menschen in hoch verdichteten, stark versiegelten Räumen vor große Herausforderungen.

Von Städten wird erwartet, bedeutende technische, soziale, kulturelle Beiträge zur Bewältigung dieser Probleme hervorzubringen. Die Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt beschreibt etwa in ihrer ursprünglichen Fassung aus dem Jahr 2007 die Städte als Wissenszentren und Quellen für Wachstum und Innovation, zugleich aber auch als Spiegelbilder demografischer Probleme, sozialer Ungleichheit, Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen, fehlenden Wohnraums und bestehender Umweltprobleme (BMUB 2007: 2). Die Neufassung aus dem Jahr 2020 betont, dass Städte Orte der Vielfalt, Kreativität und Solidarität sind und Experimentierfelder für neue Problemlösungsansätze und soziale Innovationen (BMI 2020: 2f). „Städte werden die Modernisierungslaboratorien des Umbaus der fossilen zur solaren Kultur sein“, schreibt etwa der Mobilitäts- und Zukunftsforscher Stephan Rammler (2010: 23). Und der Stadtforscher und Architekt Tim Rienits konstatiert: „Würde es heute keine Städte geben, sie müssten dringend erfunden werden, um die Herausforderungen von Umwelt- und Klimaschutz bewältigen zu können“ (Rienits 2014: 18). Kurzum: Die Erwartungen an das, was Städte tun und was in Städten geleistet werden soll, stehen den Krisenphänomenen in nichts nach. Entsprechend werden Städte in Wissenschaft und Forschung als zentrale Arenen sozial-ökologischer Transformationen unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit benannt und analysiert (WBGU 2016; PIK/Asia Society 2015).

In zahlreichen Kommunen wurden in den letzten Jahren Stadtentwicklungsprojekte vorangetrieben, die dazu beitragen sollen, Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele einzuhalten. Auffällig ist dabei, dass vorrangig Projekte verfolgt werden, die mehr Nachhaltigkeit und weniger Ressourcenverbrauch auf im weitesten Sinn technischem Weg zu erreichen suchen. Man denke an Smart City Projekte, an Elektromobilität oder die energetische Sanierung von Gebäuden. Die nachhaltige Zukunftsstadt wird in der Regel als eine imaginiert, in der vor allem an der Erhöhung der Ressourcenproduktivität einerseits und der Vermeidung von Abfällen sowie dem Schließen von Stoffkreisläufen andererseits gearbeitet wird. Den Ressourcenverbrauch durch die Verringerung des allgemeinen Konsumniveaus zu senken, ist bislang selten Ziel und Zweck von Stadtentwicklung. Diskutiert wird vornehmlich über bessere, das heißt ressourcenschonende Autos, Häuser, Infrastrukturen. Weniger häufig im Gespräch ist die Reduktion des absoluten Verbrauchs, zum Beispiel die Verringerung der Zahl der zugelassenen Fahrzeuge oder die Minimierung der Wohnfläche pro Kopf zum Erreichen von Nachhaltigkeitszielen.

Die Fokussierung auf Maßnahmen, die der Konsistenz und der Effizienzstrategie zuzuordnen sind, findet gleichermaßen in der wissenschaftlichen und politischen Nachhaltigkeits- und Klimaschutzdebatte statt. In beiden Sphären werden vor allem im weitesten Sinn technische Maßnahmen zur Reduktion der Ressourceninanspruchnahme und damit zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele diskutiert (Sommer/Welzer 2014: 71 ff.).

In der Transformations- und Nachhaltigkeitsforschung mehren sich jedoch die Stimmen, die für die Integration aller drei Nachhaltigkeitsstrategien – Effizienz, Konsistenz und Suffizienz – argumentieren (Döring/Ott 2004, Behrendt et al. 2018, Hui et al. 2018). Auf diese Weise sollen nicht intendierte Nebenfolgen vermieden werden, die durch die Fokussierung auf eine Strategie oder allein angebotsseitige Nachhaltigkeitsbemühungen entstehen können. Damit sind vor allem Reboundeffekte gemeint, das heißt die Kompensation der erzielten Einsparungen durch Mehrkonsum oder Konsumverlagerungen (Sorrell 2009, Turner 2013, Chitnis et al. 2014, UBA 2016a, Becker 2017). In der Praxis hingegen, auf kommunalpolitischer Ebene, ist von Suffizienz oder von einer Integration der drei Strategien bislang noch wenig zu bemerken.

Diese Beobachtungen waren Ausgangspunkt für das transdisziplinäre Forschungs- und Entwicklungsvorhaben „Entwicklungschancen und -hemmnisse einer suffizienzorientierten Stadtentwicklung (EHSS)“. Das Projekt, das gemeinsam vom Norbert Elias Center for Transformation Design & Research (NEC) der Europa-Universität Flensburg, dem Bürgermeister und Kämmerer sowie zentralen Abteilungen der Verwaltung der Stadt Flensburg konzipiert und durchgeführt wurde, untersuchte in vergleichender Perspektive und im Rahmen eines Reallabors Erfolgsbedingungen und Barrieren suffizienzorientierter Stadtentwicklung. Der Fokus der Untersuchung lag auf kommunaler Suffizienzpolitik, das heißt auf politischen Maßnahmen, die ein ressourcenschonendes Leben in Kommunen erleichtern.

Viele Nachhaltigkeitsziele konkretisieren sich letztlich in der Umsetzung auf kommunaler Ebene. Wie ressourcenintensiv oder ressourcenarm Einwohner*innen in Städten beispielsweise wohnen oder mobil sind, hängt in entscheidendem Maß von den jeweiligen (kommunal-)politisch gesetzten Rahmenbedingungen ab. Ziel der Untersuchung war dementsprechend, die sozialen, kulturellen, ökonomischen, fiskalischen und rechtlichen Barrieren für Suffizienzpolitik auf kommunaler Ebene zu identifizieren und die Gelingensbedingungen für suffizienzpolitische Maßnahmen in Städten zu analysieren, wo sie ungeachtet der Dominanz der anderen beiden Nachhaltigkeitsstrategien Anwendung finden.

2. Voraussetzungen, unter denen das Vorhaben durchgeführt wurde

Lange Zeit wurde die Implementierung von Suffizienzansätzen auf individueller Ebene angesiedelt. Erst in jüngerer Zeit ist die Bedeutung von Suffizienzpolitik (von Winterfeld 2002, Schneidewind/Zahrnt 2013) verstärkt hervorgehoben worden – explizit auch auf kommunaler Ebene (Seidl/Zahrnt 2012, Kopatz 2016). Wenn unter Suffizienz die bewusste Begrenzung des Ressourcenverbrauchs durch soziale und Nutzungs-Innovationen verstanden wird, bedeutet Suffizienzpolitik, „die Begrenzung dieses Bedarfes in Produktion und Konsum durch fördernde und verpflichtende Maßnahmen der öffentlichen Hand“ (Linz 2017: 7). So betrachtet geraten zweierlei suffizienzpolitische Herangehensweisen in den Blick:

Zum einen sind da normativ gerahmte Appelle. Bürger*innen werden aufgerufen, Maß zu halten und verantwortlicher zu konsumieren. Neben diesen Appellen finden sich suffizienzpolitische Maßnahmen, die in eine ähnliche Richtung zielen. Dazu gehört etwa die viel diskutierte Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel, zu Beispiel in Form eines Ampelsystems (Linz 2017). Solchen Appellen und Maßnahmen gemein ist die Hoffnung auf Vernunft und Einsicht der Verbraucher*innen und die Verortung der Verantwortung für das Konsumniveau im Individuum. Wenn Konsumierende nur

ausreichend informiert sind, stellen sich, so die Erwartung, Nachhaltigkeitseffekte gewissermaßen von selbst ein.

Zum anderen finden sich Suffizienzpolitiken, die darauf abzielen, Menschen in die Lage zu versetzen, sich in ihrem Alltag so zu verhalten, dass sie weniger Ressourcen verbrauchen können. Politiken also, die, mit Kate Raworth (2012) gesprochen, ein Leben und Wirtschaften innerhalb ökologischer und sozialer Grenzen ermöglichen. Die Verantwortung für den Ressourcenverbrauch ist damit nicht vom Individuum und seinen individuellen Konsumentscheidungen abhängig, sondern wird zur gesellschaftlichen Aufgabe. Damit einher geht ein Perspektivwechsel: Die Herausforderung besteht nicht darin, Menschen dazu zu bewegen, sich anders zu verhalten. Vielmehr lautet die Frage, wie Infrastrukturen, Produktionsprozesse und Dienstleistungen verfasst sein müssen, damit Menschen möglichst wenige Ressourcen verbrauchen und dennoch ihre Bedürfnisse befriedigen können. Mehr Wissen in Theorie und Praxis über diese Form der Suffizienzpolitik zu generieren und Verwaltung und Politik für Suffizienzpolitik zu sensibilisieren, war eines der Kernziele des Projekts.

Die Stadt Flensburg hat sich mit ihrem Klimaschutzkonzept (Hohmeyer et al. 2011), dem Masterplan 100% Klimaschutz (Hohmeyer et al. 2013), ihrem integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) (Stadt Flensburg 2018) und dem Masterplan Mobilität (SHP Ingenieure 2018) ehrgeizige Ziele gesetzt: Eine nachhaltige Stadtentwicklung und CO₂-Neutralität bis zum Jahr 2050. An diese Ziele knüpft das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben an, denn auch in Flensburg stellen Verantwortliche in Politik und Verwaltung fest, dass sich Nachhaltigkeit allein mit ambitionierten Zielen und durchdachten Konzeptpapieren nicht einstellt.

3. Planung und Ablauf des Vorhabens

Das transdisziplinäre Forschungs- und Entwicklungsvorhaben war in drei Arbeitspakete untergliedert, die unterschiedliche Ebenen von Barrieren und Möglichkeiten suffizienzpolitischen Handelns adressieren.

Arbeitspaket 1: Rahmenbedingungen einer suffizienzorientierten Stadtentwicklung

Arbeitspaket 1 war den gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen suffizienzorientierte Stadtentwicklung stattfindet, gewidmet. Konstatiert werden kann, dass moderne Gesellschaften Wachstumsgesellschaften sind. Das heißt, sie stabilisieren sich über fortwährendes ökonomisches Wachstum (Dörre et al. 2011). Bleibt die Steigerung der am Markt gehandelten Güter und Dienstleistungen aus oder schrumpft die Wirtschaftskraft sogar, geraten zentrale Basisinstitutionen der Gesellschaft in die Krise: Arbeitskräfte werden aufgrund von Produktivitätssteigerungen ‚freigesetzt‘, die staatlichen Einnahmen (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) gehen zurück, und gleichzeitig steigt der Finanzierungsbedarf für Sozialleistungen. Hinzu kommt, dass die beträchtliche Zunahme an Konsumchancen, die in den vergangenen Jahrzehnten für große Teile der Bevölkerung zu beobachten war, von großer Bedeutung für die Legitimität zeitgenössischer Gesellschaften ist (Streeck 2013: 26; 49 f.). Nicht nur in Deutschland gilt Konsumverzicht oder Konsumverweigerung als schädlich für die Konjunktur (Lamla 2013: 36). Zudem stellt die Möglichkeit zum Konsum in modernen Gesellschaften eine Form der sozialen Teilhabe dar. Konsumverzicht kommt damit einer Art selbstgewählter Exklusion gleich, die sozial rechtfertigungsbedürftig ist. Die Reduktion des Konsums aus Gründen der Ressourcenschonung gerät damit nicht allein in einen Zielkonflikt mit der gegenwärtig dominanten Wirtschaftsweise; sie richtet sich auch gegen die daran geknüpfte Logik des

permanenten Konsums als legitimer und erwarteter Form der Bedürfnisbefriedigung mit inkludiertem Resonanzversprechen (Rosa 2016: 429).

Aus all dem erwachsen Zielkonflikte zu dem Bemühen, aus Nachhaltigkeitsgründen Suffizienz zu befördern. Volkswirtschaftlich und soziokulturell ist ein Festhalten am Wachstumsparadigma daher attraktiv, eine Abkehr vom Bisherigen ist nicht ohne weiteres möglich. Dies gilt auch für die kommunale Ebene. Wachstumszwänge ergeben sich aus steigenden Erwartungen an das Angebot kommunaler Leistungen, die dem Wachstumsparadigma folgen, und aus der Verfasstheit der kommunalen Finanzen. Kommunen sind auf steigende (Gewerbe-, Einkommens- und Umsatz-)Steuereinnahmen sowie wachsende Zuweisungen des Landes angewiesen, um ihre steigenden Aufgaben bewältigen zu können. Dies impliziert eine wachsende Wirtschaft und Bevölkerung. Wachstum und die damit einhergehende Einnahmegenerierung wird als notwendig erachtet, um Verteilungskonflikte entzerren zu können und die Erwartungen verschiedenster Akteure und Interessengruppen an die städtische Verwaltung vor Ort erfüllen zu können. Vor diesem Hintergrund liegt zunächst eine kommunale Wachstumsorientierung näher als eine Orientierung an Suffizienz. Unterstützt wird der Wachstumspfad durch wachstumsfördernde und -fordernde Rahmensetzungen auf überörtlichen Ebenen und rechtliche Regelungen, die erhebliche Hürden für Suffizienzpolitik enthalten.

Vor diesem Hintergrund stand im Mittelpunkt dieses Arbeitspakets die Frage, inwiefern makroökonomische Wachstumszwänge, aber auch „mentale Infrastrukturen“ (Welzer 2011) und kulturelle Leitbilder eine Suffizienzorientierung in der Stadtentwicklung erschweren oder gar verunmöglichen. Gefragt wurde zunächst nach den Zusammenhängen und Wechselwirkungen zwischen den in der Literatur identifizierten Zwängen auf der gesellschaftlichen Makro- und der Mikroebene und den Notwendigkeiten und Anforderungen auf Ebene der Kommunen. Darüber hinaus wurde untersucht, welche spezifischen und gegebenenfalls von den Zwängen auf der Mikro- und Makroebene relativ unabhängigen Wachstumsnotwendigkeiten für Städte und Kommunen identifiziert werden können. Erforscht wurden diese Zusammenhänge zwischen Bundes- und kommunaler Ebene auf der Basis bestehender Forschungsliteratur, den rechtlichen und fiskalischen Rahmensetzungen auf den verschiedenen Ebenen sowie durch die Auswertung von relevanten Verwaltungsdokumenten wie etwa Planungsunterlagen oder Ratsbeschlüssen. Die fiskalischen und rechtlichen Wachstumstreiber und Hemmnisse sowie politische Zwänge wurden von der Stadt Flensburg, die makroökonomischen und kulturellen Hemmnisse durch das Norbert-Elias-Center bearbeitet.

Arbeitspaket 2: Bestandsaufnahme suffizienzorientierter Stadtentwicklungsprojekte

Arbeitspaket 2 umfasste eine qualitative Interviewstudie, bei der vor allem Mitarbeiter*innen kommunaler Verwaltungen zu von ihnen umgesetzten suffizienzorientierten Stadtentwicklungsprojekten befragt wurden. Die autoarme oder fahrradfreundliche Stadt, die Innen-vor-Außen-Entwicklung, die Stadt der kurzen Wege oder alternative Formen von Bodenpolitik – diese und andere zum Teil seit langem bekannte Ideen und Konzepte zur Stadtentwicklung, sind Konzepte, die zur Einsparung von Ressourcen- und Naturverbrauch genutzt werden können. Es gibt einige Stadtentwicklungsprojekte, in denen entsprechende konzeptionelle Überlegungen umgesetzt werden und die somit im Bereich Suffizienzpolitik zu verorten sind. Allerdings wurden solche Maßnahmen bislang nicht systematisch dahingehend untersucht, was sie beförderte und mit welchen Umsetzungsschwierigkeiten sie konfrontiert waren. Noch ist wenig darüber bekannt, wie Suffizienzpolitik in Kommunen ins Werden kommt und wie, daraus abgeleitet, solche Politiken besser als bisher gefördert und unterstützt werden können. Eine vergleichende Untersuchung mehrerer Projekte erschien deshalb sinnvoll. Denn

aus der Innenperspektive der Beteiligten, deren Augenmerk auf dem eigenen Projekt liegt, können strukturelle Besonderheiten mitunter nicht erkannt werden. Damit bleibt auch offen, was genau notwendig wäre, um erfolgreiche Konzepte auf andere Orte übertragen zu können. Dass ein Projekt in einer Stadt realisiert werden konnte, ist nicht notwendigerweise ein Garant für den Erfolg eines ähnlich gelagerten Unterfangens an einem anderen Ort. Es galt also in vergleichender Perspektive herauszufinden, welche ortsunabhängigen Faktoren oder Faktorenbündel eine Realisierung solcher Projekte wahrscheinlicher machen. Arbeitspaket zwei wurde federführend vom Norbert Elias Center bearbeitet.

Arbeitspaket 3: Konzeption und Initiierung eines suffizienzorientierten Stadtentwicklungsprojektes in Flensburg

Im dritten Arbeitspaket setzte die Forschungsgruppe, anknüpfend an die Ergebnisse aus den Arbeitspaketen 1 und 2, an einem konkreten Fallbeispiel in der Stadt Flensburg an. In einem transdisziplinären Verfahren sollte eine Umsetzung eines konkreten Vorhabens im Rahmen eines Reallabors erfolgen (Groß et al. 2005, Schneidewind/ Singer-Brodowski 2014).

In Flensburg wird auf einer Fläche, auf welcher eine hafenwirtschaftliche Nutzung nur noch rudimentär vorhanden ist, gegenwärtig ein neues Quartier in bester Wasserlage und mit unmittelbarer Anbindung an die historische Altstadt geplant. Die Entwicklung dieses Quartiers Hafen-Ost unter Suffizienzgesichtspunkten war Gegenstand des Reallabors der transdisziplinären Arbeitsgruppe.

Ziel des Reallabors war eine wissenschaftlich begleitete suffizienzorientierte Stadtentwicklung gezielt anzuregen und ein besseres Verständnis über soziale Transformationsdynamiken zu erlangen. In einer transdisziplinären Kooperation zwischen dem Fachbereich Stadtentwicklung und Klimaschutz (SuK) und der Forschungsgruppe wurden suffizienzorientierte Leitlinien entwickelt, politisch diskutiert und von der Ratsversammlung der Stadt Flensburg beschlossen (Stadt Flensburg 2020b). Diese Leitlinien bilden die Grundlage für alle weiteren Planungs- und Umsetzungsschritte in dem neuen Quartier. Sie werden zum Beispiel bei der Entwicklung des Rahmenplans und der Bebauungspläne, für die Vergabe der Grundstücke und die Erbbaurechte beziehungsweise städtebaulichen Verträge angewandt.

Das Forschungsdesign folgte einem stark partizipativen Ansatz. Die Grundannahme dabei war, dass Projekte leichter zu realisieren sind und bessere Ergebnisse erzielen, wenn Bürger*innen als Expert*innen für die Strukturen ihrer Lebenswelt ernst genommen und einbezogen werden (Sommer/ Welzer 2014: 135). Insbesondere für die Lösung von Umwelt- und Nachhaltigkeitsproblemen wurde die Beteiligung der Bevölkerung als notwendige Voraussetzung gesehen (Kuhn/ Heinrichs 2011). Die Entwicklung der Leitlinien erfolgte daher auf der Grundlage eines moderierten Partizipationsprozesses unter Beteiligung von Fachexpert*innen, lokalen Akteur*innen, der Politik und der Öffentlichkeit (Stadt Flensburg 2020a, 2020b).

Forschungsprogramm

Gegenstand

1

Rahmenbedingungen suffizienzorientierter Stadtentwicklung

Die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen in der Literatur bereits diskutierten Wachstumszwängen auf der gesellschaftlichen Makro- und der Mikroebene sowie ihre Implikationen für die Ebene der Kommunen werden analysiert. Zugleich wird untersucht, welche spezifischen Wachstumsnotwendigkeiten für Städte und Kommunen zum Beispiel auf rechtlicher oder haushaltspolitischer Ebene benannt werden können.

2

Bestandsaufnahme suffizienzorientierter Stadtentwicklungsprojekte

Durch eine möglichst umfassende Sammlung werden sowohl erfolgreiche als auch gescheiterte Stadtentwicklungsprojekte kategorisiert und eine Auswahl von Fällen näher untersucht. Hierfür werden Prozesse der erfolgreichen Umsetzung sowie des Scheiterns rekonstruiert. In vergleichender Perspektive wird dann veranschaulicht, welche sozialen, politischen oder wirtschaftlichen Faktoren auf der Mikro-, Meso- und Makroebene ein Gelingen befördern oder Barrieren darstellen. Schließlich sollen die ökologischen Effekte der Maßnahmen erörtert werden.

3

Konzeption und Initiierung eines suffizienzorientierten Stadtentwicklungsprojektes in Flensburg

In einem transdisziplinären Prozess – also unter Einbindung aller relevanten Stakeholder – erfolgt eine Priorisierung und möglichst weitreichende Umsetzung eines Praxisprojektes suffizienzorientierter Stadtentwicklung im Rahmen eines Reallabors. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf dem Einbezug der Zivilgesellschaft in allen Projektschritten - vom Projektdesign über die Umsetzung bis hin zur Evaluation.

Vorgehen



Transdisziplinäre Recherche

Auswertung relevanter Verwaltungsdokumente und Literatur, ergänzt durch Experteninterviews



Ethnografische Fallrekonstruktion /

Qualitative Interviews / Vergleich

Bestandsaufnahme von Stadtentwicklungsprojekten und Sampling; ethnografische Fallrekonstruktionen und Vergleich von 8-10 Projekten auf Basis von Ortsbegehungen und qualitativen Interviews



Aktionsforschungsprojekt

im Reallabor

Ko-Designs, Ko-Produktion und Ko-Evaluation durch Akteur*innen aus Praxis und Wissenschaft

Abbildung I: Das Forschungsdesign sah drei Arbeitspakete vor, die sich zeitlich teilweise überschneiden und inhaltlich aufeinander aufbauen. Forschungslogisch arbeitete sich die transdisziplinäre Arbeitsgruppe vom Allgemeinen zum Besonderen vor. Der Bogen spannte sich von der Aufarbeitung der Forschungsliteratur zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unter denen Suffizienzpolitik gegenwärtig stattfindet (AP 1), über die qualitative Untersuchung bestehender suffizienzorientierter Stadtentwicklungsprojekte (AP 2) bis hin zum konkreten Reallabor vor Ort in Flensburg in AP 3.

4. Wissenschaftlicher und technischer Stand, an den angeknüpft wurde

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Suffizienz zielt darauf ab, den Ressourcen- und Naturverbrauch durch soziale Innovationen, etwa geänderte Verhaltensmuster und Lebensweisen (Linz 2004: 10) zu minimieren. Effizienz- und konsistenzpolitische Maßnahmen verfolgen durchaus eine ähnliche Zielrichtung und gehen ebenfalls von ökologischen Grenzen aus. Der entscheidende Unterschied jedoch besteht darin, dass Vertreter*innen der Effizienz- und Konsistenzstrategie der Ansicht sind, Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppeln zu können, mit anderen Worten, aus dem Vorhandenen mittels technischer Innovationen immer mehr machen zu können. Die Suffizienz hingegen hält Entkopplung, also unbegrenztes ökonomisches Wachstum vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen für unmöglich. Suffizienzpolitische Interventionen beinhalten daher immer auch die Frage nach der gerechten Verteilung von Ressourcen. Denn wenn aus dem Vorhandenen nicht mehr gemacht werden kann, muss das zur Verfügung Stehende geteilt werden (von Winterfeld 2011: 59).

Effizienz- und Konsistenzstrategien beinhalten das Versprechen, gegenwärtige gesellschaftliche Produktions-, Reproduktions- und Konsummuster weitgehend unangetastet zu lassen. Sie sollen insgesamt besser und in energetischer Hinsicht nachhaltiger werden. Im Fall der Konsistenz soll dies zum Beispiel durch den sukzessiven Umbau von einem fossilen Energieregime auf ein erneuerbares erreicht werden, im Fall der Effizienz zum Beispiel durch technologiebasierte Innovationen etwa *smart city*-Konzepte. Im Kern von Konsistenz und Effizienz steht damit in der Regel der Versuch, das Bestehende nach dem Stand moderner Wissenschaft und Technik zu optimieren, strukturell jedoch zu erhalten. Das heißt auch, dass die dem momentanen Gesellschaftsmodell eingeschriebene

Wachstumsorientierung und Steigerungslogik nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden. Aus Suffizienzpolitischer Perspektive gelten die technologischen Innovationen, derer sich Effizienz und Konsistenz bedienen, zwar als für die Zukunftsfähigkeit notwendige, jedoch allein nicht hinreichende Bedingungen. „Soll das Zusammenleben in dieser eng gewordenen Welt ökologisch und sozial gelingen“, schreiben Manfred Linz und Kolleg*innen vom Wuppertal Institut, „sind auch vernünftige Anspruchsgrenzen notwendig – also Suffizienz“ (Linz et al. 2002: 5). Suffizienz nimmt die mit der Wachstumsorientierung einhergehenden Handlungslogiken und -zwänge kritisch in den Blick (von Winterfeld 2011) und zielt auf die Senkung des absoluten Ressourcen- und Naturverbrauchs. Vor dem Hintergrund von Reboundeffekten kommt Suffizienzstrategien aktuell gesteigerte Aufmerksamkeit zu, da diese „sich als richtungssichere und besonders effektive Form der Ressourceneinsparung erweisen“ (Schneidewind et al. 2012: 512) können.

Manfred Linz definiert Suffizienz als „Schritte, Maßnahmen, Instrumente und Strategien, mit denen Ressourcen eingespart werden können, und zwar dadurch, dass Menschen ihr Verhalten verändern mit der Absicht, Energie und Rohstoffe anders zu nutzen und von ihnen weniger zu verbrauchen als bisher“ (Linz 2004: 10). Zunehmend werden im Zusammenhang mit Suffizienz nicht mehr nur Verhaltensänderungen auf individueller Ebene angesprochen, sondern Suffizienzpolitiken – auch auf kommunaler Ebene – diskutiert (Linz et al. 2002, Seidl/ Zahrt 2012).

Im Architektur- und Stadtplanungsdiskurs werden entsprechende Positionen durchaus seit einiger Zeit vertreten. So lautete das Thema des deutschen Pavillons auf der Architekturbienale in Venedig 2012 „Reduce, Reuse, Recycle“. Muck Petzet, dem Generalkommissar für den deutschen Beitrag, ging es um den Umgang mit dem Bestehenden, das durch „Revitalisierung, Umnutzung, Verdichtung, Ergänzungen sowohl in bestehenden Gebäuden als im Gewebe der Städte“ den veränderten Bedingungen – Schrumpfen von Bevölkerungen, sich wandelnden energetischen Anforderungen etc. – weit besser anzupassen sei als per Abriss und Neubau (Petzet/Heilmeyer 2012: 9).

Es existieren mittlerweile auch prominente Projekte, bei denen urbaner Raum als entwicklungs offen verstanden und sozial-ökologisch transformiert wird. Eines der bekanntesten ist vermutlich die Umwandlung von Teilen des Broadways und der Fifth Avenue in New York City in großzügige Fußgängerzonen mit Sitzgelegenheiten und Fahrradwegen. Gegenwärtig erfährt die Umgestaltung von Paris zur sogenannten 15 Minuten Stadt viel Aufmerksamkeit. 15-Minuten-Stadt bedeutet, alle Pariser*innen sollen ihre täglichen Bedarfe – Arbeit, Bildung, Gesundheitsversorgung, Freizeit und Konsum alltäglicher Güter –, binnen 15 Minuten decken können, ohne das Auto zu benutzen. Unschwer zu erkennen ist hierbei die Idee der Stadt der kurzen Wege. Jedes Quartier soll als eigene Einheit wirken, um die Umweltbelastungen durch den Autoverkehr zu reduzieren, Flächen für andere Nutzungen zu gewinnen und dadurch insgesamt die Lebensqualität in der Stadt zu erhöhen. Um dies zu erreichen, soll in Paris unter anderem die Hälfte aller 140.000 Parkplätze in der Stadt wegfallen, im gesamten Stadtgebiet soll Tempo 30 gelten und die Infrastruktur für den ÖPNV, Rad- und Fußverkehr deutlich ausgebaut werden. Aus Barcelona wiederum kommt die Idee der sogenannten Superblocks. Quartiere aus mehreren Häuserblocks, in denen der Autoverkehr auf ein Minimum reduziert wird und Fußgänger*innen und Radfahrende Vorrang haben. Mancherorts wurde in den letzten Jahren damit begonnen, Stadtentwicklungsprojekte suffizienzorientiert zu planen, indem Kfz-Verkehre aus Innenstädten herausgenommen, autoarme Quartiere geschaffen, auf Einfamilienhausgebiete verzichtet und kompakte Quartiere mit Fokus auf ein qualitativvolles Umfeld und öffentliche Freiflächen oder gemeinschaftliche Nutzungen entwickelt wurden. Ohne dass solche Politiken ausdrücklich als Suffizienz

bezeichnet werden, erfolgt bisweilen eine Öffnung zu einer Stadtentwicklung, die unter diesen Begriff subsumiert werden kann. Diese Entwicklung genauer in den Blick zu nehmen war Ziel des Forschungsprojekts.

Denn: Noch haben die skizzierten Beispiele Seltenheitswert. Vor allem in der Theorie wird die Erkenntnis, dass die modernen Gesellschaften des Globalen Nordens wegen der von ihnen hervorgerufenen sozial-ökologischen Krisen an ihre Grenzen gekommen sind und sich deswegen durch „Selbstbegrenzung grundlegend verändern müssten“ (ebd.: 141), weithin geteilt (Davis 2009). In der Praxis hingegen, etwa in Stadtentwicklungsprojekten, spielt Suffizienz trotz der eben genannten Leuchtturmprojekte eine randständige Rolle. Dies hat unterschiedliche Gründe: Während Suffizienz auf individueller Ebene im Sinne eines maßhaltenden Lebensstils großen Respekt erfährt, sieht sie sich als politische Aufgabe verstanden, oftmals „lebhaftem Widerspruch“ gegenüber (Linz 2015: 8). Darüber hinaus versuchen Kommunen, deren Haushalte vielerorts überlastet sind, Verteilungskonflikte auch durch Wachstumssteigerung zu lösen und Erwartungshaltungen verschiedener Akteure und gesellschaftlicher Gruppen zu erfüllen. Diese Ausrichtung wird flankiert von Rahmensetzungen überörtlicher Ebenen, die ebenfalls in Richtung Wachstum, Effizienz und genereller Steigerung gehen, und von Hürden in der rechtlichen Ausgestaltung der Stadtentwicklungspolitik. Suffizienzstrategien sind in diesem Kontext schwer zu vermitteln. Das ist auch deshalb der Fall, weil Suffizienz im Nachhaltigkeitsdiskurs oftmals reduzierend auf den individuellen Konsum bezogen wird und damit allzu oft ins „moralisierende Abseits“ (von Winterfeld 2011: 58) gerät. Neben den hier angesprochenen Hemmnissen für eine suffizienzorientierte Stadtentwicklung behindert mitunter auch mangelndes Wissen über potenzielle Wirkungen die Umsetzung entsprechender Ansätze. Dabei ist es durchaus möglich, die ökologischen Wirkungen zu taxieren. Es liegen bereits Untersuchungen zu verschiedenen Maßnahmen vor, die dem Bereich der Suffizienzpolitik zugeordnet werden können. Beispielsweise haben Studien zur Einführung von Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen gezeigt, dass hierdurch eine höhere Verkehrssicherheit, besserer Lärmschutz sowie eine höhere Luft- und Aufenthaltsqualität erzielt werden kann, ohne dass die Leistungsfähigkeit von Hauptverkehrsstraßen für den Kfz-Verkehr eingeschränkt wird (UBA 2016b).

5. Zusammenarbeit mit anderen Stellen

Das transdisziplinäre Forschungsteam aus Stadt Flensburg und Norbert-Elias-Center kooperierte mit verschiedenen Partner*innen aus Wissenschaft und Praxis. Im Rahmen der qualitativen Erhebung arbeitete das Team mit Mitarbeiter*innen der Verwaltungen aus 12 Kommunen zusammen, weitere kommunale Praxispartner*innen waren bei den drei transdisziplinären Workshops sowie im Rahmen des umfangreichen Beteiligungsverfahrens eingebunden. Bei all diesen Veranstaltungen gab es ebenfalls intensive Kontakte zu Expert*innen aus der Wissenschaft. Das Projektteam brachte sich darüber hinaus ins Suffizienznetzwerk ein, einem Zusammenschluss aus Suffizienzinteressierten aus Forschungsinstitutionen und aus der Praxis. Mit dem ebenfalls in der Förderlinie Zukunftsstadt geförderten Projekt „SuPraStadt.Lebensqualität, Teilhabe und Ressourcenschonung durch soziale Diffusion von Suffizienzpraktiken in Stadtquartiere“ entstand ein regelmäßiger Austausch. Gleiches gilt für die BMBF geförderte Nachwuchsforschungsgruppe „Energiesuffizienz“, die am Wuppertal Institut und an der Europa-Universität Flensburg angesiedelt ist.

II. Eingehende Darstellung

1. Verwendung der Zuwendung und Ergebnisse im Einzelnen

Arbeitspaket 1: Rahmenbedingungen einer suffizienzorientierten Stadtentwicklung

Arbeitspaket 1 war Wachstumszwängen und -treibern gewidmet, die insbesondere auf kommunaler Ebene wirken. Das Arbeitspaket hatte zwei Funktionen: Zum einen galt es, den inhaltlichen Fokus der gemeinsamen Arbeit zu bestimmen. Zum anderen zielte das Arbeitspaket darauf ab, literaturbasiert zu bestimmen, welche Mechanismen und Dynamiken in eben diesem ausgewählten Feld auf kommunaler Ebene wachstumsfördernd wirken, mithin Suffizienzpolitiken erschweren. Diesem Arbeitspaket kam damit eine rahmende Funktion innerhalb des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens zu: Es sollten die Spielräume von kommunaler Suffizienzpolitik vermessen werden.

Zunächst stellte sich die Frage, welches Feld, welcher Gegenstand bei der transdisziplinär ausgerichteten Untersuchung von Suffizienzpolitik im Zentrum stehen sollte? Rasch kristallisierte sich heraus, dass Flensburg, der kommunale Partner im Verbundprojekt, ein wesentliches Problem mit vielen anderen wachsenden Städten teilt: Die Flächenverfügbarkeit oder vielmehr der Mangel an Flächen, welcher die Handlungs- und Gestaltungsspielräume zunehmend einschränkt. Gleichzeitig bringt die anhaltende Flächeninanspruchnahme diverse sozial-ökologische Probleme mit sich. Denn Fläche ist eine begrenzte Ressource, um deren Nutzung unter anderem Landwirtschaft, Naturschutz, Siedlungsbau sowie Industrie und Gewerbe konkurrieren. Der Fokus der Untersuchungen sollte also darauf liegen zu untersuchen, wie die Flächeninanspruchnahme reduziert werden könnte.

Wenn man sich mit Flächeninanspruchnahme beschäftigt, rücken gewissermaßen automatisch zwei wesentliche klimarelevante Alltagspraktiken in den Blick, nämlich Wohnen und Mobilität. Das sind die beiden Felder, die maßgeblich für den Flächenverbrauch in Städten verantwortlich sind. Derzeit machen Siedlungs- und Verkehrsflächen (SuV) in Deutschland etwa 13,5 Prozent der Landesfläche aus (Goetzke et al. 2014). Etwa 45 Prozent der SuV sind versiegelt, das heißt bebaut, asphaltiert, betonierte, gepflastert, verdichtet oder anderweitig befestigt (Gunreben et al. 2007). Das Wachstum von SuV ging in der Vergangenheit und geht auch gegenwärtig vor allem zu Lasten landwirtschaftlicher Flächen. Durch Versiegelung werden Habitate von Bodenorganismen zerstört und Böden verlieren ihre Fähigkeit, Wasser versickern zu lassen und Kleinklimata regulieren zu können. Darüber hinaus geht eine zunehmende Versiegelung häufig mit einer Fragmentierung von Ökosystemen einher. In Städten wirken versiegelte Flächen als Wärmespeicher und erschweren insbesondere in heißen Sommermonaten die nächtliche Abkühlung. Versiegelte Flächen, die, anders als Grünflächen, kein Wasser aufnehmen können, machen Städte verletzlich gegenüber Starkregen und Überschwemmungen. Die Bodenfunktion der genutzten Flächen wird tiefgreifend gestört. Die Regenerationsprozesse von Böden beanspruchen sehr lange Zeiträume. Die Ausweitung von Siedlungsflächen, zum Beispiel für suburbane Wohngebiete, hat zudem indirekte Umweltfolgen, wie die Steigerung von Kraftstoffverbräuchen im Verkehr, erhöhten Energieverbräuchen zum Heizen größerer Wohnflächen und höhere Materialverbräuche für die Instandhaltung der Mobilitäts- und Wohninfrastruktur.

In Anbetracht dessen hat die Europäische Union (EU) im Jahr 2011 in der Roadmap für ein ressourceneffizientes Europa beschlossen, bis 2050 eine Flächenkreislaufwirtschaft zu etablieren (EU 2011). Bereits im Jahr 2002 hatte die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie festgelegt, die tägliche Flächeninanspruchnahme von damals rund 115 auf 30 Hektar im Jahr 2020 abzusenken (Die

Bundesregierung 2017). Der Bundesrat forderte im Jahr 2011 die Bundesregierung auf, sich in Anlehnung an das Ziel der EU für das Jahr 2050 anspruchsvollere Ziele zu setzen, um bereits im Jahr 2025, spätestens aber im Jahr 2030 ein Netto-Null-Wachstum realisiert zu haben (Bundesrat 2011). Trotz rückläufiger Trends in der Flächeninanspruchnahme stellte die Bundesregierung im Jahr 2016 fest, dass „bei Fortsetzung der durchschnittlichen Entwicklung der letzten fünf Jahre das ursprünglich vorgegebene Ziel von 30 Hektar pro Tag, das bereits im Jahr 2020 erreicht werden sollte, im Jahr 2030 erreicht [würde]“. Infolge der ungenügenden Entwicklung wurde die Zielerreichung auf das Jahr 2030 verschoben (Die Bundesregierung 2017).

Da trotz anderslautender politischer Zielsetzungen die Flächeninanspruchnahme weiter anhält, gilt zu klären, wie der Flächenverbrauch gesellschaftlich verankert ist. Um das zu ergründen, wurden gesellschaftliche Rahmenbedingungen in den Blick genommen, die den fortwährenden Flächenverbrauch ermöglichen, begünstigen sowie den beteiligten Akteur*innen als Handlungsoption nahelegen. Ausgehend von der Frage „Was treibt Kommunen zu einer expansiven Siedlungspolitik?“ wurden in Arbeitspaket 1 Wachstumstreiber für die kommunale Siedlungsentwicklung identifiziert und somit mannigfaltige Barrieren für kommunale Suffizienzpolitik ausgemacht. Sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch bei der Reflektion der kommunalen Praxis trat ein komplexes Bündel aus politischen, fiskalischen, rechtlichen und kulturellen Aspekten zu Tage, das die Flächeninanspruchnahme in Kommunen befördert und damit die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen erschwert.

In der Projekt-Publikation *Wie wird weniger genug. Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung* (Böcker et al. 2021) sind die Ergebnisse des Arbeitspaket 1 im Kapitel „Weniger ist schwer. Hemmnisse kommunaler Suffizienzpolitik“ kompakt zusammengefasst worden. Einige dieser Barrieren und Wachstumszwänge sind auf übergeordneten gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen zu verorten, wirken aber gleichwohl kommunal. Andere Aspekte entspringen genuin der kommunalen Ebene. Im Einzelnen sind in Arbeitspaket 1 die folgenden Treiber und Zwänge mit verschiedenen Unterdimensionen identifiziert worden:

- Die Wirtschafts- und Sozialordnung: Wachstum als Garant für sozialen Ausgleich sowie als wirtschaftspolitische Zielsetzung (ebd.: 20 f.).
- Kulturelle Leitbilder (wie das Eigenheim als Idealvorstellung „guten Wohnen“) sowie die Individualisierung der Lebensstile (ebd.: 22 f.).
- Politische und fiskalische Absicherung kultureller Leitbilder durch Förderpolitik, wie Pendlerpauschale, Eigenheimzulage, Baukindergeld, Dienstwagenprivileg, etc. (ebd.: 24 f.).
- Fiskalischer Druck auf Kommunen: Konkurrenz um Einwohner*innen und Gewerbe (ebd.: 26 ff.).
- Baurecht und Verkehrsrecht als Hürden für eine kompakte und verkehrssarme Innenentwicklung (ebd.: 30 ff.).

Beispielhaft sei das Ineinandergreifen der verschiedenen Treiber und Wachstumszwänge für den Sektor Wohnen dargestellt, da der Wohnungsbau gegenwärtig den größten Anteil an der Flächenneunutzung hat (SRU 2016: 246-247). Die historische Entwicklung in diesem Sektor ist bemerkenswert: Wohnte eine Person im Jahr 1960 noch auf durchschnittlich 16 Quadratmetern, sind es 2020, 60 Jahre später, bereits 47 Quadratmeter pro Person. Zwischen 16 und 47 liegen nicht nur 31 Quadratmeter, sondern eine Reihe substantieller gesellschaftlicher Entwicklungen die zwischen 1960 und 2020 das Wohnen in Deutschland grundsätzlich verändert haben.

So zum Beispiel die zunehmende Urbanisierung. Die Ursachen und Motive von Wanderungsbewegungen in die Stadt, so legen zahlreiche Studien nahe, sind vielschichtig und von regionalen Kontexten abhängig (Danielzyk et al. 2021, Klemme 2009). Menschen wurden und werden von den Möglichkeiten und Chancen in Städten angezogen, wie etwa besseren (Aus-)Bildungsmöglichkeiten, Kinderbetreuungsangeboten, Arbeitsplätzen oder Kulturangeboten. Insbesondere für Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen sind dies wichtige Faktoren für den Wegzug vom Land. Diese Entwicklung zieht wiederum auch Unternehmen bevorzugt in städtische Räume (Rösch 2015). Weiterhin spielen insbesondere bei wenig angespannten Wohnungsmärkten Kriterien wie ein kindergerechtes und sicheres Wohnumfeld eine deutlich größere Rolle bei der Wohnstandortwahl von Familien als bauliche Gestaltung oder Kosten (Danielzyk et al. 2021). Die Urbanisierungsdynamik ging und geht einher mit einem Trend zu vermehrten Ein- und Zweipersonenhaushalten. Diese Entwicklung hat ihren Ursprung nicht zuletzt in einer zunehmenden Individualisierung, die aufs Engste mit der Entstehung moderner Gesellschaften verknüpft ist (Elias 1991). Individualisierung beschreibt die zunehmende Bedeutung individueller Handlungsspielräume, bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust der Zugehörigkeit zu relativ statischen sozialen Gruppen, wie etwa der Familie oder der Dorfgemeinschaft (ebd.). Der Trend manifestiert sich in den kulturellen Leitbildern moderner Gesellschaften, sodass die Wertschätzung von Privatsphäre und individuellen Freiheiten steigt, welche nicht zuletzt im Eigenheim als „Trugbild einer vorgeblich individuellen Form des Wohnens“ (Bourdieu 1998: 21) ihre Entsprechung finden. Gleichzeitig verliert nach Hartmut Rosa (2011: 120) das Haus im Grünen „längst und zusehends seine Qualität als generationsübergreifendes und verbindendes Besitztum“, da die wenigsten Eltern noch davon ausgehen könnten, ihr Haus an ihre Kinder zu vererben.

Im Zuge des Individualisierungstrends haben sich auch Familienmodelle und Lebensentwürfe geändert, was sich im Wohnbereich durch eine erhöhte Nachfrage nach Ein- und Zweipersonenwohnungen äußert. Spätere Familiengründungen lassen junge Erwachsene länger in tendenziell kleineren Wohnarrangements wohnen (SRU 2016: 256-257). Getrennt lebende Eltern, Alleinlebende oder Geschiedene entsprechen heute stärker den gesellschaftlichen Normvorstellungen als noch vor einigen Jahrzehnten und befördern damit die Nachfrage nach kleineren Haushalten (BBSR 2015: 6).

In interdependentem Verhältnis zur Zunahme von Ein- und Zweipersonenhaushalten steht die Normalisierung einer selbstständigen Haushaltsführung (Häußermann/Siebel 1996: 14). Eine verbesserte Versorgungsinfrastruktur in Form von technischen Gerätschaften und gesellschaftlichen Institutionen ermöglicht das Auslagern von Care-Tätigkeiten, die zuvor zeitintensiv im eigenen Haushalt geleistet werden mussten. Die Betreuung von Kindern, Alten und Pflegebedürftigen wird zu Teilen oder auch gänzlich von Kindertagesstätten, Alten- und Pflegeheimen und Haushaltshilfen übernommen. Solche Versorgungsstrukturen ermöglichen heute deutlich mehr Menschen die eigene Haushaltsführung als in den 1960er Jahren. In Kombination mit Veränderungen in der Arbeitswelt, die eine höhere räumliche Flexibilität erfordern, werden dadurch auch von Berufstätigen vermehrt kleine, vollständig möblierte Wohnungen als Zweit- oder Kurzzeitwohnungen nachgefragt.

Die Entwicklungen haben zur Folge, dass es auch für ältere Menschen einfacher und normaler wird, in der einmal bezogenen Wohnung zu verbleiben auch wenn beispielsweise die Kinder ausziehen oder der*die Partner*in stirbt. Gründe für den Verbleib sind vielfältig. Emotionale und soziale Bindungen sind hier ebenso zu nennen, wie finanzielle Aspekte (Scheiner et al. 2011). Ermöglicht wird der Verbleib unter anderem durch eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz zum Beispiel von alleinlebenden älteren Frauen und durch institutionelle und technische Unterstützung sowie ökonomische

Faktoren wie günstige Altverträge oder Eigentum. Aus Perspektive der Flächeninanspruchnahme treibt diese, als Remanenzeffekt beschriebene Kombination aus schrumpfenden Haushaltsgrößen im Alter und dem Verbleib in einer einmal bezogenen Wohnung, die Wohnfläche pro Kopf. In Verbindung mit dem demographischen Wandel schlägt dieser Effekt in besonderem Maße zu Buche.

Während sich Wohn- und Familienkonstellationen in den vergangenen Jahrzehnten pluralisierten – die Zunahme an Ein- und Zweipersonenhaushalten gibt darüber beredete Auskunft –, privilegieren politische Rahmensetzungen vor allem eine Wohnform: das Einfamilienhaus. Dies spiegelt sich in (wirtschafts-)politischen Entscheidungen wider. Zentral sind in diesem Zusammenhang Subventionen. So werden insbesondere die flächenintensiven Wohnformen der Ein- und Zweifamilienhäuser durch Subventionen wie die Eigenheimzulage oder das 2018 verabschiedete Baukindergeld künstlich vergünstigt. Die Eigenheimzulage war gar die bislang größte, einzelne staatliche Subventionsmaßnahme mit einem Gesamtvolumen von etwa 107 Mrd. Euro (Blechschmidt 2016). Weitere Subventionen bestehen im Bereich der Bausparförderung.

Zudem besteht häufig zwischen Innenstädten und den Peripherien ein hohes Preisgefälle. Dieses verlagert flächenintensive Bauvorhaben in suburbane Gebiete und trägt damit auch zur Zersiedelung bei. Denn insbesondere Familien zieht es verstärkt an den Stadtrand oder ins Umland, wo die Preise niedriger sind (Sturm/Güleş 2013: 553).

In diesem Zusammenhang sind Kreditverfügbarkeit, Zinshöhe sowie Kapitalspekulation zentrale Faktoren für die Bautätigkeit. Niedrige Zinsen und einfache Kreditverfügbarkeit führen zu vermehrter Bautätigkeit. Häufig setzt eine Spekulationsspirale in Richtung steigende Wohnungs- und Bodenpreise ein. Dies führt zu weiterem Druck auf dem Wohnungsmarkt und befeuert den Neubau.

Auf Steuerseite hemmt die Grunderwerbssteuer einen Umzug, wenn etwa das Einfamilienhaus nach Auszug der Kinder zu groß geworden ist (Petkova/Weichenrieder 2017). Würden die Besitzer*innen dieses verkaufen wollen, fielen beim Kauf einer neuen, kleineren Immobilie die Grunderwerbsteuer an, was die Verkaufs- und Kaufentscheidung hemmen kann. Weiterhin gibt die derzeitige Ausgestaltung der Grundsteuer keine Anreize zu flächensparenden Wohnformen (Taeger 2006: 27). Ganz im Gegenteil – durch die Erhebung der Steuer werden flächenintensive Wohnformen an den Orts- und Stadträndern gegenüber dichter Bebauung im Zentrum bevorteilt.

Hier gibt es eine Korrelation zum Eigenheim als kulturellem Leitbild. In weiten Teilen der Gesellschaft gilt das eigne Haus ungebrochen als die erstrebenswerte Wohnform. Mit dem Bau eines Eigenheims lässt sich gesellschaftlich signalisieren, „dass man es geschafft hat“ (Häußermann/Siebel 1996: 14). Charakteristisch für den Status- oder auch Distinktionskonsum ist, dass im Kontext gesellschaftlicher Ungleichheit, Anerkennung über Konsum vermittelt wird. Der Konsum ermöglicht es, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe und die gezielte Abgrenzung von anderen Gruppen nach außen zu kommunizieren (Veblen 2003 [1899]). In diesem Sinne lässt sich mit einem Eigenheim im suburbanen Raum ein gewisser ökonomischer Wohlstand demonstrieren, welcher eng mit gesellschaftlichem Erfolg und Anerkennung verknüpft ist. Da ein Einfamilienhaus nur für einen Teil der Bevölkerung finanzierbar ist, ermöglicht diese Wohnform eine mittelständische, gut situierte Nachbarschaft. Dies geht einher mit einer Abgrenzung gegenüber ökonomisch schwächeren Milieus und befördert Segregationstendenzen. Aus konsumsoziologischer Perspektive lässt sich darüber hinaus argumentieren, dass die Frage nach dem „wie“ beim Wohnen weitaus mehr ist, als reiner Statuskonsum. So zeigt Menzl (2017: 121) basierend auf der Auswertung qualitativer Interviews, dass

sich in der Gestaltung des Eigenheims ein großer Teil der eigenen Identität wiederfindet, welchem durch die Gestaltung der Küche, der Haustür oder der Gartenbepflanzung Ausdruck verliehen wird. In diesem Sinne sieht Kaschuba (2007: 20) in der Gestaltung und Ausstattung des Eigenheims auch einen Weg zur Schaffung eines „raumgestalteten zweiten Ichs“.

Das Einfamilienhaus im Grünen lässt sich aber auch als Flucht vor ungelösten innerstädtischen Problemen beschreiben (Bock 2011: 26). So werden Städte insbesondere aufgrund der Dominanz des motorisierten Verkehrs für Kinder häufig als zu gefährlich angesehen, um auf der Straße zu spielen oder den Schulweg alleine zu bewältigen. Auch Lärm und schlechte Luftqualität werden als nicht kindgerechte Umgebung wahrgenommen, sodass das Wohnen im Grünen als Materialisierung der Fürsorge verstanden werden kann. Darüber hinaus fehlt es in der Kernstadt häufig an Grünanlagen in unmittelbarer Nähe zur Wohnung, in denen gegärtnert, gespielt, entspannt und Besuch empfangen werden kann, die also eine adäquate Alternative zum eigenen Garten darstellen könnten. Die Gestaltung des privaten Raums hängt somit eng mit dem Angebot und den Aneignungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum zusammen.

Die skizzierten sozio-kulturellen Entwicklungen stehen in enger Wechselwirkung mit den umfassenden ökonomischen Transformationen der jüngeren Vergangenheit. Ab Mitte des 20. Jahrhunderts ermöglichten die fordistischen Industriegesellschaften, charakterisiert durch Massenkonsum und Massenproduktion, breiten Bevölkerungsschichten einen Zuwachs ihres materiellen Wohlstands (Krausmann/Fischer-Kowalski 2010: 52). In der wenige Jahrzehnte dauernden Phase bis zur Ölkrise in den 1970er Jahren wurde das ökonomische Fundament für die darauffolgenden gesellschaftlichen Entwicklungen gelegt. Durch Wohlstandsgewinne wurden diese überhaupt erst vorstell- und anschließend realisierbar. Mit der damit entstehenden Möglichkeit sich ein Einfamilienhaus, unabhängig vom elterlichen, „leisten“ zu können, konnten sich die heutigen Vorstellungen vom guten Wohnen herausbilden. Der ökonomische Paradigmenwechsel hin zum Neoliberalismus hatte „weitreichende Konsequenzen für Produktions-, Arbeits- und Lebensweisen“, schreibt Silke van Dyk (2013: 14) und verweist unter anderem auf sich wandelnde Geschlechterverhältnisse und -beziehungen und auf neue Verwertungsinteressen, welche die Integration von vormals randständigen Bevölkerungsgruppen – Ältere, Migrant*innen und Frauen – in den Arbeitsmarkt erlaubten und damit erst Möglichkeiten finanzieller Eigenständigkeit entstehen ließen. Mit Blick auf den Zuwachs an Flächeninanspruchnahme lässt sich ergänzen, dass diese Integration mittelbar ihren Niederschlag in der Fläche gefunden hat, insofern, als Alleinverdiener- und Familienernährermodelle sukzessive erodierten und mit ihnen auch manche Normalitätsvorstellungen in Bezug auf Wohnkonstellationen.

Vor dem Hintergrund der prekären Finanzsituation in vielen Kommunen werden kulturelle Leitbilder wie das des Einfamilienhauses zum wichtigen Faktor in Bezug auf die Flächeninanspruchnahme. Denn die kommunalen Einnahmen setzen sich zu bedeutenden Anteilen aus Zuweisungen des Landes (zum Teil abhängig von der Einwohner*innenzahl), Einkommenssteueranteilen, Gewerbe- sowie Grundsteuer zusammen. Daher streben die Kommunen an, mehr (gutverdienende) Einwohner*innen und Unternehmen anzulocken, um ihre Einnahmen zu steigern (Zaspel 2011: 17, Landsberg et al. 2010: 28, Klemme 2009: 244). Hierfür setzen Kommunen häufig auf eine angebotsorientierte Politik der Bau- und Gewerbeflächenausweisung.

Im Artikel „Fläche unter Druck. Sozial-ökologische Dimensionen der Flächennutzung in deutschen Wachstumsregionen“ (Lage/Leuser 2019) vergleichen Jonas Lage und Leon Leuser, wissenschaftliche

Mitarbeiter im EHSS-Projekt, die Flächennutzung in zehn demographisch wachsenden kleinen Großstädten. Sie zeigen, dass neben demographischen Faktoren, exklusive Wohn- und Mobilitätsformen ein räumliches Städtewachstum befördern. So weisen Städte mit einem hohen Anteil an Einfamilienhäusern oder einer hohen PKW-Dichte eine höhere Flächeninanspruchnahme in den beiden Bereichen auf. Von diesen Entwicklungen profitieren nur vergleichsweise wenige, doch sie beeinflussen das Leben aller Menschen in diesen Städten. Auch werden, durch die vergleichsweise exklusiven Formen der Flächennutzung, die Teilhabechancen weniger privilegierter Menschen eingeschränkt. Die Autoren argumentieren, dass ein ökologisch nachhaltiger Umgang mit Flächen diese sozialen und ökonomischen Ungleichheiten nicht ausblenden darf. Ein Ansatz für die Erhöhung der Teilhabe bisher marginalisierter Menschen bei gleichzeitiger Reduktion der Flächeninanspruchnahme liegt, so eine wesentliche Schlussfolgerung des Textes, in einer Verschiebung von Leitbildern weg von privatem Luxus hin zu öffentlichem Wohlstand.

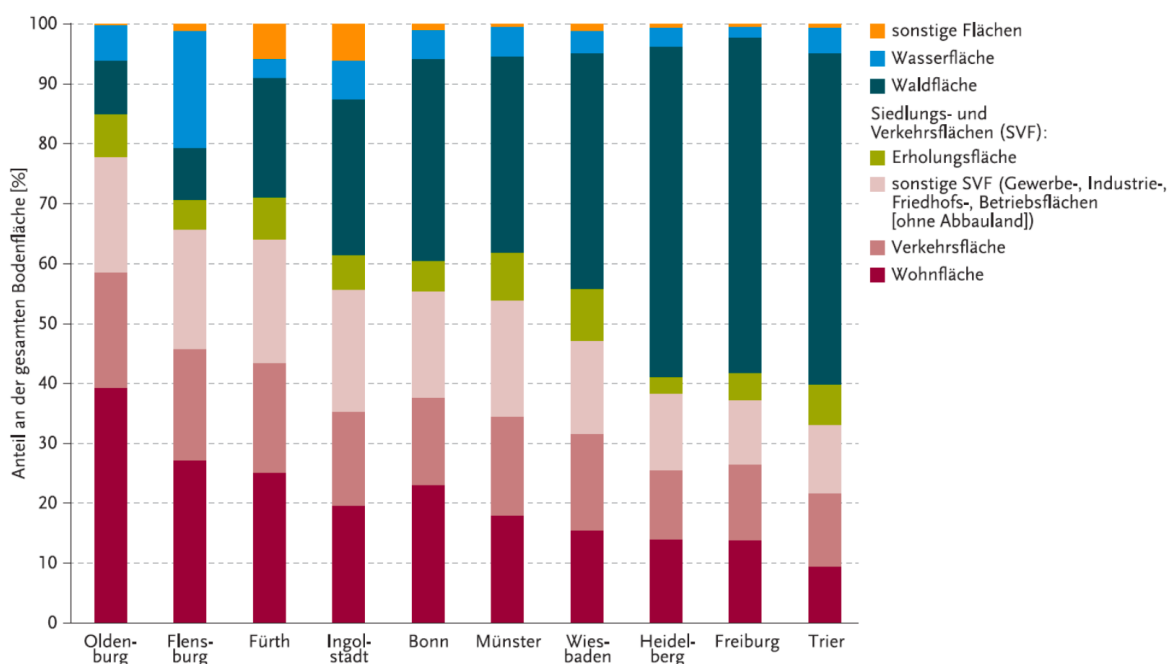


Abbildung II: Öffentlicher Wohlstand versus privater Luxus: Die Aufteilung der Bodenfläche (ohne Landwirtschaft) im Jahr 2015 in zehn wachsenden Groß- und Mittelstädten verweist auf erhebliche kommunale Unterschiede in der Flächennutzung und ist ein Indikator für die Handlungsspielräume im Umgang mit Flächen in der Stadt. Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Lage/Leuser 2019).

Dies ist bislang jedoch noch die Ausnahme von der Regel. Oftmals werden mehr Flächen ausgewiesen, als tatsächlich benötigt. Überdies geraten übergeordnete stadtentwicklungspolitische Ziele durch eine Dominanz des „Denkens in Einzelprojekten“ im kommunalpolitischen Tagesgeschäft aus dem Blick (Klemme 2009: 82-83). In der kommunalen Planung überwiegen häufig kurzfristige Ziele und Vorhaben gegenüber langfristigen Zielsetzungen (Klemme 2009: 78-79). Erleichtert werden diese Tendenzen durch Vorschriften wie das „Beschleunigte Verfahren für Bebauungspläne im Außenbereich“ (§13b BauGB). Dieses erlaubt seit Mai 2017 grundsätzlich die vereinfachte Ausweisung von Bauflächen bis ein Hektar ohne Umweltverträglichkeitsprüfung.

Zum rechtlichen Rahmen, in dem kommunale Akteur*innen agieren sowie zu seiner Auslegung und Interpretation in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, ist ein ausführliches Working Paper

aus dem Projekt entstanden. Unter dem Titel „Wachstumstreiber und Suffizienzhindernisse auf kommunaler Ebene – eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung rechtlicher Aspekte“ (Stadt Flensburg 2021) wird zunächst der verfassungsrechtliche Rahmen, in dem staatliche und damit auch kommunale Politik sich bei der Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung bewegt, dargestellt und aufgezeigt, dass die Politik dabei in der Vergangenheit wesentlich auf Wachstum gesetzt hat. Die Autor*innen zeigen, warum Kommunen innerhalb dieser Rahmenbedingungen nicht ohne weiteres auf einen Wachstumskurs in ihrer Siedlungspolitik verzichten können. Dabei wird insbesondere beschrieben, inwiefern sich Kommunen bei der Wahrnehmung zentraler Aufgaben wie der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum, Arbeitsplätzen, Bildung, Kultur und Freizeiteinrichtungen an den herrschenden, auf Wachstum ausgerichteten Leitbildern orientieren, um im Wettbewerb untereinander bestehen zu können. Zudem wird argumentiert, dass dieser Wettbewerb insbesondere durch das System der Gemeindefinanzierung und die Notwendigkeit der Kommunen befeuert wird, ihre steigenden Aufgaben finanzieren zu müssen. Schließlich wird dargestellt, inwiefern Teile des Planungs- und Verkehrsrechts, die weiterhin an der funktionalen und autogerechten Stadt orientiert sind, eine kompakte, ressourcenschonende Siedlungspolitik hemmen.

Zwei weitere Texte aus dem Projektzusammenhang befassen sich mit den Wirkungen kultureller Leitbilder. Im Text „Die Ressourcenfrage (re)politisieren – Suffizienz, Gerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation“ (Kalt/Lage 2019) thematisieren die Autoren den Konnex zwischen dominanter gesellschaftlicher Orientierung am motorisierten Individualverkehr einerseits und Energiewende, Ressourcenpolitik und Mobilitätswende andererseits. Sie begründen am Beispiel der Automobilität und entlang der Wertschöpfungskette, dass es neben post-extraktivistischen Wirtschaftsmodellen in den rohstoffexportierenden Ländern und einer Konversion der Automobilindustrie, eine Abkehr vom Leitbild der Automobilität und damit eine umfassende Suffizienzpolitik braucht, um die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen.

Die politische und institutionelle Absicherung kultureller Leitbilder und deren soziale und ökologische Folgen wiederum sind Gegenstand des Buchbeitrags „Umkämpfte Räume. Suffizienzpolitik als Lösung für sozial-ökologische Probleme in der Stadt?“ (Christ/Lage 2020). Dass Städte und die Frage, wie das Leben dort gestaltet wird, eine der großen Zukunftsherausforderungen ist, ist weitgehend Konsens: In den *Sustainable Development Goals* (SDGs) der Vereinten Nationen etwa ist der nachhaltigen Entwicklung von Städten und Gemeinden ein eigenständiger Themenkomplex gewidmet (SDG Nummer 11). Formuliertes Ziel ist es bis 2030 Städte inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu entwickeln. Diesen Zielen hat sich auch die Bundesregierung angeschlossen. Konkret soll zum Beispiel durch nachhaltige Flächennutzung, sichere, bezahlbare und nachhaltige Mobilität, eine Reduktion der Umweltbelastung und bezahlbarer Wohnraum für alle erreicht werden.

In der aktuellen politischen und städtebaulichen Praxis allerdings kollidieren soziale und ökologische Zielsetzungen nicht selten miteinander. Hier nur ein Beispiel zur Illustration: Für Menschen mit geringem Einkommen werden in Deutschland jährlich Transferleistungen für Mieten in Höhe von 18 Milliarden Euro ausgegeben. Statt Objektförderung zu betreiben, mithin dafür zu sorgen, dass bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, werden damit steigende Mieten bezuschusst. Gleichzeitig sind in den letzten 20 Jahren die öffentlichen Investitionen in Mietwohnungsbau erheblich gesunken und die sozialen Sicherungssysteme erheblich ausgedünnt worden. Zugleich ist die direkte und indirekte Subventionierung für Immobilienerwerb, zuletzt etwa durch das Baukindergeld, erhöht worden. Das lässt unter anderem den Druck auf die Fläche, mithin die Bodenpreise, steigen, was wiederum einkommensschwache Schichten benachteiligt. In sozialer Hinsicht privilegiert diese Form der Politik

diejenigen, die Einkommen und Vermögen haben, das sie für den Eigentumserwerb verwenden können, welches ihnen im Alter Sicherheit bietet. Damit einher geht eine Zunahme der Wohnfläche pro Kopf, welche unter anderem durch einen anhaltenden Trend zum Einfamilienhaus vorangetrieben wird. In ökologischer Hinsicht trägt dies, nicht zuletzt durch die Ausweisung immer neuer Baugebiete und zur Entstehung flächen- und mobilitätsintensiver suburbaner Räume bei. Die Autor*innen des Beitrags argumentieren, Suffizienzpolitik kann dazu beitragen solcherart umkämpfte Räume durch Umverteilung zu befrieden.

Die Untersuchungen in Arbeitspaket 1 waren eine Bestandsaufnahme in zweierlei Hinsicht. Zum einen ging es darum, literaturbasiert herauszuarbeiten, welche gesellschaftlichen Prozesse, Dynamiken und Mechanismen die anhaltende Flächeninanspruchnahme begünstigen. Zum anderen wurde geprüft und reflektiert, inwiefern sich das auf der Maßstabsebene der Gesellschaft Identifizierte, auf der kommunalen Ebene zeigt, und mehr noch, wie es Wirksamkeit entfaltet, indem es das konkrete Handeln und die Lebensbedingungen vor Ort formt. Die Bestandsaufnahmen zeigten, dass Flächeninanspruchnahme tief in den (Infra-)Strukturen, Institutionen und Habitusformen moderner Gesellschaft eingeschrieben ist. Megatrends, wie die anhaltende Urbanisierung und die Individualisierung oder kulturell verankerte Vorstellungen in den Feldern Mobilität und Wohnen unterstützen die Flächeninanspruchnahme. Politisch sind förderliche Rahmenbedingungen auf unterschiedlichen Ebenen verankert. Ökonomische Entwicklungen, zu denen Wohlstandswachstum, ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung genauso gehören, wie der Boom der Immobilienwirtschaft, ermöglichen eine immer weitere Bebauung und Versiegelung von Land. Dies hat gravierende Folgen in sozialer und ökologischer Hinsicht.

Das Gros der makroökonomischen, sozialstrukturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die anhaltende Flächeninanspruchnahme entsteht nicht auf kommunaler Ebene und verlangt dementsprechend Veränderungen auf höheren Ebenen, um die Flächeninanspruchnahme zu beeinflussen. Gleichzeitig wäre es falsch zu behaupten, dass auf kommunaler Ebene nur das ausagiert wird, was auf höheren Maßstabsebenen entschieden und vorgegeben wird. Vielmehr existieren relationale Verhältnisse zwischen den Maßstabsebenen. Wie Menschen in Städten wohnen und wie sie mobil sind, ist Ergebnis von gesellschaftlichen Prozessen und bringt diese gleichzeitig mit hervor. So sind etwa die autogerechte Stadt oder das Eigenheim im Grünen als Statussymbol und kulturelles Leitbild gleichermaßen Produkte und Produzenten gesellschaftlicher Wirklichkeit.

Doch trotz aller überörtlichen Rahmensetzungen, die eine kommunale Wachstumsorientierung nahelegen oder gar verlangen, finden sich auf lokaler Ebene Ansätze und Maßnahmen für flächensparende Stadtentwicklung. Solche Projekte genauer in den Blick zu nehmen und vor der Hintergrundfolie des eben Dargestellten zu untersuchen, war Inhalt von Arbeitspaket 2.

Arbeitspaket 2: Bestandsaufnahme suffizienzorientierter Stadtentwicklungsprojekte

Ziel des zweiten Arbeitspakets war die Entwicklung von praxisrelevantem Veränderungswissen für urbane Transformationsprozesse im Sinne der Suffizienz mittels einer qualitativen Interviewstudie. Der Fokus lag dabei, anknüpfend an die Arbeiten in Arbeitspaket 1, auf der Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Das generierte Wissen wurde unter anderem für kommunale Entscheidungsträger*innen aufgearbeitet, damit diese empirisches Handlungswissen für die Umsetzung suffizienzorientierter Stadtentwicklungsprozesse an die Hand bekommen (Böcker et al. 2021). Um übertrag- und verallgemeinerbare Barrieren und Erfolgsfaktoren für kommunale Suffizienzpolitik zu identifizieren, sollten entlang konkreter Praxisbeispiele Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich der

Konzeption, Organisation und Umsetzung von suffizienzorientierten Stadtentwicklungsprojekten herausgearbeitet werden.

Im Antrag zum Forschungsprojekt war geplant, sich beim methodischen Vorgehen an der von Scheffer und Niewöhner (Niewöhner/Scheffler 2010) entwickelten *thick comparison* zu orientieren. Der dichte Vergleich, die *thick comparison*, ist eine ethnografische Forschungsmethode, die in Anlehnung an die dichte Beschreibung (*thick description*) des Ethnologen Clifford Geertz entwickelt und erprobt wurde (Geertz 1987 [1973]). Im Mittelpunkt steht die permanente Komparation unterschiedlicher Fälle. So wie die Dichte einer Beschreibung aus der Zusammenschau, Analyse und Reflektion verschiedenster Aspekte eines Phänomens entsteht, erwächst auch der dichte Vergleich, so die Argumentation von Niewöhner und Scheffer, aus dichten Beschreibungen von Einzelfällen, vielmehr aber noch aus der kontinuierlichen Reflektion der eigenen Vorannahmen und Ordnungskategorien. Sie schreiben: „The thickness of comparison does not only derive from thick descriptions of the sites or fields under comparison. Thickness derives from the comparative enterprise itself: its augmentation of quantitative differences and similarities, its processual and explorative character, and its demonstrations of the conditions and the limits of qualitative comparability“ (Niewöhner/Scheffer 2010: 5). Zu den Kernfragen des dichten Vergleichs gehört folglich nicht allein, welches Wissen und welche Erkenntnisse ein Vergleich zur Beantwortung einer bestimmten Forschungsfrage – im geplanten Projekt die nach den Entwicklungschancen und -hemmnissen für suffizienzorientierte Stadtentwicklung – liefern kann. Vielmehr fragt der dichte Vergleich nach der Herstellung der Vergleichsobjekte und den Grundlagen und Vorannahmen, die eine Vergleichbarkeit erst ermöglichen. Dichte oder Komplexität soll also aus einer rhythmischen Interaktion, einem Wechsel zwischen Beobachtung und Datenauswertung einerseits sowie theoretischen Ansätzen und Interpretationen andererseits entstehen.

Im Verlauf des Forschungsprozesses zeigte sich, dass eine komplexe vergleichende Fallbeschreibung, wie sie die *thick comparison* vorsieht, für das Arbeitspaket 2, die qualitative Untersuchung, weniger geeignet war. In Arbeitspaket 1 hatten die Projektpartner*innen entschieden, die Reduktion der Flächeninanspruchnahme und damit vor allem Wohnen und Mobilität, in den Mittelpunkt der Untersuchung zu stellen. Die für Fallbeschreibungen entsprechend der *thick comparison* notwendigen Recherchen, Interviews und Feldaufenthalte, die notwendig gewesen wären, um für alle Beispiele eine angemessene Ebene der Vergleichbarkeit in beiden Feldern herzustellen, hätten die zur Verfügung stehenden zeitlichen und materiellen Ressourcen im Projekt deutlich überstiegen.

Die *thick comparison* teilt zentrale Grundlagen der Grounded Theory Methodologie (GTM) nach Barney Glaser und Anselm Strauss (Glaser/Strauss 1967), nämlich das iterative Vorgehen, die sukzessive Fallauswahl, den kontinuierlichen Vergleich und die Reflektion der Vorannahmen. Die GTM zielt darüber hinaus darauf ab, aus dem erhobenen Material eine Theorie zu entwickeln. Aus diesen Gründen entschied die Forschungsgruppe in Arbeitspaket 2 mit der GTM zu arbeiten.

Glaser und Strauss haben in ihrem Buch *The Discovery of the Grounded Theory* aus dem Jahr 1967 die grundlegenden Prinzipien der GTM weniger als Methode, denn als Forschungsstil beschrieben. Seither wurde die GTM in verschiedene Richtungen weiterentwickelt. Allen Richtungen gemein ist ein Forschungsverständnis, das darauf basiert, Hypothesen nicht aus theoretischen Vorannahmen abzuleiten, sondern, die eigenen Vorannahmen reflektierend, sukzessive aus dem Material zu generieren und in mehreren Auswertungsschritten zu überprüfen, anzureichern und auszuarbeiten. Die lebensweltliche Praxis ist in diesem Verständnis nicht dazu da, die Theorie zu bestätigen oder zu falsifizieren. Vielmehr soll die aus dem Material entwickelte Theorie helfen, ebendiese Alltagswelt besser zu

analysieren und zu verstehen. Gegenstandsverankerte Theoriebildung – Grounded Theory – bedeutet nicht allgemeingültige Theorien zu entwickeln, sondern solche, die auf Probleme mit Alltagsbezug Antworten geben, entsprechend des spezifischen Untersuchungsgegenstands und der gestellten Forschungsfrage. Die Theorie soll empirisch gesättigt sein und praktische Relevanz für das Verstehen des Gegenstands, in unserem Fall der suffizienzorientierten Stadtentwicklung, haben.

Zu den grundlegenden Prinzipien der Grounded Theory gehört der permanente Vergleich (Strübing 2014: 463, Krotz 2018: 63). Die Grounded Theory legt besonderen Wert darauf, das interessierende Phänomen in verschiedenen Kontexten zu untersuchen, damit sich möglichst viele Vergleichsmomente ergeben. Für das vorliegende Projekt war dies insofern relevant, als Suffizienzpolitik ohnehin in verschiedenen Feldern in den Blick genommen werden sollte. Interessant war weniger, was Suffizienz speziell in der Mobilität oder im Wohnen charakterisierte, sondern vielmehr, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede sich im suffizienzpolitischen Handeln feldübergreifend herauskristallisieren würden.

Vergleichen im Sinne der GTM bedeutet, sowohl verwandte als auch unterschiedliche Fälle miteinander in Beziehung zu setzen. Ähnliche Fälle dienen dazu, Parallelen und Übereinstimmungen herauszuarbeiten, wohingegen sich das Hinzuziehen von kontrastierenden Fällen beim Identifizieren von variierenden Kontexten und Phänomenmerkmalen als äußerst hilfreich erweist. Durch die große Bandbreite der untersuchten Fälle soll eine differenzierte und empirisch gesättigte, gegenstandsverankerte Theorie entstehen.

Um den für die GTM konstitutiven kontinuierlichen Vergleich ähnlicher und kontrastierender Fälle überhaupt zu ermöglichen ist ein weiteres Prinzip der GTM, das so genannte Theoretical Sampling, also die gezielte Fallauswahl, unabdingbar. Gemeint ist damit, dass das Sample nicht schon zu Beginn der Untersuchung feststeht, sondern in deren Verlauf auf der Basis des erworbenen Wissens und vor dem Hintergrund theoretischer Überlegungen sukzessive zusammengestellt wird. Konkret bedeutet das, Erhebung, Interpretation und Hypothesenbildung laufen nicht linear, sondern eher spiralförmig ab. Auswertung und fortschreitender Erkenntnisgewinn strukturieren die weitere Datenerhebung. Deren Auswertung wiederum trägt zur weiteren Ausarbeitung und Differenzierung der Theorie bei (Przyborski und Wohlrab-Sahr 2014: 181, Strübing 2014: 464).

Felderschließung und Theoretical Sampling

Um einen Überblick über mögliche Städte zu bekommen, deren Projekte für eine genauere Untersuchung in Betracht kämen, wurde zur Fallauswahl zunächst eine Liste von insgesamt 66 kommunalen Suffizienzprojekten in Deutschland sowie neun Projekten aus dem angrenzenden Ausland erstellt. Da der Begriff der Suffizienz für die Bezeichnung kommunaler Nachhaltigkeitsprojekte bislang nur sehr selten genutzt wird, wurde an dieser Stelle nach konkreten Beispielmaßnahmen gesucht, die eine Suffizienzorientierung erkennen ließen, auch wenn der Begriff Suffizienz dafür nicht verwendet wurde. Gesucht wurde gezielt nach Projekten, mit denen die Flächeninanspruchnahme reduziert werden sollte. In die Liste aufgenommen wurden so zum Beispiel Stadtentwicklungsprojekte, die Verkehrsberuhigungen, eine Reduktion von Parkplätzen oder individueller Wohnfläche zum Ziel hatten. Auf diese Weise konnten diverse Projekte identifiziert werden, die darauf abzielen, Menschen durch Infrastrukturveränderungen und Veränderungen im kommunalen Handeln zu ermöglichen, ihr alltägliches Leben ressourcenschonender zu gestalten als bisher. Die Felderschließung umfasste Internetrecherchen, die Sichtung einschlägiger Publikationen sowie Abfragen in Netzwerken.

Auch die Stadtgröße, das Bundesland, der Sektor der Maßnahmen, der Umsetzungsstatus, die Träger*innen und Initiator*innen, die Wirkungsweise sowie der Startzeitpunkt wurden erfasst. Die Wirkungsweise beschreibt dabei eine erste Abschätzung, ob die Maßnahme in erster Linie additiv, substitutiv oder reduktiv angelegt ist. So wäre ein kostenloser Lastenradverleih ein zusätzliches, der Tausch des Führerscheins gegen ein Jahresticket des ÖPNV für Senior*innen wäre ein substitutives und die Reduktion von Parkplätzen oder ein Tempolimit eine reduktive Maßnahme. Diese Trennung ist in den meisten Fällen nicht eindeutig. Dennoch diene eine solche tentative Kategorisierung der Vermeidung einer Auswahl von in ihrer Wirkungsweise sehr ähnlichen Projekten. Denn auf Basis der Ergebnisse von AP1 konnte davon ausgegangen werden, dass Maßnahmen mit unterschiedlicher Wirkungsweise auf unterschiedliche Barrieren stoßen und andere Strategien für die Umsetzung erfordern.

Auf der Grundlage der sieben Kategorien wurde die erste Auswahl des Samples getroffen. Bei der Stadtgröße lag entsprechend der Ausrichtung des Gesamtprojekts der Fokus auf Mittelstädten und kleinen Großstädten, wobei um der maximalen Kontrastierung Willen, vereinzelt auch Klein- und große Großstädte aufgenommen wurden. Sektorale wurden vorwiegend Beispiele aus dem Wohn- und Mobilitätsbereich ausgewählt, da die Untersuchungen aus AP1 in diesen Sektoren einerseits die größten Flächeninanspruchnahmen verorteten sowie die größten kommunalen Handlungsspielräume vermuten ließen. Entsprechend des Ziels der Untersuchung wurden ausschließlich Projekte ausgewählt, die bereits länger in der Umsetzung sind und in denen die Stadtverwaltung eine zentrale Rolle spielt. Hinsichtlich der Wirkungsweise lag der Fokus bei der Auswahl auf substitutiven und reduktiven Maßnahmen, da davon ausgegangen werden konnte, dass diese in besonderem Maße mit Widerständen zu rechnen hätten.

Im Sinne des Theoretical Sampling wurde die Fallauswahl iterativ erstellt. Erhebungs- und Auswertungsphasen verliefen im Wechsel. Grob lassen sich drei Erhebungsphasen unterscheiden. Nach einer ersten Erhebung von fünf Interviews mit Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung in vier Städten wurde das Material gesichtet, interpretiert und das weitere Sample einerseits in Bezug auf die inhaltliche Ausrichtung nachgeschärft und zum anderen durch Interviews mit am Prozess beteiligten Akteuren außerhalb der Stadtverwaltung ergänzt. In der zweiten Erhebungsphase wurden 12 weitere Interviews in sieben Städten geführt. Aufgrund aktueller politischer Entwicklungen – der Implementierung von Pop-Up-Bike-Lanes in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg als Reaktion auf die Pandemie sowie die Entwicklung eines suffizienzorientierten Quartiers in Flensburg – wurden zwei weitere Interviews in einer dritten Phase erhoben. Sie erhöhten die Varianz des Samples und trugen zur erwünschten theoretischen Sättigung der Erhebung bei.

Erhebung und Auswertung

Die insgesamt 19 Interviews wurden als leitfadengestützte Expert*inneninterviews erhoben und hatten einen Umfang von anderthalb bis drei Stunden. Interviewt wurden vornehmlich Mitarbeiter*innen kommunaler Verwaltungen, die an der Realisierung suffizienzorientierter Projekte beteiligt waren. Mit der Erhebung wurden Begehungen vor Ort verbunden. Alle untersuchten Städte sind in Abbildung III dargestellt und werden zum größten Teil in Böcker et al. (2021) ausführlich diskutiert. Auf den ersten Blick handelt es sich bei allen Städten um erfolgreiche Beispiele kommunaler Suffizienzpolitik. Dennoch zeigen sich bei genauerem Hinsehen vielfach Momente des Scheiterns. So ist in Tempin der entgeltfreie ÖPNV an einer explosionsartigen Entwicklung der Fahrgastzahlen zunächst gescheitert, noch dazu sind vorwiegend Fußgänger*innen und Fahrradfahrende umgestiegen, weshalb

ökologische Ziele gar nicht oder nur in begrenztem Maße erreicht wurden. Als Reaktion führte die Stadt ein kostengünstiges Jahresticket ein, welches heute 44 Euro kostet. Dadurch konnten die Fahrgastzahlen etwas abgesenkt werden, wobei sie im Vergleich zum vorherigen Niveau immer noch zirka sieben Mal höher liegen. Der große Erfolg des Projekts, der sich auch in einer breiten politischen Unterstützung vor Ort zeigt, liegt dabei weniger in den ökologischen, als in den sozialen Erfolgen. Der kostengünstige ÖPNV steigerte die Mobilität vor allem von älteren Menschen und erhöhte damit die Teilhabe von Menschen, die zuvor vom gesellschaftlichen Leben stärker ausgeschlossen waren. Dieses Beispiel zeigt, dass die untersuchten Städte sich nicht eindeutig als erfolgreiche oder gescheiterte Projekte beschreiben lassen, sondern vielmehr das Resultat von ineinander verwobenen Erfolgen und Misserfolgen sind.

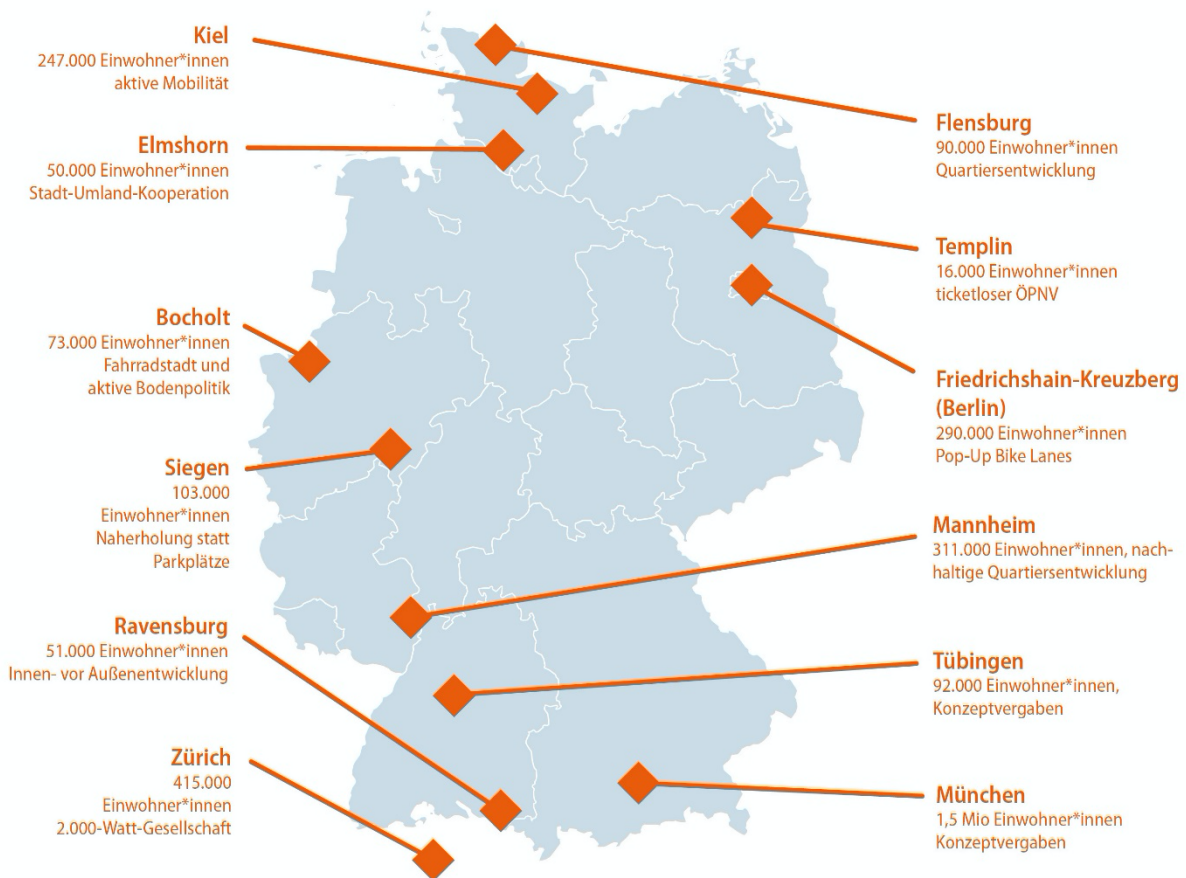


Abbildung III: In zwölf Städten wurden insgesamt 19 leitfadengestützte Interviews geführt, vorwiegend mit Entscheidungsträger*innen der kommunalen Verwaltungen (Böcker et al. 2021). Grafik: Sarah Heuzeroth.

Die Auswertung des gesamten Interviewmaterials erfolgte unter Zuhilfenahme des Textanalyse-systems MAXQDA. Angewandt wurde das für die Grounded Theorie charakteristische Kodierverfahren mit seinem dreistufigen Kodierprozess (offenes Kodieren, axiales Kodieren, selektives Kodieren). Dieser führte innerhalb des Interpretationsvorgangs vom „Aufbrechen der Daten“ durch line-by-line-Kodierungen, über die Bildung von Konzepten und Kategorien bis zur Herausbildung der für das Material relevanten Schlüsselkategorien. Die Forschungsgruppe des NEC entwickelte ein Kodierparadigma, in dessen Zentrum das Phänomen Suffizienzpolitiken steht. In der weiteren Auswertung wurden zwei Schwerpunkte fokussiert, die sich als zentral für das Material herausstellten. Die Forschungsgruppe

rekonstruierte die Vorgehensweisen der kommunalen Verwaltungen, die dazu beitrugen, die jeweiligen Projekte zu realisieren einerseits und eine eingehende Analyse der vielfältigen Konfliktdimensionen, die mit Suffizienzpolitik verbunden sind, andererseits. Der gesamte Analyseprozess war zirkulär angelegt, d.h. Datenerhebung, Datenanalyse und Theoriebildung waren stets miteinander verstrickt und vom Schreiben theoretischer Memos begleitet.

Die Arbeit im Team brachte dabei mehrere Vorteile mit sich: Die Forschungsgruppe kodierte gemeinsam und konnte daher beständig Zwischenergebnisse in der Gruppe diskutieren und überarbeiten, die Analyse und Theoriebildung intersubjektiv vorantreiben. Die Analyse empirischer Daten mittels der Grounded Theorie eignete sich für die vorliegende Studie in besonderem Maße, da die Methodologie einerseits die nötige Offenheit mitbringt, die es zur Untersuchung bislang relativ wenig beforschter Fragestellungen wie der Vorliegenden braucht, und andererseits methodisch und theoretisch elaboriert genug ist, um eine in den Daten verankerte Theoretisierung zu generieren.

Ergebnisse

Die Frage, wie die Flächeninanspruchnahme durch Suffizienz reduziert werden könnte, brachte mit sich, dass die konkreten suffizienzpolitischen Maßnahmen, die Gegenstand der qualitativen Untersuchung waren, sehr verschieden waren. Analysiert wurden etwa der ticketlose ÖPNV in Templin, Konzeptvergabeverfahren in München und Tübingen, die Förderung der Nahmobilität in Kiel oder Stadt-Umland-Kooperationen in Elmshorn. Die Beispiele kamen sowohl aus dem Bereich des Wohnens als auch der Mobilität. Ebenfalls heterogen waren die Städte im Sample. Sie unterschieden sich zum Teil erheblich hinsichtlich der Größe, der Dichte, des Wohlstandsniveaus, der Einwohner*innenzahl, dem Bundesland, der Bevölkerungsstruktur und anderen Punkten mehr. Die Projekte zielen nicht einmal alle darauf ab, die Flächeninanspruchnahme zu reduzieren, bei manchen war dies nur ein nicht-intendierter Nebeneffekt. Bei anderen deutet sich an, dass für eine effektive Einsparung von Flächen noch weitere Anstrengungen nötig sein werden. Die große Heterogenität des Samples war beabsichtigt, um zu vermeiden, dass die Ergebnisse der Untersuchung nur für einen kleinen Teil der Kommunen relevant sein würden.

Wenn in Kommunen suffizienzpolitische Maßnahmen vorangetrieben werden, so geschieht dies in einem Spannungsfeld aus Deprivilegierung einerseits und Umverteilung andererseits. Deprivilegierung bedeutet, ressourcenintensive Verhaltensweisen und Konsummuster einzuschränken und zu erschweren. Umverteilung wiederum heißt, den Zugang zu städtischen Räumen auch denjenigen zu ermöglichen, die bislang weniger teilhaben konnten. Weil es vielfach für die systematische Einsparung von Ressourcen durch die Veränderung von Verhalten oder durch Nutzungsinnovationen oftmals keine Blaupausen, das heißt, keine bereits lang erprobten und eingeübten Verfahrens- und Vorgehensweisen gibt, stellen die Projekte kommunale Politik und Verwaltungen vor vielfältige Herausforderungen. Neuland muss betreten werden. Neue Regeln, Verwaltungsabläufe und Ordnungen müssen geschaffen, vermittelt und umgesetzt werden. Die geht häufig mit Konflikten einher.

Bei der Auswertung kristallisierten sich spezifische Konflikte sowie Strategien zur Umsetzung von kommunaler Suffizienzpolitik heraus (Böcker/Lage/Christ 2021). In besonderem Maße konflikthaft sind Suffizienzstrategien, weil sie das Wachstumsparadigma unserer Gesellschaft und bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse in Frage stellen. Da weiteres Wachstum als bewährte Konfliktlösungsstrategie durch eine Suffizienzorientierung wegfällt, werden neue Antworten auf Verteilungsfragen erforderlich, um die auch auf kommunaler Ebene gerungen wird. So mag der erste Eindruck

von etablierten Suffizienzmaßnahmen bisweilen verwundern: Denn einmal umgesetzt, gelten sie vielerorts als attraktiv und von breiten Mehrheiten getragen. Auf den ersten Blick scheint ihre Implementierung konfliktfrei, also ohne große Widerstände verlaufen zu sein. Bei genauerem Hinsehen wird deutlich: das Gegenteil ist der Fall. Der Prozess der Umsetzung der jeweiligen Suffizienzmaßnahme gestaltete sich in *allen* Fällen konfliktreich. Und mehr noch – es lassen sich bei divergierenden Hintergrundbedingungen in den verschiedenen Städten ganz ähnliche Konfliktlinien erkennen.

Da Suffizienzpolitik Verteilungsfragen nicht mit weiterem Wachstum beantwortet, nehmen Konflikte um (De-)Privilegierung einen zentralen Stellenwert in der zugrundeliegenden Untersuchung ein. Darüber hinaus lassen sich Konflikte rund um Gewohnheiten, Routinen und kulturelle Leitbilder sowie Ressourcenkonflikte bezüglich des Personals, Fläche und Finanzmittel analysieren. Außerdem zeigen sich politische Konflikte. Neben diesen Konflikten in der Umsetzungsphase, führt auch die hohe Attraktivität der Suffizienzmaßnahmen selbst zu weiteren Konflikten. Zusätzlich lassen sich Phänomene wie *green gentrification*, also Verdrängungsprozesse in Folge der ökologischen Aufwertung von Quartieren oder auch Konflikte als Resultat von steigender Nachfrage beobachten (Lage/Böcker/Christ 2021, Christ/Lage 2020).

Verwaltungen, das zeigt die Untersuchung deutlich, können eine zentrale Rolle in diesen Konflikten einnehmen. Wenn Sie als Mediatorinnen auftreten und zwischen den unterschiedlichen Positionen vermitteln, können sie zu Akteurinnen werden, die den Wandel aktiv mitgestalten. Zentral für die Transformation städtischer Infrastruktur hin zu Rahmenbedingungen, welche ein ressourcenleichtes Leben in der Stadt einfacher macht, sind eine konkrete Vision einer "anderen" Stadt einerseits und der Wille, die dafür notwendigen Änderungen im städtischen Raum aktiv zu gestalten andererseits. Was banal klingt, ist keineswegs selbstverständlich, denn beides bedeutet, eingeübte Denkweisen und Verfahrenswege zu verlassen, sich mithin auf unsicheres Terrain zu begeben - in rechtlicher, normativer und sozialer Hinsicht. Die konkreten Ausprägungen der Vision und des Gestaltungswillens zeigen sich in verwaltungsinternen Arbeitsabläufen, dem Verhältnis der Verwaltung zu anderen Akteur*innen der Stadtentwicklung und dem Umgang mit kommunalen Ressourcen. Eine ausführliche Darstellung der Strategien von kommunalen Verwaltungen für die Umsetzung von Suffizienzmaßnahmen, findet sich in (Lage/Böcker/Christ 2021) sowie, aufgearbeitet für Praktiker*innen kommunaler Suffizienzpolitik, in (Böcker et al.2021).

Neben diesen wissenschaftlichen Ergebnissen, konnten die Erkenntnisse auch direkt in politische Prozesse eingespeist werden. Unter anderem wurden Vertreter*innen der kommunalen Fallbeispiele zu einem Workshop mit Akteur*innen aus der Flensburger Verwaltung, Politik und interessierten Öffentlichkeit eingeladen. Dort konnten die praktischen Erfahrungen direkt und auf Augenhöhe mit Kolleg*innen aus anderen Städten diskutiert werden. Zum Beispiel wurde über kommunales Liegenschaftsmanagement und die mögliche Vergabe von Grundstücken anhand des besten Konzepts, anstelle des höchsten Preises diskutiert. Die hohe Anschlussfähigkeit an gegenwärtige Problemlagen in Flensburg zeigte sich in einem politischen Beschluss, Konzeptvergaben für die Entwicklung des rund 50 Hektar großen Konversionsgebietes Hafen-Ost als wesentlichen Vergabemechanismus für städtische Flächen zu verwenden. Der Hafen-Ost ist auch Gegenstand des Reallabors (AP3) in diesem Projekt gewesen. Durchgängig wurden die Fortschritte der Untersuchung und die Ergebnisse auch in die Projektgruppe zur Entwicklung des Hafen-Ost eingespeist.

Arbeitspaket 3: Das EHSS-Reallabor „Suffizienz-orientierte Entwicklung Hafen-Ost“

Hintergrund, Konzeption und Ergebnisse des Reallabors

Das Reallabor beschreibt einen transdisziplinären Forschungsmodus, der insbesondere in der sozialwissenschaftlichen Nachhaltigkeitsforschung zur Anwendung kommt (Schneidewind 2014). Reallabore greifen mit dem Ziel in gesellschaftliche Prozesse ein, anerkanntes Problemwissen für die Gestaltung sozial-ökologischer Transformationen zu nutzen (Jahn/Keil 2016: 248). Ziel eines Reallabors ist es, Transformationsprozesse unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit anzustoßen und ein tieferes Verständnis über soziale Transformationsdynamiken zu erlangen, die im Rahmen von Realexperimenten erforscht werden. Wissenschaftliche und außerwissenschaftliche Akteur*innen arbeiten gemeinsam auf der Grundlage ihrer unterschiedlichen Wissensbestände an einem überschaubaren konkreten Projekt. Die im Reallabor durchgeführten ‚Experimente‘ basieren auf der engen Kooperation zwischen Praxisakteuren und Wissenschaftler*innen, wodurch Transformationswissen nicht nur generiert wird, sondern auch in konkretes Handeln umgesetzt werden kann. Durch den institutionalisierten Kontext eines Reallabors soll die Verknüpfung zwischen Theorie und Praxis ermöglicht werden und je nach gesellschaftlichem Kontext die erforschten Transformationsansätze in die Gesellschaft getragen und wirksam werden (Wagner/Grunwald 2015). Kennzeichnend für Reallabore ist, dass ihr gesamter Prozess (Design, Produktion und Evaluation) gemeinsam von Wissenschaftler*innen und Partner*innen aus der Praxis durchgeführt und reflektiert werden (Wanner et al. 2018). Abhängig von den Ergebnissen eines solchen Realexperiments, sollen die erprobten Maßnahmen nach Ende des Reallabors modifiziert, verworfen, verstetigt oder hochskaliert werden.

Das transdisziplinäre Team von EHSS hat sich nach einer Sondierungsphase entschieden, das in Arbeitspaket 3 vorgesehene Reallabor im Rahmen der Sanierung und Entwicklung des Flensburger „Hafen-Ost“ stattfinden zu lassen. Beim „Hafen-Ost“ handelt es sich um ein etwa 50 ha großes innerstädtisches Areal, das momentan durch eine nur noch rudimentär hafenwirtschaftliche Nutzung, im Übrigen durch Brachflächen geprägt ist, und das in den nächsten Jahren zu einem nachhaltigen, gemischten, urbanen Quartier entwickelt werden soll. Unmittelbare Zielsetzung des EHSS-Reallabors war die transdisziplinäre Erarbeitung suffizienzorientierter Leitlinien, die als Grundlage für alle weiteren Planungs- und Umsetzungsschritte in dem Quartier dienen sollen, wie der Entwicklung eines Rahmenplans, der Aufstellung von Bebauungsplänen, der Vergabe der Grundstücke und dem Abschluss von Erbbaurechtsverträgen oder städtebaulichen Verträgen. Zu diesem Zweck ist bereits Mitte 2019 im zuständigen Fachbereich „Stadtentwicklung und Klimaschutz“ (SuK) der Stadt eine eigene Projektgruppe installiert worden, die in einem Abstand von zwei Wochen tagte und an der Mitarbeiter*innen aus dem Fachbereich SuK, aus dem Regiebetrieb Kommunale Immobilien (KI) der Stadt Flensburg, Mitarbeiter*innen des beauftragten Sanierungsträgers (Flensburger Gesellschaft für Stadterneuerung mbH - FGS) sowie Vertreter*innen des EHSS-Teams (stadt- und uniseitig) als ständige Mitglieder teilnahmen. Abhängig von den Themen der Projektrunde wurden weitere Mitglieder aus Verwaltung, Politik oder externen Beratungsunternehmen – etwa für die Organisation der Beteiligungsverfahren – hinzugezogen.

Die Leitlinien sollten durch einen Beschluss des Stadtentwicklungs-, Umwelt- und Planungsausschusses (SUPA) sowie der Ratsversammlung (RV) verabschiedet werden (*Output*). Mittel- und langfristig soll damit eine ressourcenschonende Nutzung im Hafen-Ost ermöglicht werden und – so sich die Erprobung der Kriterien als tragfähig erweist – ein Einstieg in eine suffizienzorientierte Praxis bei der Entwicklung innerstädtischer Quartiere in Flensburg erfolgen (*Outcome*). Die tatsächliche

Entwicklung des Quartiers sowie die Vergabe von Grundstücken an Investor*innen erfolgt erst nach der Projektlaufzeit von EHSS.

Die Stadtentwicklung auf dem Projektgebiet Hafen-Ost zum Gegenstand eines Reallabors in einem Forschungsprojekt zur Suffizienz zu machen, hat in der wissenschaftlichen und an Nachhaltigkeit interessierten Öffentlichkeit eine wichtige Frage aufgeworfen: Im Mittelpunkt des Forschungsprojekts EHSS standen *weniger* Ressourcenverbrauch und Flächeninanspruchnahme in Kommunen. Auf dem Projektgebiet Hafen-Ost aber sollen zum Teil neue und damit auch *mehr* Flächen zu einem neuen Stadtquartier entwickelt werden. Wie passt das zusammen? Die Entscheidung, das Gebiet Hafen-Ost zu entwickeln, war unabhängig von und lange bevor die Idee zu einem gemeinsamen Forschungsprojekt von der Stadt Flensburg und dem Nobert Elias Center entstanden ist, getroffen worden. Vorausgegangen waren vorbereitende Untersuchung für die Festsetzung als Sanierungsgebiet durch den Sanierungsträger der Stadt Flensburg sowie kontroverse Debatten in der Stadtöffentlichkeit und Kommunalpolitik bezüglich der Verlagerung, der auf dem Gelände noch vorhandenen hafenwirtschaftlichen Nutzungen auf die gegenüberliegende Hafenseite (freiwerdende Flächen des Stadtwerkekais), die u.a. aus Gründen des Immissionsschutzes notwendig ist.

Das EHSS-Reallabor „Hafen-Ost“ schrieb sich in einen Stadtentwicklungsprozess ein, der bereits eine mehrjährige Geschichte aufwies und der mit dem Ende des Forschungsprojekts noch lange nicht beendet sein wird. Darüber hinaus wird das neu entstehende Stadtquartier Flensburg aufgrund seiner Größe langfristig prägen. Die langen Zeiträume, sowohl hinsichtlich der Planung des Gebiets als auch in Bezug auf die Bestandsdauer, waren für das EHSS-Reallabor prägend. Zum einen, weil es sich um ein Gebiet mit Geschichte handelt, die im Forschungsprozess berücksichtigt werden wollte und zum anderen, weil hier buchstäblich eine Stadt für die Zukunft geplant und entworfen werden soll. Für das Forschungsvorhaben zur suffizienzorientierten Stadtentwicklung bot das Gebiet Hafen-Ost damit die Chance, einen Stadtentwicklungsprozess der ohnehin geplant war, als transdisziplinäre Forschungsgruppe zu begleiten und die Nachhaltigkeitsstrategie der Suffizienz in diesen Prozess zukunftsweisender Stadtgestaltung hineinzugeben. Damit entstand weiterhin die Gelegenheit, in den verschiedenen Stadien des Planungsprozesses auf diverse Möglichkeiten der Gestaltung hin zu Infrastrukturen hinzuweisen und diese in die Diskussion zu bringen, die den künftigen Bewohnerinnen und Bewohnern ein ressourcenleichtes Leben alltäglich machen.

Partizipation und Leitlinien für Suffizienz

Kein größeres Projekt der Stadtentwicklung kommt heute ohne eine angemessene Beteiligung der Einwohner*innen aus. Dies gilt im besonderen Maße für Infrastrukturmaßnahmen, die der Suffizienzstrategie folgen, da hier Verhaltensweisen von Menschen und Fragen der (Neu-) Verteilung des öffentlichen Raums im Mittelpunkt stehen (siehe auch Ergebnisse aus AP 1). Daher ist bereits bei der Antragsstellung von EHSS für das geplante Reallabor ein Beteiligungsverfahren mit eingeplant worden. Anfang des Jahres 2020 fand gemeinsam mit dem Fachbereich SuK unter dem Titel Dialog „Zukunft Hafen-Ost“ in Flensburg ein mehrstufiges Beteiligungsverfahren zu einer suffizienzorientierten Entwicklung des Quartiers Hafen-Ost statt. Dieses Beteiligungsverfahren wurde vom Büro *Urban Catalyst GmbH* gemeinsam mit der Projektgruppe geplant und von dieser Agentur vorbereitet, moderiert und in der Broschüre „Zukunft Hafen-Ost – Ergebnisse des Dialogprozesses“ dokumentiert (Stadt Flensburg 2020a). Die Leistung war zuvor durch die Projektgruppe ausgeschrieben und *Urban Catalyst* unter drei Bewerber*innen ausgewählt worden. Als gemeinsames Verfahren des

Fachbereichs SuK der Stadt Flensburg und des EHSS-Projektes wurden die Kosten zum Teil durch das EHSS-Projekt (10.825,53 €), im Übrigen durch Städtebaufördermittel getragen.

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung des Dialogs „Zukunft Hafen-Ost“ am 16.01.2020 führte die Umwelt- und Nachhaltigkeitsexpertin Angelika Zahrnt thematisch in das Thema der Suffizienz(politik) ein. Anschließend gab es für die Teilnehmer*innen der Veranstaltung bereits eine erste Möglichkeit, sich mit Fachexpert*innen zu Themen wie „Wohnen“, „Mobilität“ oder „Freiräume“ auszutauschen und über Bepunktungssysteme an Stellwänden ihre diesbezüglichen Präferenzen zum Ausdruck zu bringen. Am Folgetag (17.01.2020) fand ein Fachdialog zwischen städtischen Mitarbeiter*innen, externen Expert*innen und weiteren lokalen Fachakteur*innen zu verschiedenen Aspekten der Entwicklung des Areals statt. Wiederum einen Tag später (18.01.2020) bestand die Möglichkeit zur Teilnahme an einer sogenannten Safari durch den Hafen-Ost (ein öffentlicher Spaziergang durch das Areal mit inhaltlichen Inputs). Schließlich wurde für den Nachmittag desselben Tages noch eine „Beteiligungswerkstatt“ in der Bürgerhalle des Rathauses organisiert, in der Einwohner*innen an einem dreidimensionalen Modell sowie weiteren vielfältigen Formaten, Ideen zur suffizienzorientierten Entwicklung des Hafen-Ost generieren konnten.



Abbildung IV: Im Rahmen des Reallabors zum Gebiet Hafen-Ost fand eine Beteiligungswerkstatt in der Bürgerhalle des Flensburger Rathauses statt. Bürger*innen konnten unter anderem in einem Modell ihre Vorstellungen des künftigen Quartiers bauen. (Bild: Stadt Flensburg)

Die eigens im zuständigen Fachbereich der Stadtverwaltung hierfür installierte Projektgruppe (s.o.) synthetisierte in Zusammenarbeit mit *Urban Catalyst* die so generierten Inputs der externen Expert*innen und Einwohner*innen. Die auf Basis dieses Verfahrens erarbeiteten Leitlinien sind im

März 2020 in einer öffentlichen Veranstaltung noch einmal zur Diskussion gestellt worden. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens brachten insgesamt etwa 550 Menschen ihre Ideen für die Entwicklung des Quartiers ein. Neben der Erarbeitung der Leitlinien beschäftigte sich die Projektgruppe mit möglichen Verfahren für die Entwicklung des Rahmenplans für das Quartier. Dabei kristallisierte sich eine Präferenz für ein zweistufiges kooperatives Verfahren, statt des ursprünglich angedachten städtebaulichen Wettbewerbs, heraus. In diesem Verfahren soll eine Bürogemeinschaft aus Stadtplaner*innen, Freiraumplaner*innen und Verkehrsplaner*innen die planerischen Grundlagen im Dialog mit den Eigentümer*innen und Gewerbetreibenden vor Ort, mit potentiellen Investor*innen, mit der Wohnungswirtschaft und weiteren lokalen Akteur*innen, mit der Politik und der Öffentlichkeit und in enger Abstimmung mit der Verwaltung und dem Sanierungsträger erarbeiten. Die acht Leitlinien und das kooperative Verfahren zur Entwicklung des Rahmenplans wurden im Juni der Politik zur Entscheidung vorgelegt. Nach einer Befassung mit den Leitlinien im Flensburger Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss (SUPA) sind sie im Juni 2020 – in leicht geänderter Form – durch die Ratsversammlung der Stadt Flensburg beschlossen worden (Stadt Flensburg 2020b). Die Verwaltung wurde zudem verpflichtet, bereits bei der Entwicklung des Rahmenplans potentielle Investor*innen für das Gebiet einzubeziehen und zu diesem Zweck ein Interessebekundungsverfahren durchzuführen. Abbildung V visualisiert den Prozessverlauf.

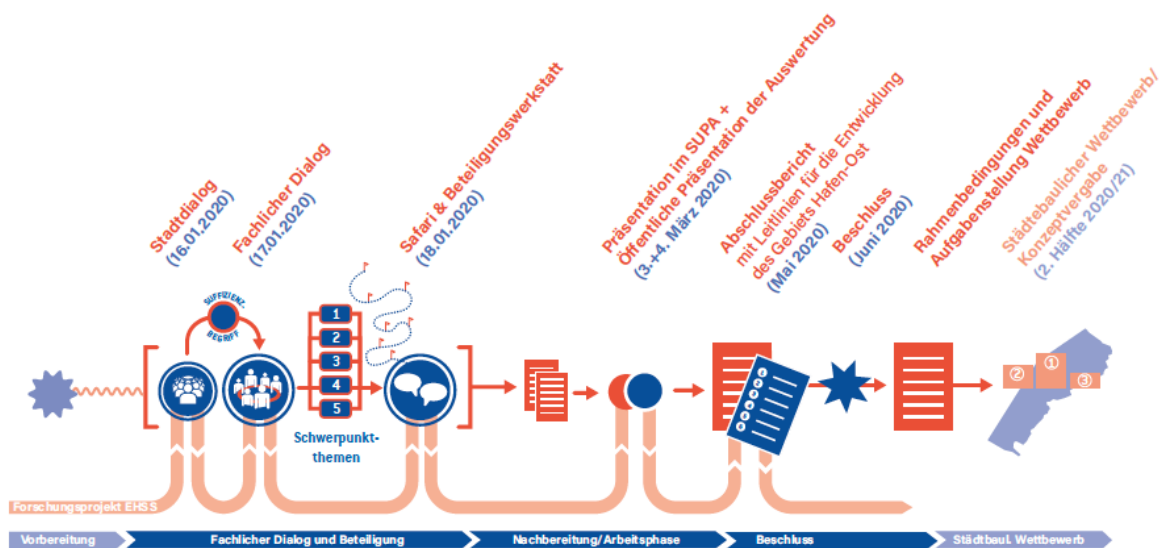


Abbildung V: Der Prozessablauf des mehrstufigen Beteiligungsverfahrens „Zukunft Hafen-Ost“. Das Partizipationsverfahren war das Herzstück des EHSS-Reallabors und führte zur Entwicklung der Suffizienzleitlinien. Grafik: Urban Catalyst.

Die Box dokumentiert eine Zusammenfassung der durch die Ratsversammlung der Stadt Flensburg verabschiedeten Leitlinien für die Entwicklung des Gebietes Hafen-Ost (Stadt Flensburg 2020b).

Leitlinien für die Entwicklung des Gebiets Hafen-Ost

1. DER HAFEN-OST HAT CHARAKTER.

Die Wasserlage und der Hafen prägen das Stadtbild seit langem und geben ihm einen eigenständigen Charakter. Zukünftig gilt es, dieses Alleinstellungsmerkmal behutsam weiterzuentwickeln.

2. IN ÖFFENTLICHER HAND MIT HERZ UND VERSTAND.

Durch den Verbleib der Flächen in öffentlicher Hand werden eine langfristige Verfügbarkeit und der Handlungsspielraum für eine gemeinwohlorientierte Entwicklung gesichert. Dies ist Voraussetzung für eine funktionale und soziale Mischung und die Bezahlbarkeit von Wohn- und Gewerberäumen sowie eine Nutzung der öffentlichen Freiräume durch alle.

3. KOOPERATIV ENTWICKELN.

Nur mit der Möglichkeit der Teilhabe wird das Gebiet Hafen-Ost zukünftig zu einem lebenswerten Quartier für alle. Gemeinschaft, Teilhabe, Selbstorganisation etc. spielen in der Entwicklung des Gebietes eine essentielle Rolle.

4. FRÜHZEITIGE EINBINDUNG ZUKÜNFTIGER INVESTOREN UND HEUTIGER EIGENTÜMER.

Die Umsetzung der Sanierungsziele ist nur möglich durch die Investitionen von privater Hand sowie durch die Einbindung von Grundstückseigentümern, die eine geänderte Nutzung auf ihren Grundstücken zulassen müssen.

5. WENIGER IST MEHR.

Im Quartier Hafen-Ost wird schonend mit dem Verbrauch von Flächen und anderen Ressourcen umgegangen.

6. GENIAL KLIMANEUTRAL.

Das neue Quartier ist dem Ziel der CO₂-Neutralität verpflichtet. Zusätzlich ist auch die Klimaanpassung wesentlicher Bestandteil der Entwicklung.

7. DIE MISCHUNG MACHT'S.

Das zukünftige Stadtquartier Hafen-Ost wird durch die kleinteilige soziale und funktionale Mischung mit vielfältigen Nutzungen und lebendigen Nachbarschaften zu einem lebenswerten Quartier. Die Mischung aus Arbeiten, Produktion, Dienstleistungen, einer Vielfalt von verschiedenen Wohnformen, Bildung und Soziales, Kultur und Freizeit am selben Standort stellt optimale Bedingungen für die „Stadt der kurzen Wege“ dar.

8. FREIRÄUME – MEHRFACH NUTZBAR UND GEMEINWOHLORIENTIERT.

Freiräume stehen im Quartier Hafen-Ost überwiegend allen zur gemeinschaftlichen Nutzung zur Verfügung. Sie werden von den Bewohner*innen mitgestaltet und multifunktional von unterschiedlichen Zielgruppen und zu unterschiedlichen Zwecken genutzt.

9. ALTERNATIV MOBIL.

Das neue Stadtquartier Hafen-Ost ist Vorreiter für nachhaltige Mobilität. Es wird ein autoarmes Quartier angestrebt, die Fortbewegung findet überwiegend zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichem Nahverkehr statt. Die tägliche Verkehrsmittelwahl der Nutzer*innen wird aktiv in Richtung des Umweltverbundes gelenkt.

Auf zwei in Hinblick auf das Thema der Suffizienz besonders relevante Punkte der Leitlinien soll hier näher eingegangen werden: Hinter Leitlinie 4, „Weniger ist mehr“, verbirgt sich in der ausführlichen Fassung der folgende Passus:

„Der Grad der Versiegelung in dem Gebiet ist deutlich zu reduzieren. Bei Wohnungen ist die Wohnfläche pro Person gegenüber der bestehenden durchschnittlichen Wohnfläche (ca. 46m²) deutlich abzusenken, dafür ist mehr Raum für vielfältige Gemeinschaftsnutzungen vorzuhalten.“ (Stadt Flensburg 2020b)

In der ursprünglichen Fassung, die seitens der Projektgruppe entwickelt worden ist, waren die Vorgaben in Bezug auf die Wohnfläche pro Kopf noch sehr viel konkreter, nämlich 30-35 qm. Diese Angabe speiste sich aus den Ergebnissen des Beteiligungsverfahrens, die eine entsprechende Präferenz erkennen ließen. Auch aus Sorge, dass eine solche Vorgabe die Attraktivität für Investor*innen – die zur Entwicklung des Areals notwendig sind – schmälern könnte, ist eine allgemeinere Formulierung gewählt worden, die diesbezüglich mehr Spielraum gibt. In der Vollfassung der Leitlinien ist unter Punkt 4 weiter zu lesen:

*„Grundrisse sind flexibel so zu gestalten, dass sie sich an die unterschiedlichen Lebensphasen der Bewohner*innen und geänderten Rahmenbedingungen für die Nutzungen anpassen und dadurch auch zukünftig vielfältig nutzbar bleiben.“ (Stadt Flensburg 2020b)*

Eine solche flexible Gestaltung von Grundrissen ermöglicht auch eine flexible Nutzung des Wohnraums und birgt damit ein Potenzial zur Vermeidung des Remanenzeffekts – gemeint ist das Phänomen, dass Menschen in einmal bezogenem Wohnraum bleiben, auch wenn sich der Flächenbedarf verringert zum Beispiel nach dem Auszug von Kindern, nach Trennung oder dem Tod von Lebenspartner*innen – und damit auch zur Verringerung des Flächenbedarfs. Insofern folgt die Leitlinie klar der Suffizienz-Idee, wonach Ressourcen durch soziale Innovationen eingespart werden sollen (während die Effizienz- und Konsistenz-Strategie vor allem technische Innovationen voraussetzen).

In Leitlinie 9 „Alternativ mobil“ geht es um die Mobilitätsanforderungen für das neue Quartier. Hierzu heißt es in der Langform der Leitlinien:

*„Das neue Stadtquartier Hafen-Ost ist Vorreiter für nachhaltige Mobilität. Es wird ein autoarmes Quartier angestrebt, die Fortbewegung findet überwiegend zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichem Nahverkehr statt. Die tägliche Verkehrsmittelwahl der Nutzer*innen wird aktiv in Richtung des Umweltverbundes gelenkt.“ (Stadt Flensburg 2020b)*

Auch hier gab es seitens der kommunalpolitischen Entscheidungsträger*innen eine tendenzielle Abschwächung gegenüber der Vorlage durch die Projektgruppe der Stadtverwaltung. Diese sah vor, dass die an das Quartier angrenzenden Straßen Kielseng und Ballastbrücke so rückzubauen seien, dass sie künftig für motorisierte Verkehre nur noch einspurig pro Richtung zur Verfügung stehen. Als Kompensat sollte auf der freiwerdenden Spur eine schnelle Verbindung für Busse und Fahrräder geschaffen werden. Im beschlossenen Entwurf ist hierzu eine vorausgehende vorbereitende Untersuchung, welche die Verkehrsströme an den beiden fraglichen Straßen misst, verankert worden. Damit der Rückbau der Spuren für den motorisierten Individualverkehr nicht mehr gesetzt, sondern abhängig von den Ergebnissen der vorbereitenden Untersuchung.

Ab dem Sommer 2020 bereitete die Projektgruppe das Interessebekundungsverfahren für potentielle Investor*innen und das Rahmenplanverfahren vor. Dies erfolgt auf der Grundlage der Suffizienz-Leitlinien, die von den jeweiligen Bewerber*innen/Bieter*innen berücksichtigt werden müssen. Die Interessensbekundung für potentielle Investor*innen wurde im Januar 2021 für zwei Teilflächen des Gebiets Hafen-Ost ausgeschrieben. Insgesamt neun Investor*innen haben sich für die beiden Teilflächen beworben. Die Entwicklung des Rahmenplans durch eine Bürogemeinschaft aus Stadtplaner*innen, Freiraumplaner*innen und Verkehrsplaner*innen und die Moderation des Verfahrens wurden im Februar 2021 europaweit ausgeschrieben. Als weitere Schritte sind die Entwicklung des Rahmenplans für das Gebiet, die Aufstellung von Bebauungsplänen, die Vergabe der Grundstücke im Rahmen von Konzeptverfahren, die Durchführung städtebaulicher und hochbaulicher Wettbewerbe und der Abschluss von Erbbaurechtsverträgen bzw. städtebaulichen Verträgen vorgesehen. Diese Entwicklungsschritte liegen jedoch jenseits der Laufzeit des EHSS-Projektes.

Evaluation des Reallabors

Luederitz et al. (2016) haben ein Schema vorgelegt, entlang dessen sich Realexperimente im Kontext der Nachhaltigkeit differenziert evaluieren lassen. Differenziert erfolgt eine Evaluation nach diesem Schema insofern, als die verschiedenen Dimensionen eines Reallabors, wie „Input“, „Prozess“, „Output“ und „Outcome“, separat nach eigenen Kriterien bewertet werden. Dabei erfolgt die Evaluation nicht entlang der chronologischen Reihenfolge, sondern startet mit der Bewertung des Outputs und Outcomes als zentrale Wirkungsebene eines Reallabors. Erst danach erfolgt die kriteriengestützte Bewertung des Prozesses und schließlich des Inputs, wobei versucht wird, ihre jeweiligen Wirkungen auf Output und Outcome zu rekonstruieren (ebd.). Graphisch ist das Evaluationsschema in Abbildung V dargestellt.

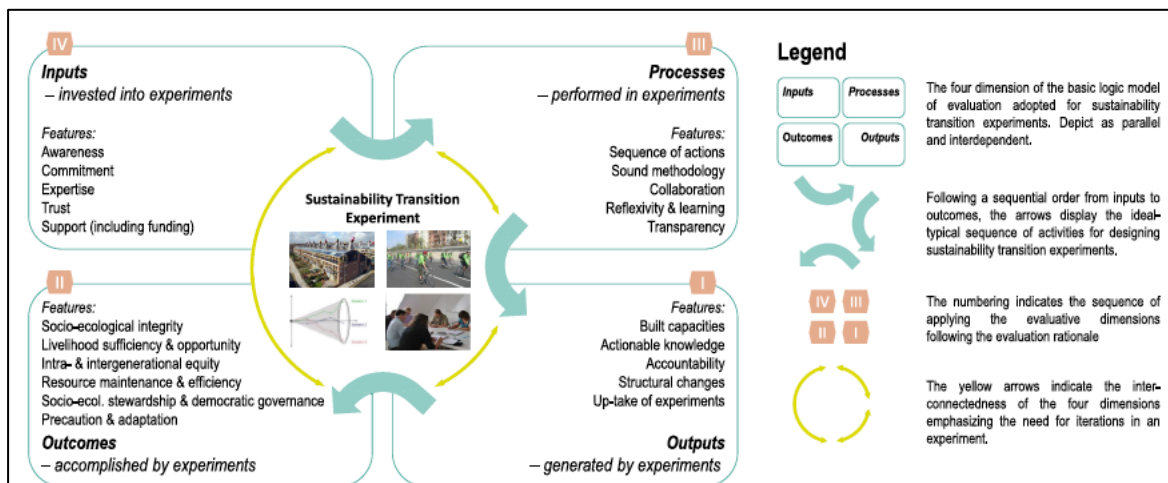


Abbildung VI: Dimensionen der Evaluation von Nachhaltigkeits-Transformations-Experimenten (Luederitz et al. 2016).

Für jede dieser Dimensionen benennen Luederitz et al. eine Vielzahl von Kriterien und Indikatoren, die aber auf den konkreten Fall angepasst oder entsprechend selektiert werden können. Für das EHSS-Reallabor „Suffizienz-orientierte Entwicklung Hafen-Ost“ werden, gegliedert nach den jeweiligen Dimensionen, die folgenden Kriterien diskutiert:

Output des EHSS-Reallabors

Die Output-Dimension erfasst die direkten Resultate, die ein Reallabor gezeitigt hat. Zwei der von Luederitz et al. diesbezüglichen Kriterien zielen auf das generierte Wissen der Intervention, wobei zwischen der Entwicklung von Fähigkeiten, „*Built capacities*“, und „Handlungswissen“ („*Actionable Knowledge*“) unterschieden wird (ebd.). In der Verwaltungs-internen Projektgruppe sowie in den Fachgesprächen, erfolgte eine intensive Auseinandersetzung mit der Nachhaltigkeitsstrategie der Suffizienz sowie dem Ansatz der Suffizienzpolitik – auch in Abgrenzung der alternativen Strategien der Effizienz und Konsistenz. Dadurch konnte insgesamt ein differenziertes Verständnis von verschiedenen Strategien zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen, das Zusammenspiel der jeweiligen Ansätze sowie der diesbezüglichen Potenziale verbreitet werden. Durch verschiedene Präsentationen des EHSS-Teams in Fachausschüssen sowie bei Fraktionen der politischen Parteien, sind diese auch in der Kommunalpolitik bekannt gemacht worden. Im begrenzteren Ausmaß gilt dies auch für die Stadtöffentlichkeit, die im Kontext der Dialogverfahrens „Zukunft Hafen-Ost“ mit dem Suffizienzansatz vertraut gemacht werden konnte. Immerhin konnten durch die verschiedenen Beteiligungsformate etwa 550 Personen erreicht werden, und es wurde in der lokalen Presse darüber berichtet. Die verabschiedeten Leitlinien als zentraler Output des Reallabors sind an verschiedenen Stellen durch Suffizienz-Ideen geprägt (s.o.). Die umfangreiche Publikation *Wie wird Weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung*, die gemeinsam von Vertreter*innen der Stadt und der Universität Flensburg geschrieben worden ist, richtet sich als Output direkt an kommunale Entscheidungsträger*innen aus Politik und Verwaltung und dokumentiert das aufgebaute Wissen im Bereich der kommunalen Suffizienzpolitik.¹ Sowohl diese Publikation als auch die Leitlinien lassen konkretes Handlungswissen erkennen, indem beispielsweise verschiedene Instrumente der Stadtentwicklung (wie die Konzeptvergabe) im Kontext von Suffizienzpolitik diskutiert werden.

Ein weiteres Kriterium zur Evaluation des Outputs von Nachhaltigkeitsexperimenten stellt nach Luederitz et al. (ebd.) ihre Verlässlichkeit („*Accountability*“) dar. Mit dem Beschluss der Leitlinien durch die Ratsversammlung im Juni 2020 konnte für die weitere Entwicklung des Areals „Hafen-Ost“ bis zu einem gewissen Grad eine formale Verpflichtung herbeigeführt werden. Der formale Beschluss der Leitlinien durch die Flensburger Ratsversammlung stellt auch eine Form des gesellschaftlichen Outputs dar (Kriterium „*Changes in societal realm*“), die im Evaluationsschema als Indikator für die Bewertung angeführt wird. Hingegen kann von physischen Veränderungen in der Infrastruktur (Kriterium „*Changes in the physical structure*“) nicht als Output berichtet werden. Diese waren aufgrund des Zeitpunkts des Reallabors im Planungs- und Entwicklungsprozess sowie der damit einhergehenden Zielsetzungen in Bezug auf die Formulierung suffizienzorientierter Kriterien/Leitlinien auch nicht vorgesehen. Zentrales Ziel von Reallaboren ist es, Nachhaltigkeitslösungen experimentell zu entwickeln und im Bewährungsfall zu verstetigen bzw. auszuweiten. Entsprechend sind „*Transferability*“ und „*Scalability*“ auch Kriterien im Evaluationsschema von Luederitz et al. zur Bewertung des Outputs. Die Leitlinien als Ergebnis des Reallabors sind sowohl transferier- als auch skalierbar. So ist es denkbar, dass analoge Leitlinien auch bei zukünftigen Entwicklungsprojekten der Stadt zur Anwendung kommen. Die „Skalierbarkeit“ ist zunächst vor allem theoretisch gegeben, da das Areal „Hafen-Ost“ flächenmäßig bereits relativ groß ist und nur ein weiteres Gebiet in einer ähnlichen Größenordnung (derzeitige Krankenhausstandorte nach Fertigstellung des neuen Krankenhauses) auf absehbare

¹ Die Publikation dokumentiert nicht nur die gewonnenen Erkenntnisse im Bereich der kommunalen Suffizienzpolitik im Kontext des Reallabors, sondern basiert auf allen Arbeitspaketen von EHSS. Das Reallabor ist dabei ein wichtiger und integraler Bestandteil.

Zeit in Flensburg entwickelt werden. Es ist aber auch vorstellbar, dass ähnliche Kriterien, wie sie in den Leitlinien zum Ausdruck kommen, zukünftig für Projekte in anderen Städten oder auf Landes- oder Bundesebene Anwendung fänden.

Outcome des EHSS-Reallabors

Die *Outcome*-Dimension der Evaluation nimmt in den Blick, inwiefern die konkreten Output-Resultate (s.o.) im Sinne der Nachhaltigkeit wirken, sprich, welche ökologischen und anderen Nachhaltigkeits-Effekte tatsächlich erzielt werden. Bemerkenswert bei den diesbezüglichen Kriterien ist, dass sie nicht alleine auf ökologische Effekte und die konkrete Umweltentlastungswirkung abzielen, sondern eine Reihe von sozialen und gesellschaftlichen Aspekten umfassen bzw. sozial-ökologische Dimensionen adressieren. Konkret umfasst das Evaluationsschema beim Outcome die Kriterien „Sozial-ökologische Integrität“ („*Socio-ecological integrity*“), „*Livelihood sufficiency and opportunity*“, „inter- und intragenerationelle Gerechtigkeit“, „Ressourcenschonung und Effizienz“ („*Resource maintenance and efficiency*“), „*Socio-ecological stewardship and democratic governance*“ sowie „Vorsorge und Anpassung“ („*Precaution and adaptation*“). Das Reallabor „Hafen-Ost“ zielte auf die Formulierung suffizienz-orientierter Leitlinien, die für die weitere Entwicklung des Quartiers von Relevanz sind. Aufgrund dieses Charakters können entsprechend Effekte zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu- meist noch nicht beobachtet oder gar gemessen werden. Dies gilt auch für die Berechnung von eingesparten Treibhausgasemissionen aufgrund der Intervention, die noch im Antrag beispielhaft als mögliches quantifizierbares Ergebnis eines Reallabors genannt worden ist. Auf den ersten Blick erscheint es plausibel, davon auszugehen, dass mit der Entwicklung des Quartiers in den kommenden Jahren entlang der verabschiedeten Suffizienz-Leitlinien erhebliche Effekte in Bezug auf die hier genannten Outcome-Kriterien zu beobachten sein werden. Letztendlich hängt dies aber von der konkreten Einheit ab, für die ökologische Effekte bzw. Umweltentlastungswirkungen erhoben werden. Denn für sich genommen führt die Entwicklung eines Quartiers mit den entsprechenden Bau-Aktivitäten sowie dem späteren Ressourcenverbrauch im Rahmen der Nutzung zu ökologischen Belastungen. Wird durch die Entwicklung einer bereits versiegelten, innerstädtischen Brache jedoch verhindert, dass weitere Neubaugebiete in den Außenbezirken ausgewiesen werden, kann sich dies wiederum positiv in Bezug auf die Reduzierung des Flächenverbrauchs auswirken. Nicht unerheblich für die Frage, wie dies zukünftig zu bewerten ist, ist nicht zuletzt die Entwicklung der Einwohner*innenzahlen in Flensburg, welche sich direkt auf den Bedarf an Wohnraum auswirkt.

In Bezug auf „*Socio-ecological stewardship and democratic governance*“ lassen sich bereits heute Wirkungen beschreiben. Dieses Outcome-Kriterium adressiert unter anderem, inwiefern Formate geschaffen wurden, welche die Zusammenarbeit verschiedener Akteur*innen ermöglichen. Im Rahmen des Reallabors resultierte unmittelbar aus der Arbeit der Projektgruppe (s.o.), dass statt des ursprünglich angedachten städtebaulichen Wettbewerbs für die weitere Entwicklung des Hafens-Ost, ein kooperatives Verfahren favorisiert wird.

Prozess des EHSS-Reallabors

Die Prozess-Dimension der Evaluation umfasst die Kriterien „Handlungsabfolge im Rahmen des Reallabors“ („*Sequence of Actions*“) sowie „Stimmigkeit beim Vorgehen“ („*Sound methodology*“), „Koordination und Partizipation“ („*Collaboration*“), „Reflexivität“ („*Reflexivity and learning*“) und „Transparenz“. Das EHSS-Reallabor „Hafen-Ost“ folgte, von der ersten Befassung in der Projektgruppe der Verwaltung bis zur Verabschiedung der Leitlinien durch die Flensburger Ratsversammlung, einem klaren Fahrplan: Die Projektgruppe erarbeitete zusammen mit dem EHSS-Team sowie der eigens dafür

engagierten Agentur ein mehrstufiges (Beteiligungs-)Verfahren (siehe Abbildung V), das in einem Zeitraum von etwa 12 Monaten umgesetzt worden ist. Die Verabschiedung der Suffizienz-Kriterien (Leitlinien) durch die politischen Entscheidungsträger*innen ist von Anfang an als Ziel bzw. Ende des Prozesses definiert worden (was ein Indikator zur Bewertung des Kriteriums „*Sound Methodology*“ ist). Das Kriterium „*Collaboration*“ umfasst die Etablierung von Formaten, die eine systematische Beteiligung relevanter Stakeholder*innen sowie partizipative Verfahren. Beides kann durch die Einrichtung der Projektgruppe, die neben Mitgliedern aus verschiedenen Abteilungen der Verwaltung auch Vertreter*innen der Uni und des Sanierungsträgers umfasste sowie die Durchführung des mehrstufigen Beteiligungsverfahrens als erfüllt betrachtet werden. Systematische Reflexions- und Lernschleifen lassen sich retrospektiv jedoch nur bedingt im Prozess identifizieren. Zwar sind in der Projektgruppe sowie im Austausch mit der Agentur *Urban Catalyst* immer wieder Anpassungen erfolgt, doch fand eine Reflexion von Macht-, Status- und Legitimitätsfragen hier nur im Ansatz statt. Das Kriterium der Transparenz bezieht sich darauf, inwiefern die Zielsetzungen der Intervention klar kommuniziert worden ist und der Prozess sowie die Ergebnisse dokumentiert worden sind. Obgleich die Beteiligten sich bemühten, die Zielsetzung des Prozesses (die Formulierung von Suffizienz-Kriterien für die Entwicklung des Quartiers „Hafen-Ost“) deutlich zu machen, ließen Wortmeldungen bei den öffentlichen Veranstaltungen vermuten, dass dies nicht immer gelungen ist. So brachten diese mitunter die Erwartung zum Ausdruck, Ziel des Verfahrens sei es, eine allgemeine Vision für die Entwicklung des Hafen-Ost zu formulieren, oder die bereits entschiedene Frage des Erhalts des Wirtschaftshafens im Bereich Hafen-Ost erneut zu thematisieren. Transparenz wurde auch dadurch gewährleistet, dass die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens und der Entwurf der Leitlinien in einer eigenen Veranstaltung der Stadtöffentlichkeit vorgestellt worden sind. Zudem hat die Stadt Flensburg den gesamten Prozess in einer eigenen Veröffentlichung dokumentiert (Stadt Flensburg 2020a).

Input des EHSS-Reallabors

Auch die Evaluation des Inputs umfasst nach dem Evaluationsschema von Luederitz et al. verschiedene Kriterien. Dass ein besonderes Bewusstsein für die Notwendigkeit eines transformativen Wandels in Richtung Nachhaltigkeit besteht (Kriterium „*Awareness*“) zeigt u.a. bereits, dass sich die Stadt Flensburg die Entwicklung des Quartiers „Hafen-Ost“ entlang von Suffizienz-Leitlinien zum Ziel gesetzt hat. Denn die Suffizienz-Strategie kann im Vergleich zu den anderen Nachhaltigkeitsstrategien (Effizienz und Konsistenz) als besonderes herausfordernd gelten, weil sie auf aktive Verhaltensänderungen seitens der Bevölkerung zielt und zugleich die Frage nach dem „rechten Maß“ bei der Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen stellt. Besonders überzeugend war das EHSS-Reallabor in Bezug auf „*Expertise*“ und „*Unterstützung*“ („*Support*“). So verfügte bereits das EHSS-Team über eine große Expertise zu dem Themen Suffizienz sowie im Bereich von Verwaltungs- und Planungsabläufen (Letzteres vor allem seitens der Mitarbeiter*innen der Stadt Flensburg im Projektteam). Zusätzlich sind externe Kompetenzen gezielt ergänzt worden. Dies betrifft sowohl die Einbeziehung von Mitarbeiter*innen aus verschiedenen Bereichen der Verwaltung (wie z.B. Verkehrsplanung) in die Arbeit der Projektgruppe, als auch die Zusammenarbeit mit einer externen Agentur bei der Planung und Durchführung des Beteiligungsverfahrens. Des Weiteren ist im Rahmen des Beteiligungsverfahrens „*Zukunft Hafen-Ost*“ ein gesonderter Expert*innen-Workshop (der sogenannte Fachdialog) durchgeführt worden, bei dem externe Expert*innen mit Mitarbeiter*innen der Verwaltung und lokalen Fachakteur*innen verschiedene Fachthemen für das zukünftige Quartier Hafen-Ost diskutierten. So gaben Expert*innen von Planungsbüros wie fatkoehl architekten oder team red zunächst Inputs zu stadt- und verkehrsplanerischen Themen und diskutierten dann mit den Teilnehmer*innen nachhaltige

Ansätze für das Quartier Hafen-Ost. In gleicher Weise erfolgte ein Austausch über soziale und funktionale Mischungen in Quartieren und lebendige Erdgeschosszonen mit Experten der 2000-Watt-Gesellschaft aus Zürich bzw. der steg Hamburg sowie über multifunktionale Freiräume mit einer Expertin der TU Berlin und über Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung mit Expert*innen aus Kiel und vom Deutschen Institut für Urbanistik (difu) in Berlin. All dies ist möglich geworden, weil die durch die Förderung von EHSS durch das BMBF ausreichend finanzielle Unterstützung zur Verfügung standen. Darüber hinaus zeigten sowohl das EHSS-Team als auch die Mitarbeiter*innen aus den verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung (insbesondere des Fachbereichs Stadtentwicklung und Klimaschutz) ein großes Engagement im Verlauf des gesamten Prozesses (Kriterium „Commitment“). Schließlich zeichnete sich die Zusammenarbeit im Prozess durch ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen aus (Kriterium „Trust“), was u.a. dadurch deutlich wurde, dass Mitarbeiter*innen der Universität Teil der Projektgruppe innerhalb der Verwaltung waren, in der regelmäßig auch vertrauliche, verwaltungsinterne Angelegenheiten zur Sprache kamen.

Fazit der Evaluation

Die Tabelle fasst die Evaluation des EHSS-Reallabors Hafen-Ost nach dem Schema von Luederitz et al. noch einmal zusammen. Aufgrund des Designs der Intervention, das auf die Formulierung von Leitlinien für die zukünftige Entwicklung des Quartiers zielte (s.o.), sind die Kriterien, die beim Outcome konkrete Nachhaltigkeitseffekte adressieren, bei dieser Übersicht nicht aufgeführt.

Output-Dimension	
Entwicklung von Fähigkeiten („Built capacities“)	Green
Handlungswissen („Actionable Knowledge“)	Green
Verlässlichkeit („Accountability“)	Green
Gesellschaftliche Veränderungen („Changes in societal realm“)	Green
Veränderungen in der Infrastruktur („Changes in the physical structure“)	Red
Transferierbarkeit („Transferability“)	Green
Skalierbarkeit („Scalability“)	Green
Outcome-Dimension	
Sozial-ökologische Verantwortung und demokratische Governance („Socio-ecological stewardship and democratic governance“)	Green
Prozess-Dimension	
Strukturiertheit Handlungsabfolge („Sequence of Actions“)	Green
Stimmigkeit beim Vorgehen („Sound methodology“)	Yellow
Kooperation und Partizipation („Collaboration“)	Green
Reflexions- und Lernschleifen („Reflexivity and learning“)	Yellow
Transparenz („Transparency“)	Yellow
Input-Dimension	

Bewusstsein für transformativen Wandel („Awareness“)	
Engagement („Commitment“)	
Expertise („Expertise“)	
Vertrauen („Trust“)	
Unterstützung („Support“)	

Übersicht der Evaluationskriterien sowie der Grad ihrer Erfüllung im Rahmen des EHSS-Reallabors „Hafen-Ost“ (Legende: grün = weitgehend erfüllt, gelb = ansatzweise erfüllt, rot = nicht erfüllt).

Die differenzierte Bewertung der verschiedenen Dimensionen einer gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsintervention entlang des Schemas von Luederitz et al. ergibt auch ein differenziertes Bild des EHSS-Reallabors. Während für die Ebene des Inputs und des Prozesses sowie den Wissensindikatoren des Outputs substantielle Aktivitäten und Ergebnisse berichtet werden können, lässt sich in Bezug auf die strukturelle Änderung des Outputs sowie das tatsächliche Outcome (im Sinne von mehr Nachhaltigkeit) zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht viel sagen. Dies ist vor allem dem zeitlichen Charakter des gewählten Reallabors geschuldet. Wie oben beschrieben, ist dies Teil eines mehrjährigen Planungs- und Entwicklungsprozesses, der schon weit vor der Projektlaufzeit von EHSS begann und noch mehrere Jahrzehnte andauern wird. Mit den Leitlinien konnten „nur“ Kriterien für die weitere Entwicklung verabschiedet werden. Inwiefern diese sich dann in physischen Infrastrukturen und auch institutionell bei der Entwicklung des Areals „Hafen-Ost“ manifestieren und schließlich auch Umweltentlastungswirkungen bzw. Nachhaltigkeitseffekte zeigen, werden die kommenden Jahrzehnte zeigen. Erste Rückschlüsse hierzu dürften die Ergebnisse des Verstetigungs- und Folgeprojektes von EHSS ermöglichen.

2. Wichtigste Positionen des zahlenmäßigen Nachweises

Gefördert wurde das Projekt mit insgesamt 529.000 Euro. Der weit überwiegende Teil des Förderbetrags wurde für Personalmittel verwendet. Finanziert wurden vier Teilzeit-Stellen für Projektmitarbeiter*innen – zwei am NEC und zwei bei der Stadt Flensburg – sowie einige Stundenanteile für eine Verwaltungsfachkraft bei der Stadt Flensburg. Ebenfalls in der Förderung enthalten waren Mittel für die Beauftragung einer Agentur, die das Beteiligungsverfahren im Rahmen des Reallabors durchgeführt hat, Publikationsausgaben (Open Access), Reisekosten sowie Sachmittel für die Organisation von und Werbung für Veranstaltungen.

3. Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Arbeit

Die durchgeführten Arbeiten waren notwendig und angemessen, da bislang noch wenig Wissen darüber existiert, wie suffizienzorientierte Stadtentwicklung in Bezug auf das Ziel der Reduktion der Flächeninanspruchnahme konsequent befördert und in kommunalpolitischen Prozessen umgesetzt werden kann. Durch die vergleichende Untersuchung in mehreren Städten sowie durch die Operationalisierung von Suffizienzkriterien für ein neues Stadtquartier in Flensburg im Rahmen des Reallabors konnten Instrumente suffizienzorientierter Stadtentwicklung identifiziert und vor Ort in den

laufenden Planungsprozess zum Projektgebiet Hafen-Ost eingebracht werden. Besonders hervorzuheben sind hier die Konzeptvergabe, das Erbbaurecht und die Umverteilung von Flächen im Bereich der Mobilität. Für das Flensburger Projektgebiet lässt sich konstatieren, dass hier nicht nur einzelne Suffizienz-Bausteine zur Anwendung kommen sollen. Vielmehr wird das neue Quartier insgesamt als eines geplant und entwickelt, in dem das Ziel, den Ressourcenverbrauch durch Nutzungs- und soziale Innovationen zu reduzieren, hohe Priorität genießt.

4. Voraussichtlicher Nutzen, insbesondere Verwertbarkeit der Ergebnisse im Sinne des Verwertungsplans

Die Ergebnisse aus dem Forschungs- und Entwicklungsvorhaben werden in der bereits bewilligten Umsetzungsphase, die ebenfalls durch das BMBF gefördert wird, zur Anwendung kommen, wenn es etwa darum geht, die Planungen auf dem Projektgebiet weiter in Richtung Suffizienzorientierung zu begleiten und den Wissenstransfer mit anderen Kommunen zu intensivieren.

Norbert Elias Center (NEC):

Wirtschaftliche Erfolgsaussichten mit Zeithorizont (einschließlich „gesellschaftlicher Nutzen“):

Das transdisziplinäre Forschungs- und Entwicklungsvorhaben EHSS hatte keine kommerzielle Verwertung der Ergebnisse zum Ziel. Im Rahmen des Projektes wurde Wissen generiert, das Entscheidungsträger*innen in Städten und Gemeinden über das Ende des Förderzeitraums hinaus in die Lage versetzt, suffizienzorientierte Stadtentwicklungsprojekte zu entwerfen und zu realisieren. Es ist daher von einem erheblichen „gesellschaftlichen Nutzen“ auszugehen, der nicht auf die Stadt Flensburg beschränkt bleibt. Die detaillierte Analyse und Beschreibung der Barrieren und Möglichkeiten für suffizienzorientierte Stadtentwicklungsprojekte sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf kommunaler Ebene kann bei der Umsetzung künftiger Projekte vor Ort helfen. Aus ihr lassen sich darüber hinaus politische Handlungsmöglichkeiten ableiten, mit denen Suffizienz als Strategie durch bundes- und landespolitische Rahmenseetzungen gefördert werden kann. Auch beim Reallabor auf dem Projektgebiet Hafen-Ost ist von einem gesellschaftlichen Nutzen auszugehen. Dieser umfasst sowohl die durch die Maßnahmen erzielte Reduktion negativer Umweltwirkungen und des Ressourcenverbrauchs als auch die im Rahmen des Verfahrens erreichte Aktivierung der Zivilgesellschaft im Kontext des Beteiligungsverfahrens. Wie hoch dieser Nutzen sein wird, lässt sich zum Zeitpunkt des Projektendes noch nicht abschätzen, da der Rahmenplan, der entlang der suffizienzorientierten Leitlinien entwickelt, und der wesentlich die konkrete bauliche Gestaltung des Gebiets bestimmen wird, gerade erst erarbeitet wird.

Wissenschaftliche und/oder technische Erfolgsaussichten mit Zeithorizont:

Die Ergebnisse des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens EHSS wurden in unterschiedlichen Veröffentlichungsorganen publiziert, um sie einer breiten wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Fachöffentlichkeit bekannt zu machen. Ziel ist es, die Suffizienz als Nachhaltigkeitsstrategie im wissenschaftlichen Diskurs besser zu verankern. Gemeint ist damit ein Suffizienzverständnis, das Suffizienz nicht in Form einzelner bereits hinlänglich bekannter Maßnahmen oder Konzepte propagiert, sondern die Suffizienz als Strategie und Perspektive für eine systematische Reduktion des Ressourcenverbrauchs unter dem Leitbild sozial-ökologischer Gerechtigkeit thematisiert.

Die im Rahmen des Projektes gemachten Erfahrungen und Ergebnisse haben auch in der Lehre ihren Niederschlag gefunden. Im Masterstudiengang Transformationsstudien, der sich mit den

Möglichkeiten der Gestaltung gesellschaftlicher Veränderungsprozesse unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit beschäftigt, wurde Suffizienz(-politik) in verschiedenen Seminaren aufgegriffen. Sechs Studierende des Masterstudiengangs haben ihr Studium mit Masterarbeiten zur Suffizienz abgeschlossen, zudem wurden diverse Hausarbeiten zu verschiedenen Suffizienz-Aspekten verfasst.

Wissenschaftliche und wirtschaftliche Anschlussfähigkeit:

Das Forschungsprojekt konnte die Wachstumszwänge auf kommunaler Ebene detailliert aufzeigen. Aufgrund ihrer Eingebundenheit ins föderale System (beispielsweise die Abhängigkeit von Landzuwendungen) sehen sich viele Kommunen gezwungen, dem Wachstumsimperativ zu folgen. Hier bleiben Fragen offen, die in der anschließenden Umsetzungsphase bearbeitet werden. Dergestalt etwa, dass untersucht wird, inwieweit Veränderungen in der Vergabe von Grundstücken Kommunen dabei helfen können, Ressourcen im Sinne einer starken Nachhaltigkeit (Döring/Ott 2004) zu nutzen.

Stadt Flensburg

Wirtschaftliche Erfolgsaussichten mit Zeithorizont (hier: gesellschaftlicher Nutzen):

Schärfung des Bewusstseins zu einem restriktiven Umgang mit Ressourcen

Bei der Identifikation der Wachstumszwänge und Suffizienzhürden wurde deutlich, dass es einerseits oftmals einer Initiative von Bundes- und Landesgesetzgeber bedarf, um Hürden abzubauen, dass andererseits aber insbesondere die Planungshoheit den Gemeinden auch jetzt schon Spielräume gibt, um eine suffizienzorientierte Stadtentwicklungspolitik umzusetzen. Dies wurde im Rahmen von projektbegleitenden Workshops, in der Abschlusskonferenz, in Vorträgen in politischen Gremien und Fraktionen, in dem Partizipationsverfahren „Zukunft Hafen-Ost“ und in dem politischen Entscheidungsprozesses über die Leitlinien mit Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit diskutiert, und die Ergebnisse wurden in der praxisorientierten Publikation „Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung“ zur Verfügung gestellt. Das Forschungsprojekt hat es auf diese Weise geschafft, den Begriff und das Prinzip der Suffizienz als einen Nachhaltigkeitsaspekt (neben den Prinzipien der Effizienz und der Konsistenz) in der politischen und öffentlichen Diskussion in Flensburg bekannt zu machen und konkret mit Inhalt zu füllen. Die Aspekte der Suffizienz dienen inzwischen auch der politischen Argumentation und finden Eingang in die Debatten.

Vor diesem Hintergrund konnte das Forschungsprojekt in der Verwaltung, der Politik und der Stadtgesellschaft das Bewusstsein für die Zwänge und Mechanismen schärfen, die eine expansiven Siedlungspolitik in der Vergangenheit als selbstverständlich erscheinen ließen und auch gegenwärtig noch erscheinen lassen. Die Erkenntnis, dass eine Fortführung dieser Politik nicht zukunftsweisend ist, konnte gestärkt werden. Alternativen im Sinne von mehr öffentlichem statt individuellem Wohlstand, z.B. in Form von gemeinschaftlichen Nutzungen von Flächen, der Neuaufteilung des Straßenraums und der Vergabe von Erbbaurechten im Rahmen von Konzeptvergaben konnten im Bewusstsein der Stadtgesellschaft verankert werden. Dadurch hat sich die Haltung der Verwaltung zu dem Umgang mit Ressourcen gewandelt, suffiziente Ansätze werden jetzt in der Stadtentwicklung selbstverständlich mitgedacht. Beispielsweise sieht der in Aufstellung befindliche neue Flächennutzungsplan – im Gegensatz zu dem Planungsstand vor wenigen Jahren – nur noch eine marginale Neuanspruchnahme von Freiflächen im Außenbereich vor, und Suffizienzaspekte haben neben technikbasierten Kriterien Eingang in die Richtlinien für eine nachhaltige Stadtentwicklung gefunden, die im Jahr 2021 durch die Ratsversammlung beschlossen werden sollen. Auch für die Vergabe von städtischen Flächen im Rahmen von Konzeptverfahren und auf der Basis von Erbbaurechten ist eine Richtlinie erarbeitet worden, die 2021 in der Ratsversammlung beschlossen werden soll, und die

Notwendigkeit einer strategischen Bodenpolitik für einen sorgsam Umgang mit Flächenressourcen wurde erkannt. Ferner ist in der Politik eine Diskussion über kulturelle Leitbilder und Lebensstile und die Möglichkeiten kommunaler Politik entstanden, hier durch Rahmenbedingungen steuernd einwirken zu können.

Planung eines suffizienzorientierten Quartiers

Die suffizienzorientierte Entwicklung des Gebiets Hafen-Ost kann durch attraktive Angebote für urbanes Wohnen und Gewerbe, Alternativen zu einer Entwicklung auf der grünen Wiese am Stadtrand bieten. Durch kompakte Bebauung, kurze Wege und am Umweltverbund ausgerichtete Mobilität bietet es die Chance, Infrastrukturen und Verkehre zu reduzieren, und durch die Reduktion individueller Flächen für Wohnen, Gewerbe und Verkehr zugunsten großzügiger öffentlicher oder gemeinschaftlich und multifunktional genutzter Flächen können Flächen-, Material- und Energieverbrauch und die Versiegelung gemindert werden. Die Vergabe der städtischen Grundstücke im Rahmen von Konzeptvergaben gewährleistet die Orientierung der Bebauung an nachhaltigen Zielen. Schließlich ermöglicht der Erhalt der langfristigen Verfügungsmacht über die städtischen Grundstücke durch Vergabe von Erbbaurechten der Stadt, auch langfristig eine gemeinwohlorientierte Nutzung dieser wertvollen Innenbereichsflächen sicherzustellen. Der Umsetzungsprozess für die suffizienzorientierten Leitlinien beginnt im Frühjahr 2021 mit der Aufstellung des Rahmenplans für das Gebiet Hafen-Ost, anschließend werden die Bebauungspläne aufgestellt. Im Jahr 2022 beginnt die Vergabe der Grundstücke im Rahmen von Konzeptverfahren. Das Anschlussprojekt EHSS 2 wird den Rahmenplan- und Konzeptvergabeprozess in dem Quartier Hafen-Ost begleiten.

Erarbeitung einer Position zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens des Landes Schleswig-Holsteins

Ein weiterer Gegenstand des Forschungsprojektes war die Vorbereitung und Erarbeitung einer städtischen Position zur gesetzlichen Reform des kommunalen Finanzausgleichs (FAG). Das Land Schleswig-Holstein reformierte 2020 den kommunalen Finanzausgleich und hatte u. a. Neuregelungen in den Gesetzentwurf aufgenommen, die Anreize setzen, sowohl den Einfamilienhausbau, wie auch den Gemeindestraßenbau zu fördern und zu erweitern. Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde eine städtische Position erarbeitet, die auch vor dem Hintergrund der Flächenknappheit in Flensburg auf diese Anreizwirkungen verzichtet. Es wurden ferner auf Basis von Literaturrecherchen Modelle und Regelungen entwickelt, wie im Rahmen des Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein finanzielle Anreize geschaffen werden können, die die Kommunen in die Lage versetzen, auf eine weitere Flächenversiegelung im Gemeindegebiet zu verzichten.

Auf Basis einer politischen Resolution der Flensburger Ratsversammlung zum kommunalen Finanzausgleich, die am 25.06.2020 mehrheitlich beschlossen wurde (Stadt Flensburg 2020c), wurde im Rahmen des Forschungsprojektes eine Position für die anstehenden Anhörungen im Schleswig-Holsteinischen Landtag erarbeitet. Ein Schwerpunkt in dieser Position sind die Wirkungen des dann reformierten kommunalen Finanzausgleichs auf den Flächenverzehr in den Kommunen. Im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat die Stadt Flensburg mit Schreiben vom 08.07.2020 Stellung genommen (Brüggemann 2020a). Für den 30.09.2020 wurde der Bürgermeister der Stadt Flensburg zur mündlichen Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs eingeladen. Hier wurde er mit einer Präsentation zur bedarfs- und zielgerechten Weiterentwicklung des FAG gehört (Brüggemann 2020b). Die flächenrelevanten Aspekte und Positionen der Stadt Flensburg

(Gliederungspunkt 2 der Stellungnahme vom 08.07.2020, Brüggemann 2020a) wurden im weiteren Gesetzgebungsverfahren zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs allerdings nicht berücksichtigt. Dennoch wurden die Bemühungen, die Landesregierung und andere Kommunen in Schleswig-Holstein für flächenrelevante Ansätze im kommunalen Finanzausgleich sowie weitere ressourcenschonende Ansätze in Bezug auf die Raumordnung, die Gewerbesteuer, die Grundsteuer oder die Grunderwerbssteuer zu sensibilisieren, fortgesetzt. Sie wurden im Rahmen der Abschlusskonferenz des Forschungsprojekts am 04.11.2020 mit einem Vertreter der Landesregierung, Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei Dirk Schrödter, erörtert.

Wissenschaftliche und/oder technische Erfolgsaussichten mit Zeithorizont:

Eine wissenschaftliche Weiterbearbeitung ist bei der Stadt Flensburg nicht das Hauptanliegen. Gleichwohl hat das Projekt den Mehrwert wissenschaftlicher Expertise und vor allem die Zusammenarbeit im transdisziplinären Team deutlich vor Augen geführt. Entsprechend wurde die Fortsetzung des Projekts im Rat der Stadt mehrheitlich befürwortet.

Wirtschaftliche (hier: gesellschaftliche) Anschlussfähigkeit:

Die Implementierung des Suffizienzgedankens in Verwaltung und Politik in Flensburg ist geeignet, einen Diskurs über Wachstum als Entwicklungsziel für Flensburg anzustoßen. Sie ist ferner geeignet, die städtische Siedlungsentwicklung insgesamt in Richtung einer verstärkten Innenentwicklung, der Schaffung von Rahmenbedingungen für ressourcenarme Lebensstile und einer gemeinwohlorientierten Vergabe von Grundstücken zu beeinflussen.

Durch die reale Umsetzung dieser Ansätze im Rahmen der Entwicklung des Gebiets Hafen-Ost kann nicht nur auf die Verhaltensweisen der Bewohner*innen und Nutzer*innen eingewirkt und ein entsprechender Bewusstseinswandel gefördert werden. Es kann auch aufgezeigt werden, wie Stadtentwicklungspolitik Rahmenbedingungen für ressourcenarme Verhaltensweisen und Lebensstile setzen kann. Es ist zu erwarten, dass Suffizienzpolitik damit auch Vorbildwirkung für die Entwicklung weiterer innerstädtischer Bereiche in Flensburg und in anderen Städten entfaltet. Insofern hat die suffizienzorientierte Entwicklung in dem Gebiet Hafen-Ost bereits jetzt verstärkte öffentliche Aufmerksamkeit in den regionalen und überregionalen Medien gefunden. So wurde bei Spiegel online und im NDR über das Projekt Hafen-Ost berichtet und der flächenintensiven Siedlungsentwicklung an der Peripherie gegenübergestellt. Auf diese Weise leistet das Reallabor einen wesentlichen Beitrag zu dem bundesweiten Diskurs über die Sinnhaftigkeit einer weiteren expansiven Siedlungsentwicklung.

Die Intervention in Bezug auf Fehlanreize in der Gemeindefinanzierung hat zwar nicht zu einer Berücksichtigung in dem neuen FAG für Schleswig-Holstein geführt. Sie war jedoch geeignet, die Landesregierung mit der Notwendigkeit von Maßnahmen für einen restriktiveren Umgang mit Flächenressourcen zu konfrontieren, um die selbst gesetzten Flächenverbrauchsziele zu erreichen. Inzwischen hat das Land angekündigt, den Kommunen verstärkt finanzielle Mittel für die Revitalisierung von Flächenressourcen im Innenbereich zur Verfügung zu stellen.

5. Während der Durchführung des Vorhabens bekannt gewordener Fortschritt auf dem Gebiet des Vorhabens bei anderen Stellen

Andere Forschungsprojekte

Im Projektzeitraum haben vereinzelt andere Forschungsprojekte zum Nexus aus Suffizienz, Politik und

Stadtgestaltung geforscht beziehungsweise ihre Arbeit aufgenommen. So lief von 2014 bis 2018 das Projekt „Kommunale Suffizienz-Politik für eine nachhaltige Entwicklung“ des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), gefördert durch das Umweltbundesamt (UBA).² Ziel des Projektes war es, den Beitrag kommunaler Suffizienzpolitik für die nationale Nachhaltigkeitsstrategie zu untersuchen. Bereits 2016 veröffentlichte der BUND dazu die in Auftrag gegebene Kurzstudie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie „Kommunale Suffizienzpolitik. Strategische Perspektiven für Städte, Länder und Bund“ (Kopatz 2016). Der BUND gab außerdem das Impulspapier „Perspektive 2030: Suffizienz in der Praxis“ (BUND 2017) heraus, in dem aufgezeigt wird, wie die Kommunal- und Bundespolitik eine nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Mobilität, Materialverbrauch, Energie, Landwirtschaft und Ernährung gestalten könnte. Darüber hinaus arbeitet das Forschungsprojekt „SuPraStadt“ seit Mai 2019 (Laufzeit bis 2022) zur Konzeption, Durchführung und Diffusion von sozialen Suffizienzpraktiken. Die transdisziplinäre Zusammenarbeit mit drei Reallaboren (Heidelberg, Kelsterbach und Dortmund) steht dabei im Mittelpunkt. Es wird dabei, wie EHSS, vom BMBF in der Linie „Leitinitiative Zukunftsstadt“ gefördert. Mit den Projektbeteiligten von SuPraStadt besteht seit Beginn des Projektes ein regelmäßiger Kontakt. Neben informellem Austausch, sind hier beispielsweise die Teilnahme der SuPraStadt-Kolleg*innen an der Beteiligungswerkstatt und dem Expert*innendialog im Rahmen des EHSS-Reallabors im Januar 2020 oder die Vorstellung der EHSS-Ergebnisse im Rahmen des SuPraStadt-Reallabors in Dortmund im März und Mai 2021 zu nennen. Außerdem forscht die transdisziplinäre Nachwuchsforschungsgruppe „EnSu – Die Rolle von Energie-Suffizienz in Energiewende und Gesellschaft“ seit Mai 2020 unter anderem zu geeigneten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für erfolgreiche Suffizienzmaßnahmen und -politiken sowie zu Hemmnissen und Herausforderungen von Suffizienzpolitik. Gefördert wird die Projektgruppe der Europa-Universität Flensburg, des Wuppertal Instituts und des Öko-Instituts vom BMBF im Rahmen der Forschung für Nachhaltige Entwicklung. Auch wenn der thematische Fokus hier nicht auf Stadtentwicklung liegt, werden die Erkenntnisse zu konkreten Potenzialen gezielter Suffizienzpolitik auch im Kontext nachhaltiger Stadtentwicklung Anwendung finden und hier von Relevanz sein.

Einige zentrale Publikationen / Veranstaltungen

Im Projektzeitraum hat die Aufmerksamkeit für Suffizienz deutlich zugenommen. Suffizienz wurde in diversen wissenschaftlichen Publikationen und bei Veranstaltungen thematisiert. Hier seien nur einige genannt: Das Umweltbundesamt gab die Studie „Mit Suffizienz mehr Klimaschutz modellieren“ von Cell-Ziegler und Förster heraus (2018). In diesem Bericht beleuchten die Autor*innen die Modellierung von Suffizienz in längerfristigen Szenarien, dies ist insofern bemerkenswert als Suffizienz in Modellierungen bis dato kaum eine Rolle spielte. Die HafenCity Universität und der BUND Hamburg veranstalteten 2019 eine gemeinsame Tagung zum Thema „Suffizientes Wohnen statt Flächenverbrauch“, bei der unter anderem die Wohnungsbaupolitik Hamburgs ein wichtiges Thema war. Der Abschlussbericht zum Forschungsprojekt „Möglichkeiten der Instrumentierung von Energieverbrauchsreduktion durch Verhaltensänderung“ zeigt die Einsparpotentiale von Suffizienzmaßnahmen für die Handlungsfelder Wohnfläche, Stromverbrauch in Haushalten/Gewerbe und für das Thema Arbeitszeit auf und gibt entsprechende politische Handlungsempfehlungen (Fischer et al. 2020). In seiner Dissertation widmet sich Markus Profjitz dem Bereich Mobilität, erläutert Möglichkeiten und Grenzen der Suffizienz in diesem Feld und entwickelt Ansätze zur Messbarmachung von suffizientem Mobilitätsverhalten (Profjitz 2018). Im Mai 2019 fand an der Bauhaus-Universität Weimar unter dem Titel „Postwachstumsstadt. Konturen

² <https://www.umweltbundesamt.de/das-uba/was-wir-tun/foerdern-beraten/verbaendefoerderung/projektfoerderungen-projekttraeger/kommunale-suffizienz-politik-fuer-eine-nachhaltige>

einer solidarischen Stadtpolitik“ eine Konferenz mit mehr als 200 Teilnehmer*innen statt. Im gleichnamigen Band zur Konferenz (Brokow-Loga / Eckhardt 2020) werden Ansätze aus verschiedenen Bereichen der Stadtpolitik zusammengebracht und städtische Wachstumskrisen, transformative Planung und Konflikte um Gestaltungsmacht diskutiert. Auch wenn die Bedeutsamkeit der Suffizienz als Nachhaltigkeitsstrategie in diesem Buch anklingt, wird sie nur in dem Beitrag von Michaela Christ und Jonas Lage „Umkämpfte Räume. Suffizienzpolitik als Lösung für sozial-ökologische Probleme in der Stadt?“ explizit thematisiert. Über den Sammelband hinaus existiert eine eigene Internetseite „Postwachstumsstadt“³, die Beiträge zu den Themen sammelt und auf Vernetzungsmöglichkeiten⁴ und Termine hinweist.

Seit mehr als zehn Jahren sind Suffizienz und Suffizienzpolitik ein zentrales Thema des Blog Postwachstum⁵. Der Blog, der vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie getragen wird, ist ein wichtiges Forum für Diskussionen über und Informationen zur aktuellen Suffizienzforschung. Zudem haben sich Abschlussarbeiten mit der Rolle von Suffizienz in der Stadtentwicklung befasst. Hervorzuheben ist die Bachelorarbeit von Anna Glindemann unter dem Titel „Suffizientes Verhalten planerisch fördern“ (2020), die mit dem BUND Forschungspreis bedacht wurde. Anna Glindemann, die im Jahr 2020 im Rahmen des EHSS-Projektes ein halbjähriges Praktikum bei der Stadt Flensburg absolvierte, untersucht in der Arbeit am Beispiel der Stadt Weimar Einflussmöglichkeiten kommunaler Planung auf das suffiziente Verhalten von Individuen.

Auch im Kontext der Corona-Pandemie wurde Suffizienz zum Thema. Die Begleitprojekte der BMBF-Förderinitiativen „Umsetzung der Leitinitiative Zukunftsstadt“, „Nachhaltige Transformation urbaner Räume“, „Stadt-Land-Plus“, „Kommunen innovativ“ und „Ressourceneffiziente Stadtquartiere für die Zukunft“ veröffentlichten das „Memorandum Post-Corona-Stadt. Für eine suffiziente und resiliente Entwicklung von Städten und Regionen“ (2020) herausgegeben. In dem Beitrag werden die Herausforderungen, aber auch Möglichkeiten für eine nachhaltige Transformationen unter Suffizienzgesichtspunkten in Städten und Regionen diskutiert.

Institutionalisierung

Die Relevanz des Forschungsthemas Suffizienz zeigt sich überdies in seinen diversen Institutionalisierungen. Somit existiert mittlerweile ein europäisches Suffizienznetzwerk (enough), ein deutsches Suffizienznetzwerk, ein Netzwerk zur Energiesuffizienz sowie das Kollektiv Postwachstumsplanung⁶. Überdies fand die Suffizienz in der jüngeren Vergangenheit auch auf der Ebene der institutionalisierten Politik vereinzelt Resonanz. Exemplarisch hierfür kann der „Masterplan 100 Prozent Klimaschutz“ der Stadt Münster genannt werden, welcher die begrenzten Potentiale von technischen Lösungen anerkennt und durch explizite Suffizienzmaßnahmen rahmt⁷.

6. Erfolgte oder geplante Veröffentlichungen der Ergebnisse

Bereits erfolgte wissenschaftliche Veröffentlichungen

³ <https://postwachstumsstadt.de/>

⁴ <https://wachstumswende.de/project/plattform-postwachstumsstadt/>

⁵ <https://www.postwachstum.de>

⁶ Webseiten abrufbar unter: <https://www.researchgate.net/project/ENOUGH-International-network-for-sufficiency-research-policy>, <https://www.energysufficiency.org/about/contact-and-about/>, <http://www.postgrowthplanning.com/>

⁷ <https://www.stadt-muenster.de/klima/klimafreundlich-leben/suffizienz.html>

Böcker, M./ Brüggemann, H./ Christ, M./ Lage, J./ Knak, A./ Sommer, B. (2021): Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung. München: oekom.

Christ, M./ Lage, J. (2021): Eine Frage des Maßes. In: ProClim Flash 73/2021, S. 16-17.

Christ, M./ Lage, J. (2020): Umkämpfte Räume. Suffizienzpolitik als Lösung für sozial-ökologische Probleme in der Stadt? In: Brokow-Loga, A./ Eckhardt, F. [Hrsg.]: Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik. München: oekom, S. 184-203.

Kalt, T./ Lage, J. (2019): Die Ressourcenfrage (re)politisieren! Suffizienz, Gerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation. In: GAIA, 28 (3), S. 256-259.

Lage, J./ Leuser, L. (2019): Fläche unter Druck. Sozial-ökologische Dimensionen der Flächennutzung in deutschen Wachstumsregionen. In: GAIA, 28 (4), S. 365-373.

Stadt Flensburg (2020): Zukunft Hafen-Ost. Leitlinien für die Entwicklung eines nachhaltigen urbanen Quartiers. Flensburg: Stadt Flensburg.

Stadt Flensburg (2020): Zukunft Hafen-Ost. Ergebnisse des Dialogprozesses im 1. Halbjahr 2020. Flensburg: Stadt Flensburg.

Weiterhin sind folgende Veröffentlichungen geplant:

Böcker, M./Lage, J./Christ, M. (2021): „Weniger ist schwer. Suffizienzorientierte Stadtgestaltung als kommunales Konfliktfeld“. In: Soziologie und Nachhaltigkeit - Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung (eingereicht, in Begutachtung).

Lage, J./ Böcker, M./ Christ, M. (2021): „Öffentlicher Wohlstand statt privatem Luxus? Strategien gelingender Suffizienzpolitiken in kommunalen Verwaltungen“. (in Bearbeitung).

Stadt Flensburg (2021): Wachstumstreiber und Suffizienzhindernisse auf kommunaler Ebene – eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung rechtlicher Aspekte (Autorin: Alexandra Knak). Flensburg: Stadt Flensburg (im Erscheinen).

Vorstellung der Ergebnisse auf eigenen Veranstaltungen

„Wie wird weniger genug? Stadt. Gestaltung. Suffizienz“. Digitale Veranstaltungsreihe zum Abschluss des Projekts, 28. Oktober - 4. November 2020.

Präsentation der Ergebnisse des dreitägigen Dialogprozesses „Zukunft Hafen-Ost“. Bürgerhalle Flensburg, 04. März 2020.

„Zukunft Hafen-Ost. Entwicklung eines nachhaltigen urbanen Quartiers“. Safari mit interessierten Bürger*innen über das Gebiet Hafen-Ost im Rahmen des Dialogprozesses. Gemeinsame Veranstaltung des Projekts mit dem Fachbereich Stadtentwicklung und Klimaschutz. Flensburg, 18. Januar 2020.

„Zukunft Hafen-Ost. Entwicklung eines nachhaltigen urbanen Quartiers“. Öffentliche Beteiligungsworkstatt im Rahmen des Dialogprozesses. Gemeinsame Veranstaltung des Projekts mit dem Fachbereich Stadtentwicklung und Klimaschutz. Bürgerhalle Flensburg, 18. Januar 2020.

„Zukunft Hafen-Ost. Entwicklung eines nachhaltigen urbanen Quartiers“. Fachdialog für Politik und Verwaltung mit Expert*innen. Gemeinsame Veranstaltung des Projekts mit dem Fachbereich Stadtentwicklung und Klimaschutz. Rathaus Flensburg, 17. Januar 2020.

„Zukunft Hafen-Ost. Nachhaltige Stadtentwicklungspolitik in Flensburg“. Stadtdialog im Rahmen des Dialogprozesses. Gemeinsame Veranstaltung des Projekts mit dem Fachbereich Stadtentwicklung und Klimaschutz. Bürgerhalle Flensburg, 16. Januar 2020.

„Stadt für alle – Stadt von allen? Bürgerbeteiligung als Weg zur enkeltauglichen Stadt?“. Öffentliche Podiumsdiskussion mit Christ, M./ Kamlage, J.-H./ Kohrt, A./ Weisbrich, F.. Dänische Zentralbibliothek, Flensburg, 08. Oktober 2019.

„Suffizienz durch Beteiligung? Zur Bedeutung der Beteiligung von Einwohner*innen an einer nachhaltigen Stadtentwicklung“. Tagung. Dänische Zentralbibliothek Flensburg, 08. Oktober 2019.

„Die Stadt in Gegenwart und Zukunft. Suffizientes Wohnen und verkehrsreduzierte Mobilität“. Workshop im Rahmen des Projekts. Hans-Christiansen-Haus Flensburg, 13. – 14. Februar 2019.

Filmvorführung „The Human Scale - Bringing Cities to Life“ mit einer Einführung durch den Architekten und Projektentwickler Christopher Weiß. Hans-Christiansen-Haus Flensburg, 13. Februar 2019.

„Ist weniger mehr?“. Workshop zu kommunalen Wachstumstreibern. Rathaus der Stadt Flensburg, 14. Juni 2018.

„Ist weniger mehr?“. Podiumsdiskussion mit Brüggemann, H. / Christ, M. / Bock, S. / Ahlke, U. über Wachstumszwänge, Stadtentwicklung der Zukunft und Lebensqualität. Phänomenta Flensburg, 13. Juni 2018.

Beiträge zu Konferenzen, Workshops, Kolloquien, etc.

Lage, J.: „Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung“. Buchvorstellung im Rahmen eines Lehrforschungsprojekts am Institut für Politikwissenschaften der WWU Münster. Münster, 07. Juni 2021.

Christ, M.: „Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung“, Vortrag zu den Ergebnissen des Forschungsprojekts beim Vernetzungstreffen Zukunftsstadt „Quer*Z: Räumliche Dimensionen der Zukunftsstadt“, Online, 22. Juni 2021

Christ, M.: „Wie wird weniger genug?“, Vortrag zu den Ergebnissen des Forschungsprojekts im *Tea Time Talk* (Kolloquium) am Institut für Städtebau der Technischen Universität Dresden, Online, 6. Mai 2021.

Christ, M.: „Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung“, Vortrag zu den Ergebnissen des Forschungsprojekts im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Stadtpolitik ohne Wachstum?“, Uni Jena, Online, 5. Mai 2021.

Lage, J.: „Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung“. Buchvorstellung in Kooperation mit Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein. Flensburg. 29. April 2021.

Böcker, M.: „Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie nachhaltiger Stadtentwicklung“. Vortrag, Vorstellung des Projektes und Diskussion im Seminar „Angewandte Geographie“ des BA Bildungswissenschaften/Geographie der Europa-Universität Flensburg, 20. April 2021.

Lage, J.: „Quartiere für Menschen. Kommunale Suffizienzpolitik als Weg zu lebenswerten Quartieren?“. Vortrag im Rahmen einer Workshopreihe des Projekts SuPraStadt vor der Bezirksvertretung Mengede. Dortmund, 25. März 2021.

Brüggemann, H.: „Zukunft Hafen-Ost“. Vortrag im Rahmen des Webinars Nachhaltige Stadtgestaltung. 23. Februar 2021.

Lage, J.: „Suffizienz als kommunales Politikfeld“. Vortrag im Rahmen einer Exkursion der Fachbereiche Architektur und Stadtplanung der TU Dresden nach Flensburg. 22. Oktober 2020.

Christ, M./ Lage, J.: „Öffentlicher Wohlstand oder privater Luxus? Möglichkeiten und Hemmnisse kommunaler Suffizienzpolitik“. Vortrag beim Forschungsnetzwerk Suffizienz. Online, 26. Juni 2020.

Christ, M./ Lage, J.: Vernetzungskonferenz Zukunftsstadt. Posterpräsentation. Münster, 2. -3. Dezember 2019.

Knak, A.: „Wie viel ist genug? Kann Suffizienz ein Leitmotiv für Stadtentwicklungspolitik sein?“. Vortrag am Fachbereich für Energie- und Umweltmanagement. Europa-Universität Flensburg, 29. November 2019.

Christ, M./ Lage, J.: „Öffentlicher Wohlstand oder privater Luxus? Möglichkeiten und Hemmnisse kommunaler Suffizienzpolitik“. Vortrag. Kulturpark Zürich, 25. Oktober 2019.

Christ, M./ Lage, J./ Leuser, L./ Sommer, B.: „Städte, Postwachstum und Transformation“. Forum auf der Konferenz „Great Transformation: Die Zukunft moderner Gesellschaften“. Friedrich-Schiller-Universität Jena, 26. September 2019.

Brokow-Loga, A./ Christ, M./ Eckardt, F./ Lage, J./ Leuser, L./ Sommer, B.: „Wohnen im Wandel. Urbane Transformationen zwischen Institutionalisierung und Bewegungspolitik“. Beitrag auf der Konferenz „Great Transformation: Die Zukunft moderner Gesellschaften“. Friedrich-Schiller-Universität Jena, 26. September 2019.

Sommer, B.: „Kommunale Suffizienz: Nachhaltige Stadtentwicklung jenseits des Technofixes“. Vortrag, Hochschule Bremen, 02. Juli 2019.

Christ, M./ Lage, J.: „Umkämpfte Räume. Perspektiven auf soziale und ökologische Konflikte in der Stadt“. Vortrag auf der Konferenz Postwachstumsstadt. Bauhaus Universität Weimar, 10. Mai 2019.

Leuser, L.: „Suffizienz leben - Neue Ansätze in der Wohnkultur“ im Rahmen der Tagung „Gemeinschaftliches Wohnen zu bezahlbaren Mieten in Kiel“. Vortrag Wissenschaftszentrum Kiel, 03. November 2018.

Hellwig, L./ Knak, A.: „Suffizienz als Nachhaltigkeitsstrategie – Einführung und stadtentwicklungspolitischer Kontext“. Vortrag im Bereich Energie- und Umweltmanagement. Europa-Universität Flensburg, 26. Oktober 2018.

Lage, J./ Leuser, L.: „Fläche unter Druck - Sozial-ökologische Dimensionen der Flächeninanspruchnahme in Deutschland“. Vortrag bei dem Interdisziplinären Workshop „Localizing the Sustainable Development Agenda: Städte als Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung?“. Potsdam, 07./08. September 2018.

Lage, J./ Leuser, L.: „Framework Conditions for Sufficiency Policies in German Municipalities - The Influence of Growth Imperatives and Socio-Cultural Dynamics on the Urban Land Consumption“. Vortrag auf der „6th International Degrowth-Conference“. Malmö, 21. - 25. August 2018.

Lage, J.: „Kommunale Suffizienzpolitik als Beitrag zu gelingendem Zusammenleben in Städten?“. Workshop im Rahmen der 8. EUM-Fachtagung. Europa-Universität Flensburg, 01. März 2018.

Knak, A./ Lage, J./ Sommer, B.: „Spielräume für Suffizienzpolitik als partizipative und nachhaltige Stadtentwicklung“. Teilnahme an der Vernetzungskonferenz Zukunftsstadt mit Vortrag. Frankfurt, 13.-14. Dezember 2017.

Presseveröffentlichungen auf Grundlage von Projekt-Inputs

o.A.: „Geld für Großprojekt umweltfreundliche Stadt.“ *Flensburger Tageblatt*, erschienen am 15. November 2017.

o.A.: „Flensburg forscht gegen das Wachstum.“ *Flensburger Tageblatt*. Online: <https://www.shz.de/lokales/flensburger-tageblatt/flensburg-forscht-gegen-das-wachstum-id18337501.html>, erschienen am 16. November 2017.

o.A.: „Stadt Flensburg und Uni starten Projekt zur Stadtentwicklung.“ *Flensburg Avis*, erschienen am 16. November 2017.

Schmidt, A.: „Zukunftsstadt: Forschung für klimaresiliente, sozial-ökologisch gerechte und lebenswerte Städte.“ *GAIA* 04/17.

Jüngling, T.: „Politik zum Durchatmen.“ *54°Nord*. Online: <https://www.uni-flensburg.de/fileadmin/content/zentren/nec/dokumente/projekte/54nord-genugistgenug-maerz2018.pdf>, erschienen im März 2018.

Jüngling, T.: „Genug ist genug.“ *54°Nord*. Online: <https://www.uni-flensburg.de/fileadmin/content/zentren/nec/dokumente/projekte/54nord-genugistgenug-maerz2018.pdf>, erschienen im März 2018.

Jolly, C.: „Projekt: Flensburger Norderstraße ohne parkende Autos.“ *Flensburger Tageblatt*, erschienen am 31. Mai 2018.

Jolly, C.: „Geht das? Die Welt retten, ohne zu verzichten.“ *Flensburger Tageblatt*, erschienen am 13. Juni 2018.

Jolly, C.: „Warum braucht das Auto Wasserblick?“. Interview mit Michaela Christ im *Flensburger Tageblatt*, erschienen am 23. August 2018.

o.A.: „Die Stadt wird zum Labor“. *Flensburger Tageblatt*, erschienen am 12. Februar 2019.

o.A.: Interview mit Bernd Sommer. *Weser Kurier*, erschienen am 06. Juni 2019.

Lorenz, T.: „Gemeinwohl-Ökonomie: Wenn Marktwirtschaft auf Nachhaltigkeit trifft“. Montagsinterview mit Bernd Sommer, *Flensburger Tageblatt*. Online: <https://www.shz.de/25892852>, erschienen am 07. Oktober 2019.

o.A.: „Stadt lädt zum Austausch ein.“ *Flensburg Avis*, erschienen am 28. Dezember 2019.

Heldt, J.: „So sollen Flensburgs Einwohner bei der Umgestaltung des Hafens-Ost beteiligt werden“. *Flensburger Tageblatt*. Online: <https://www.shz.de/26931097>, erschienen am 09. Januar 2020.

o.A.: Hinweis auf den öffentlichen Stadt-Dialog, *Wochenschau Flensburg*, erschienen am 12. Januar 2020.

o.A.: Bericht über Reallabor Hafens-Ost und Beteiligungsformat, *MoinMoin*, erschienen am 15. Januar 2020.

Heldt, J.: „Ein etwas anderer Stadtdialog“. *Flensburger Tageblatt*, erschienen am 18. Januar 2020.

Heldt, J.: „Bürgerveranstaltungen zum Hafens-Ost kosten 36.000 Euro im Jahr 2020“. Online: <https://www.shz.de/27429662>. *Erschienen* am 19. Februar 2020.

o.A.: „Stadt und Uni: Wie wird weniger genug?“. *Flensburger Tageblatt*, erschienen am 26. Oktober 2020.

Preker, A.: „Weniger ist schwer. Kampf um den Flächenfraß in Städten.“ Online: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/flaechenfrass-flensburg-versucht-suffizienz-um-setzt-auf-kommunalen-grundstueckskauf-a-612d7fbd-8c2e-437e-b017-1d012fed8ce0>. *Spiegel Online*, 14. November 2020.

NDR-Fernsehen: Schleswig-Holstein Magazin: „SH spitze beim Flächenverbrauch: Wie Flensburg neuen Wohnraum schafft“ mit Michaela Christ und Henning Brüggemann. Online: https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/schleswig-holstein_magazin/Schleswig-Holstein-Magazin_sendung1113548.html. *NDR*, gesendet am 07. Januar 2021.

o.A.: Pressemitteilung zur neuesten Publikation des EHSS-Projektes („Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung“). *Deutscher Städtetag*, erschienen am 14. Januar 2021.

o.A. „Städte im Kampf gegen Ressourcenverbrauch und Klimawandel: Wie wird weniger genug?“. *Architekturblatt*, erschienen am 18. Januar 2021.

o.A.: „Städte im Kampf gegen Ressourcenverbrauch und Klimawandel“. *UmweltDialog*. Online: <https://www.umweltdialog.de/de/management/Publikationen/2021/Staedte-im-Kampf-gegen-Ressourcenverbrauch-und-Klimawandel.php>, erschienen am 22. Januar 2021.

NDR-Fernsehen: Kulturjournal: „Wohnungsbau: Flensburgs Kampf gegen Flächenverschwendung“ mit Henning Brüggemann und Bernd Sommer. *NDR*. Online: <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/kulturjournal/Wohnungsbau-Flensburgs-Kampf-gegen-Flaechenverschwendung,kulturjournal7864.html>, gesendet am 25. Januar 2021.

Heintze, P.-N.: „Studie aus Flensburg erklärt: Darum hilft Genügsamkeit gegen den Klimawandel“. Online: <https://www.shz.de/31033187>. *SHZ*, erschienen am 25. Januar 2021.

Mit dem Projekt verbundene Qualifizierungsarbeiten Masterarbeiten

Bahnsen, K. (2020): Nachhaltig wohnen im Alter auf dem Land - Utopie oder Realität? Masterarbeit im Rahmen des Masterstudiengangs Transformationsstudien an der Europa-Universität Flensburg (betreut durch Michaela Christ und Holger Jahnke). August 2020.

Clasen, K (2020): Die Entstehung der autogerechten Stadt am Beispiel der Flensburger Osttangente. Masterarbeit im Rahmen des Masterstudiengangs Transformationsstudien an der Europa-Universität Flensburg (betreut durch Jonas Lage und Bernd Sommer). August 2020.

Humpert, F. (2020): „Ich würd' gern wieder fliegen“ – Wahrnehmung des Nicht-Fliegens von Akademiker*innen. Masterarbeit im Rahmen des Masterstudiengangs Transformationsstudien an der Europa-Universität Flensburg (betreut durch Jonas Lage und Bernd Sommer). Mai 2020.

Mahrt, L. (2020): Does it spark Suffizienz? Eine Analyse von Marie Kondos Werk Magic Cleaning in Bezug auf Suffizienz als Nachhaltigkeitsstrategie. Masterarbeit im Rahmen des Masterstudiengangs Transformationsstudien an der Europa-Universität Flensburg (betreut durch Michaela Christ und Michaela Christ). November 2020.

Nesbigall Thun, S. (2021): Permakultur – eine (reale) Utopie? Eine Analyse der Permakultur entlang Erik Olin Wrights Theorie der „realen Utopien“. Masterarbeit im Rahmen des Masterstudiengangs Transformationsstudien an der Europa-Universität Flensburg (betreut durch Michaela Christ und Maike Böcker). Juni 2021.

Rockenbach, M. (2020): Gestalt und Genese subjektiver Steigerungslogiken in spätmodernen Gesellschaften nach Hartmut Rosa. Masterarbeit im Rahmen des Masterstudiengangs Transformationsstudien an der Europa-Universität Flensburg (betreut durch Jonas Lage und Bernd Sommer). Juli 2020.

Sarin, J. (2021): PKW-Stellplätze: Umkämpfte Räume in der suffizienten Stadtentwicklung – Eine qualitative Analyse kommunaler Perspektiven. Masterarbeit im Rahmen des Masterstudiengangs Transformationsstudien an der Europa-Universität Flensburg (betreut durch Michaela Christ und Maike Böcker). Mai 2021.

Austausch und Kooperation, Transfer von Ergebnissen, Öffentlichkeitskommunikation

Brüggemann, H./ Knak, A./ Sommer, B.: „Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung“. Vortrag im Finanzausschuss der Stadt Flensburg, 11. März 2021.

Böcker, M./ Humpert, F./ Lage, J.: Neues aus der Wissenschaft: Suffizienz – Strategie für nachhaltige Stadtentwicklung. Blog Postwachstum, 5. März 2011. Online: <https://www.postwachstum.de/suffizienz-strategie-fuer-nachhaltige-stadtentwicklung-20210305>

Glindemann, A./ Knak, A./Mahrt, L.: Konzeption eines App-gestützten suffizienzorientierten Spaziergangs durch Flensburg, Online: <https://transformwerk.org/suffizienz-in-flensburg/>, März 2021.

Christ, M./ Sommer, B.: „Wie wird weniger genug?“. Vortrag beim Management Board Zukunftsstadt. Online. 24. Februar 2021.

Brüggemann, H./ Christ, M./ Knak, A.: „Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung“. Vortrag im Ausschuss für Umwelt, Planung und Stadtentwicklung der Stadt Flensburg, 23. Februar 2021.

Brüggemann, H./ Knak, A.: „Weniger ist schwer, aber möglich“. Impulsvortrag und Diskussion in dem Arbeitskreis Umwelt der SPD-Fraktion der Ratsversammlung der Stadt Flensburg, 19. November 2020.

Brüggemann, H.: „FAG – Bedarfs- und zielgerechte Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs“. Vortrag im Rahmen der mündlichen Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs. Kiel, 30. September 2020.

Brüggemann, H./ Knak, A.: Schriftliche Stellungnahme der Stadt Flensburg im Rahmen der schriftlichen Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages zum Entwurf eines Gesetzes zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs, 08. Juli 2020.

Knak, A./ Lage, J.: „Suffi...was? Suffizienz als ein Leitmotiv für Stadtentwicklung“. Impulsvortrag und Diskussion im Rahmen der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Flensburg Bündnis 90/Die Grünen, Flensburg, 28. November 2019.

Knak, A.: Teilnahme an der Vernetzungskonferenz „Experimente in urbanen Reallaboren“ – SynVer*Z. Querschnittsworkshop beim Deutschen Institut für Urbanistik. Berlin, 28. Juni 2019.

Bauriedl, S./ Behrends, T./ Christ, M./ Sommer, B.: Impulsvortrag mit Projektvorstellung „Perspektiven auf Transformationsforschung an der EUF“ beim Tag der Forschungsförderung. Europa-Universität Flensburg, 25. Juni 2019.

Lage, J.: Teilnahme an der Tagung „Boden, Wirtschaft, Gesellschaft. – Ressourcen für ein Recht auf Wohnen“. Bauhaus-Universität Weimar, 23.-24. Mai 2019.

Brüggemann, H./ Lage, J./ Knak, A./ Sommer, B.: „Entwicklungschancen- und Hemmnisse suffizienzorientierter Stadtentwicklung“. Vortrag und Vorstellung des Projektes im Ausschuss für Umwelt, Planung und Stadtentwicklung der Stadt Flensburg, Flensburg, 21. Mai 2019.

Knak, A.: „Suffizienz als Nachhaltigkeitsstrategie – Einführung und stadtentwicklungspolitischer Kontext“. Vortrag und Vorstellung des Projektes im Rahmen des Koordinatoren- und Planertreffens der Fachbereiche der Stadt Flensburg, 22. Februar 2019.

Leuser, L./ Vetter, A./ Punjanski, A.: „Degrowth durch Suffizienz.“ Diskussion, Freies Sender Kombinat Hamburg (FSK), 29. Juni 2018.

Brüggemann, H./ Christ, M.: „Wie viel ist genug? Kann Suffizienz ein Leitmotiv für Stadtentwicklung sein?“. Vortrag vor der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Kiel, 19. Januar 2018.

Brüggemann, H./ Christ, M./ Erichsen, B./ Knak, A./ Lage, J./ Leuser, L./ Sommer, B.: Pressekonferenz zum Start des Forschungsprojekts „Entwicklungschancen und -hemmnisse für eine suffizienzorientierte Stadtentwicklung“. Rathaus Flensburg, 15. November 2017.

Literatur- und Quellenverzeichnis

BBSR, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2015): Die Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus. Bevölkerung, private Haushalte und Erwerbspersonen. Bonn: BBR.

Becker, S. (2017): Individuelles Rebound-Verhalten in der Pkw-Mobilität. Das Wechselspiel von Effizienzverbesserung und Nachfrigesteigerung. Wiesbaden: Springer VS.

Behrendt S./ Göll E./ Korte F. (2018): Effizienz, Konsistenz, Suffizienz. Strategieanalytische Betrachtung für eine Green Economy. Berlin: IZT - Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gemeinnützige GmbH.

Bergmann, M./ Bos, J. J./ Burch, S. et al. (2016): „Learning through evaluation – A tentative evaluative scheme for sustainability transition experiments“. In: Journal of Cleaner Production. Online: <http://dx.doi.org/10.1016/j.jclepro.2016.09.005>.

Blechs Schmidt, P. (2016): Verschobene Zauberformeln. In: Süddeutsche Zeitung. Erschienen am 17. November 2016.

BMI, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020). Neue Leipzig Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl. Berlin: BMI. Online: <https://www.bmi.bund.de/Shared-Docs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/eu-rp/gemeinsame-erklaerungen/neue-leipzig-charta-2020.pdf?blob=publicationFile&v=6>.

BMUB, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2007), Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Berlin: BMUB. Online: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Nationale_Stadtentwicklung/leipzig_charta_de_bf.pdf.

Bock, S. [Hrsg.] (2011): Nachhaltiges Flächenmanagement - ein Handbuch für die Praxis. Ergebnisse aus der REFINA-Forschung. Berlin, Weimar: Dt. Inst. für Urbanistik; Bauhaus-Univ.

Böcker, M./ Brüggemann, H./ Christ, M./ Knak, A./ Lage, J./ Sommer, B. (2021): Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung. München: oekom verlag.

Böcker, M./ Lage, J./ Christ, M. (2021): „Weniger ist schwer. Suffizienzorientierte Stadtgestaltung als kommunales Konfliktfeld“. In: Soziologie und Nachhaltigkeit - Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung. (eingereicht, in Begutachtung).

Bourdieu P. (1998): Der Einzige und sein Eigenheim. Hamburg: VSA.

Brokow-Loga, A./ Eckhardt, F. [Hrsg.]: Postwachstumsstadt Konturen einer solidarischen Stadtpolitik. München: oekom.

Brüggemann, H. (2020a): Schriftliche Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Entwurf eines Gesetzes zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs. Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 19/2119. Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 19/4291. Online: <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/umdrucke/04200/umdruck-19-04291.pdf>

Brüggemann, H. (2020b): FAG: Bedarfs- und zielgerechte Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs (Vortragspräsentation). Innen- und Rechtsausschuss. Landtag Kiel. 30. September 2020. Online: http://www.landtag.ltsh.de/export/sites/ltsh/infothek/wahl19/aussch/iur/niederschrift/2020/19-094_09-20Anlage1.pdf

BUND (2017): Perspektive 2030: Suffizienz in der Praxis. Wie Kommunal- und Bundespolitik eine nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Mobilität, Materialverbrauch, Energie, Landwirtschaft und Ernährung gestalten können. Ein Impulspapier. Berlin: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.. Online: https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/ressourcen_und_technik/suffizienz_perspektive_2030_impulspapier.pdf.

Bundesrat (2011): Beschluss des Bundesrates. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa. KOM(2011) 571 Ratsdok. 14632/11 Drucksache 590/11 (Beschluss).

Chitnis, M./ Sorrell, S./ Druckman, A. et al. (2014): „Who rebounds most? Estimating direct and indirect rebound effects for different UK socioeconomic groups“. In: Ecological Economics, 106, S. 12–32.

Christ, M./ Lage, J. (2020): „Umkämpfte Räume. Suffizienzpolitik als Lösung für sozial-ökologische Probleme in der Stadt?“. In: Brokow-Loga, A./ Eckhardt, F. [Hrsg.]: Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik. München: oekom, S. 80-98.

Danielzyk, R./ Dittrich-Wesebuer, A./ Osterhagen, F./ Oostendorp, R. (2012): Wohnstandortentscheidungen von Familien mit Kindern: Trendverschiebung im Zuge der Spätmoderne. In: Weixlbaumer, N./ Danielzyk, R. [Hrsg.]: Anthologie zur Sozialgeographie. Wien: Inst. für Geographie und Regionalforschung, S. 9–34.

Davis, M. (2009): „Wer wird die Arche bauen? Das Gebot utopischen Denkens im Zeitalter der Katastrophen“. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2, S. 41–59.

Die Bundesregierung (2017): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Neuauflage 2016. Berlin: Die Bundesregierung.

Döring, J./ Ott, K. (2004): Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit. Marburg: Verlag. 2004.

Dörre, K./ Lessenich, S./ Rosa, H. (2011): Antrag auf Förderung einer Kolleg-Forscher_innengruppe der DFG zum Thema Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. (De-) Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften. Online: http://www.kolleg-postwachs-tum.de/sozwgmedia/dokumente/Forschungsantrag/Forschungskolleg_Vollantrag_kurz.pdf.

- Elias, N. (1991): Die Gesellschaft der Individuen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fischer, C./ Claudius, J./ Förster, H. et al. (2020): Möglichkeiten der Instrumentierung von Energieverbrauchsreduktion durch Verhaltensänderung (UBA Texte 56/2020). Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Geertz C. (1987 [1973]): Dichte Beschreibung. Beiträge zum verstehen kultureller Systeme. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Glaser, B./ Strauss, A. (1967): The discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research. Chicago: Aldine.
- Glindemann, A. (2020): „Suffizientes Verhalten planerisch fördern.“ unveröffentlichte Masterarbeit.
- Goetzke, R./ Schlump C./ Hoymann J. et al. (2014): Flächenverbrauch, Flächenpotenziale und Trends 2030. In: BBSR-Analysen kompakt, 2014/7. Bonn: BBR.
- Goetzke, R./ Schlump, C./ Hoymann, J./ Beckmann, G./ Dosch, F. (2014): Flächenverbrauch, Flächenpotenziale und Trends 2030. Beiträge zum Siedlungsflächenmonitoring im Bundesgebiet. Bonn: BBR.
- Groß, M./ Hoffmann-Riem, H./ Krohn, W. (2005): Realexperimente. Ökologische Gestaltungsprozesse in der Wissensgesellschaft. Bielefeld: transcript.
- Gunreben, M./ Dahmann, I./ Frie, B./ Hensel, R./ Penn-Bressel, G./ Dosch, F. (2007): Die Erhebung eines bundesweiten Indikators „Bodenversiegelung“. In: Bodenschutz - Erhaltung, Nutzung und Wiederherstellung von Böden, 2, S. 34–38.
- Häußermann, H./ Siebel, W. (1996): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. In: Hurrelmann, K. [Hrsg.]: Grundlagentexte Soziologie. Weinheim und München: Juventa, S. 11–56.
- Henger, R. (2018): Wohnungspolitik gegen Zersiedelung. Köln.
- Hohmeyer, O./ Beer, M./ Jahn, M. et al. (2013): Masterplan 100 % Klimaschutz Flensburg. CO2-Neutralität und Halbierung des Energiebedarfs bis zum Jahr 2050. Flensburg: Stadt Flensburg. Online: <https://www.flensburg.de/Schnellnavigation/Suchergebnis/index.php?La=1&NavID=2306.72&object=med,2306.5194.1.PDF>.
- Hohmeyer, O./ Maas, H./ Beer, M. (2011): Integriertes Klimaschutzkonzept Flensburg. Der Kurs zur CO2-Neutralität 2050. Flensburg: Stadt Flensburg. Online: https://www.flensburg.de/PDF/Integriertes_Klimaschutzkonzept.PDF?ObjSvrID=2306&ObjID=1847&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1499264974.
- Hui, A./ Day, R./ Walker, G. (2018): Demanding Energy: An Introduction. In: Hui, A./ Day, R./ Walker, G. [Hrsg.]: Demanding Energy Space, Time and Change. Cham: Palgrave Macmillan, S. 1-24.
- Jahn, T./ Keil, F. (2016): „Reallabore im Kontext transdisziplinärer Forschung“. In: GAIA - Ökologische Perspektiven für Wissenschaft und Gesellschaft 4, S. 247–252.
- Kaschuba, Wolfgang (2007): Das Einfamilienhaus: Zwischen Traum und Trauma? In: archithese 3, 18–21.
- Klemme, M. (2009): Stadtentwicklung ohne Wachstum. Zur Praxis kommunaler Siedlungsflächenentwicklung. Dissertation. Aachen: Publikationsserver der RWTH Aachen University.

Kopatz, M. (2016): Kommunale Suffizienzpolitik. Strategische Perspektiven für Städte, Länder und Bund. Kurzstudie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Berlin: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Krausmann, F./ Fischer-Kowalski, M. (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Globale Transformationen der Energie- und Materialflüsse. In: Sieder, R./ Langthaler, E. [Hrsg.]: Globalgeschichte 1800-2010. Wien: Böhlau, S. 39–66.

Krotz, F. (2018): „Grounded Theory als integrierte Folge von Einzelfallstudien. Besonderheiten eines Forschungsverfahrens“. In: Pentzold, C./ Bischof, A. und Heise, N. [Hrsg.]: Praxis Grounded Theory. Theoriegenerierendes empirisches Forschen in medienbezogenen Lebenswelten. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Wiesbaden: Springer VS, S. 53–72.

Kuhn, K. und Heinrichs, H. (2011): „Partizipation, Kooperation und nachhaltige Entwicklung im Kontext des globalen Wandels“. In: Heinrichs, H./ Kuhn, K./ Hetwig, J. [Hrsg.]: Nachhaltige Gesellschaft. Welche Rolle für Partizipation und Kooperation? Wiesbaden: VS, S. 15-24.

Lage, J./ Böcker, M./ Christ, M. (2021): „Öffentlicher Wohlstand statt privatem Luxus? Strategien gelingender Suffizienzpolitiken in kommunalen Verwaltungen“. (in Bearbeitung).

Lage, J./ Leuser, L. (2019): „Fläche unter Druck. Sozial-Ökologische Dimensionen der Flächennutzung in deutschen Wachstumsregionen“. In: GAIA - Ökologische Perspektiven für Wissenschaft und Gesellschaft. 4 (2019): S. 365-373.

Lamla, J. (2013): Verbraucherdemokratie. Politische Soziologie der Konsumgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Landsberg, G./ Articus, S./ Thöne, M./ Junkernheinrich, M./ Rosenfeld, M. T. W./ Deubel, I. (2010): Kommunen in der Krise. In: Wirtschaftsdienst 90, 5, S. 283–308.

Libbe, J./ Bendlin, L./ Riechel, R. et al. (2020): Memorandum Post-Corona-Stadt. Für eine suffiziente und resiliente Entwicklung von Städten und Regionen. Berlin: Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt -SynVer*Z-; Stadt-Land-Plus; KomKomIn; ReQ+. Online: https://repository.difu.de/jspui/bitstream/difu/577328/1/20200729_Memorandum_Post-Corona-FINAL_BMBF.pdf.

Linz, M. (2004): Weder Mangel noch Übermaß - Über Suffizienz und Suffizienzforschung. Wuppertal Papers No. 145. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

Linz, M. (2015): Suffizienz als politische Praxis. Ein Katalog. Wuppertal Spezial Nr. 49. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

Linz, M. (2017): Wie Suffizienzpolitiken gelingen. Wuppertal Spezial Nr. 52. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

Linz, M./ Bartelmus, P./ Hennicke, P. et al. (2002) [Hrsg.]: Von nichts zu viel. Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit. Wuppertal Papers Nr. 125. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

Mattern, P. (2018): Droht ein neuer Substandard? Oder Was passiert, wenn der Wohnungsmangel nicht behoben wird? In: Prokla 191. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 48, 191, S. 334-345.

Menzl, M. (2017): Das Eigenheim im Grünen. Kontinuität und Wandel eines Sehnsuchtsortes. In: ZfK - Zeitschrift für Kulturwissenschaften, S. 117-132.

- Michelsen, Claus (2018): Baukindergeld löst nicht die Probleme auf dem Wohnungsmarkt. Berlin: DIW - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Niewöhner, J./ Scheffer, T. (2010): Thickening Comparison: On The Multiple Facets Of Comparability. In: Scheffer, T./ Niewöhner, J. [Hrsg.]: Thick Comparison Reviving the Ethnographic Aspiration. Leiden / Boston: Brill, S. 1-16.
- Petkova, K./ Weichenrieder, A. (2017): Reformpläne bei der Grunderwerbsteuer. In: ifo Schnelldienst 21/2017, S. 13-16.
- Petzet, M./ Heilmeyer, F. (2012): Reduce, Reuse, Recycle: Ressource Architektur. Stuttgart. Ostfildern / Berlin: Hatje Cantz.
- PIK – Potsdam Institut für Klimafolgenforschung / Asia Society (2015): 4C: Changing Climate, Changing Cities. The Great Urban Transformation. Memorandum from the 4th Nobel Laureates Symposium on Global Sustainability. Online: https://asiasociety.org/sites/default/files/2/2015_nobel_laureates_symposium_MEMORANDUM_EN.pdf
- Profijt, M (2018): Mobilitätssuffizienz. Grundlagen – Messung – Förderung (Wuppertaler Schriften Band 11). Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Przyborski, A./ Wohlrab-Sahr, M. (2014): Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch. München: Oldenbourg.
- Rammler, S. (2010): „Von der guten Form zur guten Gesellschaft – kritisches Design als Weltdesign?!“, in: Hochschule für Bildende Künste Hamburg (Hrsg.), Lerchen_feld05 _Critical Design. Hamburg: HBKH, S. 19-24.
- Raworth, K. (2012): A Safe and Just Space for Humanity. Can we live within the Doughnut?, Oxford: Oxfam.
- Rienits T. (2014): Die Stadt als Ressource. Eine Einleitung. In: Rienits T, Kretschmann N, Perret M, Professur Kees Christiaanse, ETH Zürich [Hrsg.]: Die Stadt als Ressource Texte und Projekte 2005-2014, S. 9-24. Berlin: Jovis.
- Rosa, H. (2011): Über die Verwechslung von Kauf und Konsum: Paradoxien der spätmodernen Konsumkultur. In: Heidbrink, L./ Schmidt, I./ Ahaus, B. [Hrsg.]: Die Verantwortung des Konsumenten. Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH, S. 115-132.
- Rosa, H. (2016): Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: Suhrkamp.
- Rösch, S.: Urbanisierung - Demographische Entwicklungen und Auswirkungen im globalen Vergleich. Stuttgart: LBBW.
- Scheiner, J./ Reuschke, D./ Friese, M. (2011): Umzugsverhalten älterer Menschen. Vorsorgend, nachsorgend oder gar nicht? Dortmund.
- Schneidewind, U. (2014): „Urbane Reallbore – ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt“. In: Pnd online. III, S. 1-7.
- Schneidewind, U./ Palzkill, A./ Scheck, H./ (2012): „Der Beitrag von Unternehmen zur großen Transformation“. In: Hahn, R./ Janzen, H./ Matten, D. [Hrsg.]: Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmens. Hintergründe, Schwerpunkte und Zukunftsperspektiven. Stuttgart: Schäffer-Pöschl, S. 497-527.

Schneidewind, U./ Singer-Brodowski, M. (2014): „Vom experimentellen Lernen zum transformativen Experimentieren – Reallabore als Katalysator für eine lernende Gesellschaft auf dem Weg zu einer Nachhaltigen Entwicklung“. In: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik 16, 1, S. 10-23.

Schneidewind, U./ Zahrnt, A. (2013): Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik. München: oekom.

Seidl, I./ Zahrnt, A. (2012): „Damit einfaches Leben einfacher wird“. In: umwelt aktuell. Oktober, S. 2-3.

SHP Ingenieure (2018): Masterplan Mobilität 2030: Endbericht. Hannover: Stadt Flensburg. Online: https://www.flensburg.de/PDF/Bericht_Masterplan_Mobilit%C3%A4t.PDF?ObjSvrID=2306&ObjID=7957&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1543906562.

Siedentop, S. [Hrsg.] (2009): Einflussfaktoren der Neuinanspruchnahme von Flächen. Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Sommer, B./ Welzer, H. (2014): Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne. München: oekom.

Sorrell, S. (2009): „Jevon's Paradox revisited: The evidence for backfire from improved energy efficiency“. In: Energy Policy, 37, S. 1456-1469.

SRU, Sachverständigenrat für Umweltfragen: (2016): Umweltgutachten 2016. Impulse für eine integrative Umweltpolitik. Berlin: SRU.

Stadt Flensburg (2018): Perspektiven für Flensburg. Ein integriertes Stadtentwicklungskonzept, Flensburg: Stadt Flensburg. Online: https://www.flensburg.de/PDF/Perspektiven_f%C3%BCr_Flensburg_Druckansicht_.PDF?ObjSvrID=2306&ObjID=6870&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1542120348.

Stadt Flensburg (2020a): Zukunft Hafen-Ost. Leitlinien für die Entwicklung eines nachhaltigen urbanen Quartiers. Flensburg: Stadt Flensburg. Online: https://www.ihrsan.de/fileadmin/Content/PDF_and/Images/Hafen-Ost/2020-11-02_ZHO_Flyer_8-Seiter_Internet.pdf

Stadt Flensburg (2020b): Zukunft Hafen-Ost. Ergebnisse des Dialogprozesses im 1. Halbjahr 2020. Flensburg: Stadt Flensburg.

Stadt Flensburg (2020c): RV-81/2020; Resolution zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs; hier: Stärkung der Zentren und insbesondere der kreisfreien Städte Antrag der Flensburger Ratsfraktionen (SSW, SPD, Grüne, Die Linke, Flensburg WÄHLEN!, Wir in Flensburg). Flensburg: Stadt Flensburg. Online: https://ratsinfo.flensburg.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZT9Yh-aHQMb_XrjhK-Soc8OGE5Yr51xiFp2_a2GHN44ML/Resolution_der_Ratsfraktionen_RV-81-2020.pdf.

Stadt Flensburg (2021): Wachstumstreiber und Suffizienzhindernisse auf kommunaler Ebene – eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung rechtlicher Aspekte (Autorin: Alexandra Knak). Flensburg: Stadt Flensburg (im Erscheinen).

Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.

Strübing, J. (2014): Grounded Theory and Theoretical Sampling. In: Nina Baur und Jörg Blasius [Hrsg.]: Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 457-472.

- Sturm, G./ Güleş, A. (2013): Wohnstandorte von Großstadtfamilien - Kommunalstatistiken im Vergleich. In: Informationen zur Raumentwicklung, 6, S. 541-554.
- Taeger, U. (2006): Den Naturverbrauch steuern - Steuern und Abgaben auf den Flächenverbrauch. In: Meyer, C./ Schweppe-Kraft, B. [Hrsg.]: Integration ökologischer Aspekte in die Finanzpolitik. Referate der Tagung „Ökologische Finanzreform und Naturschutz“. Bonn: BfN, S. 25-38.
- Turner, K. (2013): „'Rebound' effects from increased energy efficiency: A time to pause and reflect“. In: Energy Journal. 34, S. 25-42.
- UBA (2016a): Rebound-Effekte: Wie können sie effektiv begrenzt werden? Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- UBA (2016b): Wirkung von Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- van Dyk, S. (2013): In guter Gesellschaft? Wandel in den Randzonen des Sozialen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 63/13-14, 14–20.
- Veblen, T. (2003 [1899]): The Theory of the Leisure Class <https://discoversocialsciences.com/wp-content/uploads/2018/02/veblen_theory-leisure-class1.pdf>.
- von Winterfeld, U. (2002): „Reflexionen zur politischen Dimension von Suffizienz in sieben Etappen“. In: Linz, M./ Bartelmus, P./ Hennicke, P. et al. [Hrsg.]: Von nichts zu viel. Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit. Wuppertal Papers 125. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, S. 27-38.
- von Winterfeld, U. (2011): „Vom Recht auf Suffizienz“. In: Rätz, W./ von Egan-Krieger, T./ Muraca, B. et al. [Hrsg.]: Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben. Hamburg: VSA, S. 57-65.
- Wagner, F./ Grunwald, A. (2015): „Reallabore als Forschungs- und Transformationsinstrument - Die Quadratur des hermeneutischen Zirkels“. In: GAIA - Ökologische Perspektiven für Wissenschaft und Gesellschaft. 24, 1, S. 26-31.
- Wanner, M./ Hilger, A./ Westerkowski, J./ Rose, M./ Stelzer, F. & Schöpke, N. (2018): Towards a Cyclical Concept of Real-world Laboratories: A Transdisciplinary Research Practice for Sustainability Transitions. In: disP - The Planning Review. 54/2, S. 94-114.
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2016): Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte, Berlin: WBGU
- Welzer, H. (2011): Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam. Online: http://www.boell.de/sites/default/files/Endf_Mentale_Infrastrukturen.pdf.
- Zaspel, B. (2011): Regionale Gewerbeflächenpolitik - Eine Wirkungsabschätzung regionalplanerischer Instrumente. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades. Bonn.
- Zell-Ziegler C./ Förster H. (2018): Mit Suffizienz mehr Klimaschutz modellieren. Relevanz von Suffizienz in der Modellierung, Übersicht über die aktuelle Modellierungspraxis und Ableitung methodischer Empfehlungen (UBA Texte 55/2018). Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. Online: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/suffizienz-mehr-klimaschutz-modellieren>

Verzeichnis der Anlagen

- Anlage 1: Programm Abschlussveranstaltung: „Wie wird weniger genug? Stadt. Gestaltung. Suffizienz“. Digitale Veranstaltungsreihe zum Abschluss des Projekts, 28. Oktober - 4. November 2020.
- Anlage 2: Programme Beteiligungsverfahren: „Zukunft Hafen-Ost. Entwicklung eines nachhaltigen urbanen Quartiers“. Gemeinsame Veranstaltung des Projekts mit dem Fachbereich Stadtentwicklung und Klimaschutz. Bürgerhalle Flensburg, 16.-18. Januar 2020.
- Anlage 3: Programm Transdisziplinärer Workshop 1: „Ist weniger mehr?“. Workshop zu kommunalen Wachstumstreibern. Rathaus der Stadt Flensburg, 14. Juni 2018.
- Anlage 4: Programm Transdisziplinärer Workshop 2: „Die Stadt in Gegenwart und Zukunft. Suffizientes Wohnen und verkehrsreduzierte Mobilität“. Workshop im Rahmen des Projekts. Hans-Christiansen-Haus Flensburg, 13. – 14. Februar 2019.
- Anlage 5: Programm Transdisziplinärer Workshop 3: „Suffizienz durch Beteiligung? Zur Bedeutung der Beteiligung von Einwohner*innen an einer nachhaltigen Stadtentwicklung“. Tagung. Dänische Zentralbibliothek Flensburg, 08. Oktober 2019.
- Anlage 6: Poster zu EHSS, erstellt für die BMBF-Vernetzungskonferenz Zukunftsstadt in Frankfurt vom 13.-14. Dezember 2017.
- Anlage 7: Poster zu EHSS, erstellt für die BMBF-Konferenz Zukunftsstadt 2019: „Klima-aktiv, innovativ, digital“, 2.-3. Dezember 2019, Münster.
- Anlage 8: Veröffentlichung: Böcker, M./ Brüggemann, H./ Christ, M./ Lage, J./ Knak, A./ Sommer, B. (2021): Wie wird weniger genug? Suffizienz als Strategie für eine nachhaltige Stadtentwicklung. München: oekom.
- Anlage 9: Veröffentlichung: Böcker, M./Lage, J./Christ, M. (2021): „Weniger ist schwer. Suffizienzorientierte Stadtgestaltung als kommunales Konfliktfeld“. In: Soziologie und Nachhaltigkeit - Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung (eingereicht, in Begutachtung).
- Anlage 10: Veröffentlichung: Christ, M./ Lage, J. (2021): Eine Frage des Maßes. In: ProClim Flash 73/2021, S. 16-17.
- Anlage 11: Veröffentlichung: Christ, M./ Lage, J. (2020): Umkämpfte Räume. Suffizienzpolitik als Lösung für sozial-ökologische Probleme in der Stadt? In: Brokow-Loga, A./ Eckhardt, F. [Hrsg.]: Postwachstumsstadt. Konturen einer solidarischen Stadtpolitik. München: oekom, S. 184-203.
- Anlage 12: Veröffentlichung: Kalt, T./ Lage, J. (2019): Die Ressourcenfrage (re)politisieren! Suffizienz, Gerechtigkeit und sozial-ökologische Transformation. In: GAIA, 28 (3), S. 256-259.
- Anlage 13: Veröffentlichung: Lage, J./ Leuser, L. (2019): Fläche unter Druck. Sozial-ökologische Dimensionen der Flächennutzung in deutschen Wachstumsregionen. In: GAIA, 28 (4), S. 365-373.
- Anlage 14: Veröffentlichung: Stadt Flensburg (2020a): Zukunft Hafen-Ost. Ergebnisse des Dialogprozesses im 1. Halbjahr 2020. Flensburg: Stadt Flensburg.
- Anlage 15: Veröffentlichung: Stadt Flensburg (2020b): Zukunft Hafen-Ost. Leitlinien für die Entwicklung eines nachhaltigen urbanen Quartiers. Flensburg: Stadt Flensburg.

Anlage 16: Stellungnahme Henning Brüggemann. Schriftliche Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Entwurf eines Gesetzes zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs. Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 19/2119. Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 19/4291.

Anlage 17: Veröffentlichung: Stadt Flensburg (2021): Wachstumstreiber und Suffizienzhindernisse auf kommunaler Ebene – eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung rechtlicher Aspekte (Autorin: Alexandra Knak). Flensburg: Stadt Flensburg (im Erscheinen).

Anlage 18: Erfolgskontrollbericht Norbert Elias Center (nicht öffentlich)

Anlage 19: Erfolgskontrollbericht Stadt Flensburg (nicht öffentlich)

III. Berichtsblatt (Kurzfassung dt.)

1. ISBN oder ISSN	2. Berichtsart Schlussbericht
3. Titel Schlussbericht für das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben „Entwicklungschancen und -hemmnisse einer suffizienzorientierten Stadtentwicklung (EHSS)“	
4. Autor*innen Böcker, Maike / Brüggemann, Henning / Christ, Michaela / Humpert, Franziska / Knak, Alexandra / Lange, Jonas / Sommer, Bernd	5. Abschlussdatum des Vorhabens 31.01.2021
	6. Veröffentlichungsdatum
	7. Form der Publikation Schlussbericht
8. Durchführende Institutionen Norbert Elias Center (NEC), Europa-Universität Flensburg Dr. Michaela Christ (Verbundkoordinatorin) und Dr. Bernd Sommer, Auf dem Campus 1, 24943 Flensburg Stadt Flensburg Bürgermeister Henning Brüggemann, Rathaus, 24931 Flensburg	9. Ber. Nr. Durchführende Institution
	10. Förderkennzeichen *) 01UR1704 A+B
	11. Seitenzahl 62
12. Fördernde Institution Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 53170 Bonn	13. Literaturangaben 101
	14. Tabellen 2
	15. Abbildungen 5
16. Zusätzliche Angaben	
17. Vorgelegt bei (Titel, Ort, Datum) Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) Projekträger Umwelt und Nachhaltigkeit Sozial-ökologische Forschung (SÖF) Heinrich-Konen-Str. 1 53227 Bonn	
18. Kurzfassung <p>Wie ist eine sozial gerechte und nachhaltige Stadtentwicklung ohne Wachstum möglich? Diese Frage leitete das Forschungs- und Entwicklungsvorhaben „Entwicklungschancen und Hemmnisse einer suffizienzorientierten Stadtentwicklung“, das vom Norbert Elias Center (NEC) der Europa-Universität Flensburg und der Stadt Flensburg durchgeführt wurde. Stadt und NEC untersuchten gemeinsam, wie Nachhaltigkeitsziele auf kommunaler Ebene durch eine Politik der Suffizienz erreicht werden können, also dadurch, dass die Einwohnerinnen und Einwohner weniger Ressourcen verbrauchen, indem sie ihre sozialen Praktiken (Wohnen, Ernährung, Mobilität etc.) verändern. Das bedeutet: Im Mittelpunkt stand die politisch heikle Frage, wie Kommunalpolitik das Wohlergehen ihrer Einwohnerinnen und Einwohner ermöglichen kann, ohne dafür immer weiter auf Wachstum setzen zu müssen.</p> <p>Suffizienz ist neben Effizienz und Konsistenz eine von drei Nachhaltigkeitsstrategien. Suffizienz bedeutet, den Verbrauch von Natur und Ressourcen nicht durch die technische Optimierung von Produkten und Produktionsprozessen zu senken, sondern durch Nutzungs- oder soziale Innovationen. Suffizienzpolitik wiederum meint, durch politische Intervention – dies umfasst sowohl neue Regelungen, Fördermaßnahmen, Gesetze und Ordnungen als auch die Veränderung von Infrastrukturen – ein ressourcenschonendes und zugleich erfüllendes Leben zu ermöglichen.</p> <p>Gegenwärtig wird in der Nachhaltigkeitspolitik vorrangig auf Effizienz- und Konsistenzmaßnahmen gesetzt. Beispiele dafür sind etwa die Förderung von Elektromobilität, die energetische Sanierung von Gebäuden oder von <i>smart city</i> Konzepten. Die Suffizienz hingegen spielt als Nachhaltigkeitsstrategie in der (kommunalen) politischen Praxis eine randständige Rolle. Ziel des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens war es dementsprechend, mehr wissenschaftliches und praxisrelevantes Wissen über Möglichkeiten und Hemmnisse kommunaler Suffizienzpolitik zu generieren.</p> <p>Das Forschungsdesign umfasste drei Arbeitspakete. In Arbeitspaket 1 wurden literaturbasiert die sozialen, kulturellen, ökonomischen, fiskalischen und rechtlichen Barrieren für Suffizienzpolitik auf kommunaler Ebene identifiziert. Gezeigt werden konnte, dass in all diesen Dimensionen Wachstumsorientierung und Steigerungslogik gesellschaftlich tief verankert sind. Der qualitative Vergleich verschiedener Beispiele suffizienzorientierter Stadtentwicklungsprojekte in 12 Kommunen in Arbeitspaket 2 konnte darlegen, wie es in Kommunen dennoch gelingt, Suffizienzmaßnahmen umzusetzen und mit welchen</p>	

Schwierigkeiten dies einher geht. Drei wesentliche Elemente suffizienzpolitischen Handelns konnten identifiziert werden: Alle Maßnahmen beinhalten die Deprivilegierung ressourcenintensiver Alltagspraktiken und Konsummuster und zugleich die Umverteilung des Zugangs zu städtischen Räumen und Ressourcen. Dies führt in der Regel im Prozess der Umsetzung der Maßnahmen zu, mitunter erheblichen, Konflikten, in denen sich die Beharrungskräfte der gegenwärtig dominanten strukturell nicht nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweisen zeigen. Suffizienzpolitische Maßnahmen erfordern von lokaler Politik und Verwaltung ein agiles Vorgehen, denn Blaupausen, das heißt eingeübte Verfahren oder erprobte Vorgehensweisen sind meist nicht vorhanden. Das bringt zusätzliche Herausforderungen für Politik und Verwaltung mit sich, denn neue Verfahren zu entwickeln, ist zunächst ressourcen- und personalintensiv. Ein Reallabor schließlich war Gegenstand des Arbeitspakets 3. Dieses umfasste die Begleitung der Entwicklung eines neuen urbanen Quartiers in Flensburg. Das Gebiet Hafen-Ost soll in den nächsten Jahren unter Suffizienzgesichtspunkten entworfen, entwickelt und gebaut werden. Der Rat der Stadt Flensburg hat dazu, unter anderem auf der Basis eines umfangreichen, durch das Projekt EHSS initiierten Beteiligungsprozesses, suffizienzpolitische Leitlinien verabschiedet.

19. Schlagwörter Suffizienz, Stadtentwicklung, Wohnen, Mobilität, kommunale Verwaltung	
20. Verlag	21. Preis

IV. Document Control Sheet (Kurzfassung engl.)

1. ISBN or ISSN	2. type of document (e.g. report, publication) Report
3. title Final report for the research and development project "Chances of and obstacles to sufficiency-oriented urban development (EHSS)".	
4. author(s) Böcker, Maike / Brüggemann, Henning / Christ, Michaela / Humpert, Franziska / Knak, Alexandra / Lange, Jonas / Sommer, Bernd	5. end of project 31.01.2021
	6. publication date
	7. form of publication Report
8. performing organization(s) Norbert Elias Center (NEC), Europa-Universität Flensburg Dr. Michaela Christ (Verbundkoordinatorin) und Dr. Bernd Sommer, Auf dem Campus 1, 24943 Flensburg Stadt Flensburg Bürgermeister Henning Brüggemann, Rathaus, 24931 Flensburg	9. originator's report no.
	10. reference no. 01UR1704 A+B
	11. no. of pages 62
12. sponsoring agency (name, address) Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) 53170 Bonn	13. no. of references 101
	14. no. of tables 2
	15. no. of figures 5
16. supplementary notes	
17. presented at (title, place, date) Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR) Projektträger Umwelt und Nachhaltigkeit Sozial-ökologische Forschung (SÖF) Heinrich-Konen-Str. 1 53227 Bonn	
18. abstract <p>How is a socially just and sustainable urban development possible without growth? This question guided the research and development project "Chances of and obstacles to sufficiency-oriented urban development (EHSS)", which was conducted by the Norbert Elias Center (NEC) of the European University of Flensburg and the City of Flensburg. The city and NEC jointly investigated how sustainability goals can be achieved at the municipal level through sufficiency policies, i.e., by having residents use fewer resources through changes in their social practices (housing, food, mobility, shopping, etc.). In other words, central issue was the politically sensitive question of how local politics can enable the well-being of its inhabitants without having to rely ever more on growth to achieve this.</p> <p>Sufficiency, along with efficiency and renewables, is one of three sustainability strategies. Sufficiency means reducing the depletion of nature and resources not through the technical optimization of products and production processes, but through innovations in use or social innovations. Sufficiency policy, in turn, means enabling a resource-conserving and at the same time fulfilling life as a result of political intervention - this includes new regulations, support measures, laws and orders as well as changes to infrastructures.</p> <p>Currently, sustainability policy focuses primarily on efficiency and renewable energies. Examples of this include the promotion of electromobility, smart city concepts or the energy efficient refurbishment of buildings. Sufficiency, on the other hand, plays a marginal role as a sustainability strategy in (municipal) political practice. Accordingly, the aim of the research and development project was to generate more scientific and practice-relevant knowledge about opportunities for and obstacles to municipal sufficiency policies.</p> <p>The research design comprises three work packages. In work package 1, the social, cultural, economic, fiscal and legal barriers to sufficiency policy at the municipal level were identified on the basis of literature. It was shown that in all these dimensions, growth orientation and the logic of increase are deeply anchored in society. The qualitative comparison of various examples of sufficiency-oriented urban development projects in 12 municipalities in work package 2 was able to show how</p>	

municipalities nevertheless succeed in implementing sufficiency measures and what difficulties this entails. Three essential elements of sufficiency policy action were identified: All measures involve depriving resource-intensive everyday practices and consumption patterns and, at the same time, redistributing access to urban spaces and resources. In the process of implementing the measures, this tend to lead to conflicts, sometimes considerable ones, in which the persisting forces of the currently dominant structurally unsustainable economic and living patterns become apparent. Sufficiency policy measures require an agile approach from local politics and administration, because blueprints, i.e., practiced procedures or proven approaches, are usually not available. This poses additional challenges for policymakers and administrators, because developing new procedures is initially resource- and staff-intensive. Finally, a real laboratory was the subject of Work Package 3, which involved supporting the development of a new urban neighborhood in Flensburg. The Hafen-Ost area is to be designed, developed and built over the next few years under sufficiency aspects. The Flensburg City Council has adopted sufficiency policy guidelines for this purpose, partly on the basis of an extensive participation process initiated by the EHSS project.

19. keywords Sufficiency, urban development, housing, mobility, local government	
20. publisher	21. price